

# **NACH DEM STURM?**

## **POLITISCHE KULTUR IN SACHSEN**

**Sechster Kulturbericht des Sächsischen Kultursenats**



SÄCHSISCHER  
KULTURSENAT

# Inhaltsverzeichnis

<i>Christian Schramm</i>	
<b>Zum Geleit</b>	<b>1</b>
<i>Hans-Peter Lühr</i>	
<b>Politische Bildung in einer geteilten Gesellschaft</b>	
Oder: Was ist los mit meinem Land?	7
<i>Prof. Dr. h. c. Matthias Theodor Vogt</i>	
<b>Soll Deutschland so bleiben, wie es nie war?</b>	
Unsere Maßstabsgemeinschaft in unverhofftem Wandel	13
<i>Prof. Dr. Hans Vorländer</i>	
<b>Vom Musterland zum „Failed Freistaat“?</b>	
Zur politischen Kultur Sachsens	21
<i>Prof. Dr. Werner J. Patzelt</i>	
<b>Politische Kultur in Sachsen und ihre Prägefaktoren</b>	<b>27</b>
<i>Prof. Dr. Eckhard Jesse</i>	
<b>Sachsen: Populismus, Extremismus, Demokratie – zehn Thesen</b>	<b>37</b>
<i>Prof. Dr. Angelika Engelmann</i>	
<b>Keine Kirche ohne Verantwortung</b>	<b>47</b>
<b>„Religion hat in der Gesellschaft vor allem die Aufgabe einer verstörenden Instanz“</b>	
Christian Schramm im Gespräch mit Dr. Christian Lehnert	53
<b>„Der Impuls, der von der Religion ausgehen könnte“</b>	
Christian Schramm und Prof. Klaus Vogel im Gespräch mit Prof. Dr. Christian Schwarke	61
<i>Michael Bartsch</i>	
<b>Gelassenheit gegen Hate Speech</b>	<b>69</b>
<i>Dr. Felix Ringel</i>	
<b>Politische Unkultur in Sachsen</b>	
Anthropologische Erklärungsversuche	77
<i>Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg</i>	
<b>Rechtspopulistische Entriegelungen</b>	
Ostdeutsche Sinnverluste und Überlagerungserfahrungen im deutschen Einigungsprozess	83

*Friederike Koch-Heinrichs*

<b>„Politische Kultur in Sachsen“ – Ein Resümee in 10 Punkten</b>	<b>91</b>
<b>Berichte aus den Arbeitsgruppen</b>	<b>93</b>
<b>Autorenverzeichnis</b>	<b>108</b>
<b>Mitgliederübersicht des Sächsischen Kultursenats</b>	<b>110</b>
<b>Anschrift und Impressum</b>	<b>112</b>



# ZUM GELEIT

Der Nachmittag des 7. Oktober 1989 sah mich zwischen den Schiebeschilden der Räumfahrzeuge und den Schlagstöcken der Bereitschaftspolizei an der Gethsemane-Kirche in Berlin. Es war der Tag, an dem der letzte Funke von Hoffnung auf Veränderung der DDR aus dem System selbst heraus erstarb.

Die Wochen danach, die Zeit der sich verstärkenden Proteste, die Gründung des Neuen Forums, der friedliche Widerstand der Bevölkerung, der dann letztendlich die Diktatur stürzte und die Freiheit gewann, gehört zu den eindrucksvollsten Tagen meines Lebens.

Umso mehr schmerzte es mich, in den letzten Jahren in Dresden und anderswo Menschen erleben zu müssen und historische Schlagworte skandieren zu hören, die einem massiven Unmut Luft machten und die Erwartungen an unsere Regierungen im Land und im Bund mit z. T. aberwitzig erscheinenden Losungen Gehör verschaffen wollten. Ich rede nicht von jenen, die Tumult mit hämischer Freude für eigene krude Ziele herbeisehnten und deren rechte Geschäfte anderer Natur waren. Die Sorge um das zunächst nicht gelingende Gespräch und die rüden Formen der Auseinandersetzungen auf der Straße in der Zeit der Dresdner Pegida-Märsche und ihrer Gegenaktionen, insbesondere die zeitweilige Sprachlosigkeit der politischen Führung haben den Senat zu seinem Offenen Brief veranlasst. Das war keine Pflichtübung, sondern ein im Bemühen um eigene Standpunkte, Differenzen und Gemeinsamkeiten verfasster Text. Wir hatten dabei zwei Aspekte vor Augen. Erstens: Kultur ist lebendiges Instrumentarium und kann helfen, Konflikte zu lösen. Zweitens: Dabei ist Kultur als Teil unserer geistigen Lebensgrundlage häufig selbst gefährdet, wenn inhumanes Handeln um sich greift.

Der Sächsische Kultursenat hat in jener Zeit einen Offenen Brief formuliert und veröffentlicht, eingedenk seiner Verpflichtung zur öffentlichen Stellungnahme, – wie sich auch andere, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, auf ihre Weise geäußert haben. Freilich hat uns alle die Situation bedrückt, dass undifferenziertes Denken, Furcht und Wut über lange Zeit zu einer Sprachlosigkeit zwischen Bürgern und den politisch Handelnden führten. Missklänge und Missverständnisse, innere Blockaden und Ignoranz schienen plötzlich das Feld zu bestimmen. Gottseidank gewannen schließlich der Dialog und die Selbstbesinnung größeren Raum. Dafür war der Senat allen, die sich in die öffentliche Diskussion einbrachten, dankbar.

Die Sorgen des Senats kamen sowohl aus dem Bedenken hinsichtlich des zeitweilig unguten politischen Umgangs als auch aus der Sorge um die viel diskutierte Kultur Europas. Überall, wo wir uns nicht human verhalten, nicht klug agieren und das Miteinander aus dem Blick verlieren, ist Kultur gefährdet. Nur ein beständiges Miteinander ist die Grundlage unseres Zusammenlebens, und die Grundlage unseres persönlichen Glücks. Dieses Miteinander ist immer dann gefährdet, wenn Angst und Dummheit, Egozentrierung und Desinteresse am Mitmenschen und am Leben selbst die Szene bestimmen.

Mittlerweile kann dankbar vermerkt werden, dass die Zeit der Sprachlosigkeit vorüber ist. Die politische Führung hat es verstanden, ins Gespräch zu kommen und versucht Handlungsoptionen zu gewinnen. Uns allen ist bewusst geworden, dass wir gewissermaßen an einem Scheideweg stehen. Beunruhigend bleibt die Situation. Die Ergebnisse des „Sachsen-Monitors“ sind eine starke Botschaft, die uns sowohl unsere Anfälligkeit als auch die Notwendigkeit zum Handeln vor Augen stellt. Wie gestalten wir angesichts dessen die Politik? Wie nehmen wir Impulse auf? Wie erleben wir täglich die Vorzüge unserer Demokratie? Wie wehren wir Gefahren für unsere Gemeinschaft schon im Vorfeld ab und welche Rolle spielt dabei die Bildung?

Der Senat hat sich auch gefragt, welche Rolle Kultur für das Politische spielt, welche Kraft Kultur in kritischen Phasen einer Entwicklung ausbildet. Was hat Sachsen geprägt, was hat damals wie heute Relevanz und welche Impulse lassen sich für uns alle daraus gewinnen? Wie können wir besser verstehen, was uns prägt und uns antreibt, was uns eint, aber auch was uns in Frage stellt und in Unruhe versetzt?

Kultur schützt uns nicht per se vor massiven Verirrungen. Das Dritte Reich und seine Machträger bleiben dafür ein beredtes Beispiel. Selbst in schlimmsten Zeiten des Terrors war es offensichtlich möglich, Gedichte zu lesen und Beethoven-Sonaten zu hören oder selbst zu spielen. Das kann uns irremachen, aber es ist nicht die „Schuld“ der Kultur, sondern menschliche Schwäche und die Verdrängung von Wahrheiten und Humanität.

Viele Biografien sind in der Zeit vor 1989/90 von der Geschichte und den Umständen danach gebrochen worden, manche irreparabel, andere vergessen und wieder andere gewannen gute Perspektiven. Was die einen zurückließen, konnte anderen eine Lebenserfüllung bringen. Die Gründe sind verschieden und lassen sich nicht rational gegeneinander aufrechnen. Daraus entsteht ein Teil der Probleme, die für Pegida-Demonstranten Anlass sind, sich Luft zu machen. Und für die Entwicklungen, die uns heute beunruhigen, sind sie zumindest ein Teilgrund.<sup>1</sup>

Die Verschmelzung der verschiedenen Erfahrungshorizonte und Herkünfte ist ein komplizierter Prozess. Dass dabei auch gegenseitige Fremdheiten unter bürgerlichen Gruppen hineinspielen, ist unbestreitbar. Der teilweise schwierige Annäherungs- und „Durchmischungsprozess“ der beiden letzten Jahrzehnte ging trotz aller Erfolge einher mit Verwundungen und Missverständnissen.

Von besonderer Bedeutung ist in unserem Land die Erfahrung der demografischen Veränderungen. Hier vollziehen sich spürbare, oft schmerzliche und bis in die Familien hineinwirkende Veränderungen. Der rasanten Entwicklung kann nur mit intelligenten und innovativen Lösungen begegnet werden. Hier sind der Staat wie der Einzelne gleichermaßen gefordert. In diesem Zusammenhang muss auch die Disparität zwischen ländlichen und urbanen Räumen angesprochen werden; oft genug als Bedrohung und „Abgehängtsein“ empfunden, befördert sie eine tendenzielle Ratlosigkeit.

All das trägt zu Unsicherheit bei, fordert aber auch Engagement.

Das Ergebnis der Untersuchungen zum Meinungsbild im Freistaat Sachsen, gebündelt im „Sachsen-Monitor“, muss uns beunruhigen. Es bezeugt einerseits die Nöte, andererseits die Herausforderungen, denen wir gegenübersehen. Sachsen darf nicht weiter in eine Entwicklung hineingeraten, die unsere erkämpfte Demokratie in Frage stellt. Dies würde nicht nur den Ruf des Landes beschädigen, sondern jeden Einzelnen von uns treffen. Heimat und tragfähige Verwurzelung ist nur in Freiheit möglich. Gelingendes Leben gibt es letztlich nur in einer weitgehenden Übereinstimmung des Menschen mit seinen Verhältnissen. Das muss Kritik einschließen, schließt aber Hass aus. Viele sehen die Fragilität der Demokratie. Als Bruchstellen der demokratischen Kultur können gelten:

- zu wenig aktive Demokraten,
- Desinteresse am Staat,
- Angst vor Verantwortung.

Ich möchte auf die Stabilität unserer Verfassung abstellen, aber richtig ist, dass eine robuste Verfassung auch robuste Demokraten braucht, Verfechter und Zeugen und wenn nötig auch Verteidiger dieser Grundordnung.

Die meisten jungen Menschen in Sachsen haben heute einen Lebensweg vor sich, der in der Regel gute Perspektiven bietet. Dies lässt mich hoffen, dass der Ballast der Vergangenheit und die Mühen der Elterngeneration langsam verschwinden, dass das Austesten und das scharfe Befragen heutiger Lebenssituationen zur Ruhe kommt und gute Lösungen für unsere sich rasant verändernde, von technischen Umbrüchen getriebene Entwicklung gesucht und gefunden werden. Die digitale Metamorphose der Welt wird uns vieles abverlangen, ist aber auch eine Chance.

Der Kultursenat bleibt nicht unberührt vom allgemeinen Diskurs und der Entwicklung in Sachsen und der Welt. Politisch und persönlich durchaus heterogen, eint den Senat die Hoffnung, dass Kultur auch in den politischen Raum hineinwirkt und er somit auch ein diskursiver Impulsgeber ist. Damit ist kein Standpunkt vorgegeben, wohl aber ein Wille und ein Codex zum Da-Sein in einer „politischen Kultur“.

Kommunizieren wir ausreichend miteinander? Wenn ja, wie tun wir es, auf Basis welcher Werte und Ankerpunkte? Welche Absichten verfolgen wir dabei? Ist Kultur auch im politischen Raum bedeutsam und liefert sie gute Instrumente für die schwierigen, aber nötigen Auseinandersetzungen? Kultur ist Impulsgeber und Teilnehmer der Gesellschaft und somit auch der politischen Debatte. Frei in der Gestalt, im Inhalt aber gebunden an Entscheidungen und Werte, die uns einen, ist Kultur eine potentielle Kraft: potent, mit ihren Inhalten anzuregen, Friktionen zu erzeugen, Fehler aufzudecken; geeignet, Freiheit immer wieder neu zu buchstabieren und sie damit zu verteidigen.

Auch der Umgang mit unterschiedlichen Aspekten, Wertigkeiten und kontroversen Sichten ist für den Senat unabdingbar. Aus dieser Erfahrung heraus haben wir uns im Kulturbericht dem Thema Politischer Kultur zugewandt. Die vergangenen Jahre haben auf besondere Weise gelehrt, dass die Qualität unserer Diskurse, ihre Kontinuität und ihre Modi durchaus neue Impulse nötig haben. Inzwischen gibt es viele wichtige Tagungen, Bücher und Untersuchungen zum Thema. Das ist unbedingt zu begrüßen.

Aus den genannten Gründen haben wir uns im Senat dazu entschlossen, im Hauptteil des folgenden Kulturberichts die Situation in Sachsen noch einmal zu beleuchten. Dies kann nur kaleidoskopartig geschehen, unvollständig und in wechselnden, sich gegenseitig durchdringenden Perspektiven. Neben Senatsmitgliedern haben wir uns als Autoren Fachleute verschiedener Disziplinen eingeladen.

Uns beseelt natürlich die Hoffnung, dass der Leser aus den nachfolgenden Aufsätzen viele Impulse für sein Weiterdenken gewinnt. Nicht jeder wird allem zustimmen wollen, aber die Meinungen der Autoren können Anregung sein, wobei auch Widersprüche das Denken schärfen und uns einer Antwort näher bringen. Wir wollten einen Rahmen aufspannen, in dem politische, historische, soziologische und theologisch-ethische Betrachtungen zu Wort kommen und einen Zusammenhang stiften, der uns selbst und unser Land Sachsen gewissermaßen „umrundet“.

Die Texte formulieren keine abgestimmte Meinung des gesamten Sächsischen Kultursenats – die jeweiligen Autoren stehen für ihren Text. Aber der Senat würde es begrüßen, mit seiner Publikation einen weiteren Diskussionsprozess anzustoßen. Sachsens „Premiummarke“ muss der vernunftgeleitete Dialog werden, nicht die verbalen Dramatisierungen der Montagsdemos in Dresden.

In den letzten vier Jahren hat sich der Kultursenat natürlich nicht nur mit dem übergreifenden Thema Politische Kultur befasst, sondern viele Problemlösungen der praktischen Kulturarbeit begleitet. Die Agenda war gut gefüllt. Davon berichten im zweiten Teil des Kulturberichtes Mitglieder des Sächsischen Kultursenats, die dem jeweiligen Thema besonders zugewandt waren. Nicht alle Konzepte sind inhaltlich schon abgeschlossen und werden in den nächsten Monaten weitere Zuwendung erfahren.

Ich danke allen Beteiligten für die Mitarbeit an diesem Bericht und allen Mitgliedern für ihre Arbeit im Senat und seinen Arbeitsgruppen. Kultur ist eine fulminante Kraftquelle. Kunst und kulturelle Bildung zu stärken und zugleich politisches Handeln als Teil von Kultur zu begreifen heißt, unser Land und seine Demokratie zu stärken und stabil in die Zukunft zu führen.



Der vorliegende Kulturbericht ist meine letzte Arbeit für den Sächsischen Kultursenat, aus dem ich nach guten Jahren turnusmäßig Ende September 2017 ausscheiden werde. Für die weitere Arbeit des Senats und für alle Arbeit, die für das Land geschieht, gilt sinngemäß das alte reformatorische, ursprünglich an die Kirche gerichtete Wort von der „ecclesia semper reformanda“. Dazu wünsche ich guten Mut und Gelingen.

Christian Schramm  
ehem. Präsident des Sächsischen Kultursenats

- 1 Zur nachgehenden Analyse der inneren Verhältnisse und der äußeren Entwicklungen sei der Radio-Essay von Friedrich Dieckmann, „Die bürgerliche DDR“, entstanden beim MDR, aus dem Jahre 2014 ausdrücklich empfohlen.



# POLITISCHE BILDUNG IN EINER GETEILTEN GESELLSCHAFT

## Oder: Was ist los mit meinem Land?

*Hans-Peter Lühr*

Mitte November 2016 wurde der von der Landesregierung in Auftrag gegebene sogenannte „Sachsen-Monitor“ veröffentlicht. Seine Ergebnisse zum politischen Stimmungs- und Meinungsbild im Freistaat belegen „alarmierende Kennziffern von extrem rechtem, gruppenbezogen menschenfeindlichem und rassistischem Gedankengut“ (Stellungnahme des Beirats zum „Sachsen-Monitor“). Erstmals wurden die seit den Dresdner Pegida-Demonstrationen massiv diskutierten Phänomene offener Fremdenfeindlichkeit in Sachsen nun mit einer soliden Meinungsumfrage (*dimap*) statistisch verifiziert – es ist zugleich die erste Umfrage solcher Art überhaupt. Das Monitoring selbst wie die zitierte Stellungnahme sind auf der Website der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (*sipb*) nachzulesen. Beides sind beunruhigende Dokumente der jüngeren sächsischen Geschichte – ihre Kenntnis darf hier vorausgesetzt werden.

Nicht nur für mich ist das Monitoring – ähnliche Ergebnisse gab es auch in Thüringen – unerwartet irritierend: Kein aufmerksamer Beobachter hiesiger Verhältnisse konnte sich in den vergangenen Jahren noch dem Trugschluss hingeben, Sachsen sei demokratisch gefestigt oder gar „immun“ gegen rechtes Gedankengut, wie es Ministerpräsident Kurt Biedenkopf am Ende seiner Amtszeit öffentlich verlautbaren ließ. In welchem Umfang inzwischen ganz real ein Verlust demokratischer politischer Kultur zu konstatieren ist, das übertrifft allerdings manche düstere Ahnung.

Was ist los mit meinem Land, in dem ich geboren und aufgewachsen bin, an dessen mutigem Aufbegehren ich 1989/90 beteiligt war und dessen schwierigen, aber

selbstbewussten Neuaufbau ich mit Lust und Energie begleitet habe? Die Frage – ich spüre es – hat einen ähnlich existentiellen Zuschnitt wie die Ratlosigkeit angesichts der Katastrophen der späten DDR. Nur sind inzwischen 25 Jahre vergangen. Die Frage betrifft uns alle, die ganze Gesellschaft und ihre Bürger: Politiker und Pädagogen, Journalisten und Künstler, die Betriebe und die Hochschulen, die Kirchen des Landes und seine tausenden Vereine ... Also: Was ist los mit diesem, unserem Land?

Demokratische Traditionen waren in Sachsen wie überall im Land seit 1933 und im Osten erneut nach 1945 weithin außer Kraft gesetzt. Fast sechs Jahrzehnte lang bestimmte – freilich in sehr unterschiedlicher Ausprägung – Diktaturerfahrung das gesellschaftliche Leben. Anpassungszwänge, Widerspruchsunfähigkeit und massenhafter Selbstverzicht bildeten die pathologische Signatur der DDR, der die Bürgerbewegung von 1989 ihr revolutionäres Finale bereitete. Die ökonomischen Trümmer dieser zweiten deutschen Diktatur konnten im „Aufbauprogramm Ost“ nach 1990 dank der enormen Wirtschaftskraft der alten Bundesrepublik vergleichsweise zügig beseitigt werden; die sozialen Verwerfungen der immensen gesellschaftlichen Transformation – Stichwort De-Industrialisierung – wurden zu einer (schwer zu vermeidenden) Primärbelastung der jungen Demokratie in den sogenannten Neuen Ländern. Ihre Sekundärbelastung allerdings ist ebenso wenig zu unterschätzen: verinnerlichte Diktatur und mangelnde Erfahrung mit demokratischen Strukturen als gleichsam „langer Schatten der Geschichte“. Die notwendige Verwandlung von einer strukturell opportunistischen Defensivgesellschaft zu einer potentiell aktiven Beteiligungsgesellschaft war deshalb Grundkonsens in Ostdeutschland nach 1990. Haben wir die Dramatik des Defizits unterschätzt?

Vielfältig sind die Startbedingungen des Landes in der Folge analysiert und gesellschaftliche Reaktionen angemahnt worden. Ihre Forderungen sind bis heute methodisch umstritten und zielten im Kern auf eine umfassende politische Bildung, für die die gleichnamigen Landeszentralen nur eine äußere institutionelle Beglaubigung darstellen – gemeint und gewollt war ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs auf allen Ebenen des Bildungssystems und der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik: Aufklärungsarbeit einerseits also über Defizite und Destruktionen der Vergangenheit, wie andererseits über Werte und Zielvorstellungen der neuen Bürgergesellschaft – soweit die Idealkonstruktion.

Konnte man die eingangs zitierte bittere Bilanz politischer Verweigerung in Sachsen nach 25 Jahren demokratischer Entwicklung erst seit Pegida diagnostizieren? Mindestens *ein* Indikator ist schon Mitte der 1990er Jahre unübersehbar geworden: die rückläufige Wahlbeteiligung. Waren bei den ersten freien Wahlen 1990 noch knapp 75 Prozent aller Wahlberechtigten auch aktive Wähler, verringerte sich die Teilnahme 1994–2004 auf ca. 60 Prozent, 2009 auf 52 Prozent und 2014 auf traurige 49 Prozent. Die Hälfte der sächsischen Bevölkerung, so kann man schlussfolgern, verweigert sich schon seit fast einem Jahrzehnt dem wichtigsten Prozedere der Demokratie. Diese tiefgehende Vertrauenskrise als vielzitierte „politische Ohrfeige“ ist trotz mancher heftigen Parteiendiskussion freilich eher folgenlos verhallt. Haben wir sie zu wenig ernst genommen und uns Illusionen hingegeben oder fühlten wir uns womöglich noch im-

mer peinlich erinnert an die 99-Prozent-Wahlfarce der DDR und haben deshalb Verweigerung lieber als Ausdruck von neuer Freiheit gedeutet? Jedenfalls ist seither weder eine nennenswerte Aufwertung kulturell-politischer Bildung in der Schule erfolgt (vgl. den Bericht des Sächsischen Kultursenats 2012) noch eine Umsteuerung, z. B. in der Debattenkultur der Medien. Ebenso wenig kann bisher von einem offensiven Umgang der Regierung mit dem alarmierenden „Sachsen-Monitor“ gesprochen werden. „Die offene, kontroverse Streitkultur ist in Sachsen schwach ausgeprägt“, diagnostiziert der scheidende Direktor der Landeszentrale, Frank Richter, in einer eher freundlichen Formulierung am Jahresende 2016.

Frank Richter allerdings steht mit seiner Lebensgeschichte geradezu beispielhaft für ein couragiertes Handeln unter misslichen Umständen: Er war im Oktober 1989 als katholischer Geistlicher der drohenden Eskalation der Gewalt bei den Demonstrationen auf der Prager Straße entgegengetreten und hat, um Blutvergießen zu verhindern, mit der Bildung der „Gruppe der 20“ jenen Dialog mit der Macht erzwungen, der schließlich in die Kapitulation der SED mündete. 2015 war er dann einer der ersten, der versucht hat, in den Dialog mit Pegida zu kommen. Sein individueller Weg zur Demokratie hat ihn in der Bevölkerung (ähnlich wie Superintendent Ziemer) zu einer singulären Respektsperson werden lassen.

Die sächsische Geschichte kennt zum Glück viele solche Charaktere: Wir können auch an Wilhelm Grothaus denken, den Anführer der demonstrierenden Sachsenwerker beim Aufstand des 17. Juni – jenen Grothaus, der als Mitglied der Widerstandsgruppe Schumann schon einmal unter den Nazis im Zuchthaus saß. Oder wir denken an den aus Dresden stammenden Hans Oster, einen General des 20. Juli, der hingerichtet wurde; oder – weniger dramatisch – an die beharrliche Veränderung der verzopferten höfischen Gesellschaft hin zu mehr Demokratie durch den hochgebildeten Bernhard von Lindenau in den Zeiten des Vormärz.

Gesellschaftliche Fragen der Demokratie haben natürlich immer eine politische Dimension. Die im Freistaat dominierende CDU musste sich deshalb mehrfach den Vorwurf gefallen lassen, den in der Biedenkopf-Ära erfolgreichen Sachsen-Patriotismus weit über sein „Verfallsdatum“ hinaus als Allheilmittel für gesellschaftliche Konflikte bequem weiterbetrieben zu haben, statt aktuelles kritisches Potential einer globalisierten Welt offensiv zu thematisieren (z. B. den zunehmenden Rechtsextremismus und die Flüchtlingskrise). Deutlich steht damit auch die Frage im Raum, ob immanente gesellschaftliche Wertedebatten, z. B. über die Dominanz des ökonomischen Denkens, in der Vergangenheit nicht viel zu defensiv geführt worden sind – eine übergreifende Diskussion, die der Sächsische Kultursenat schon 2009 zu seinem Thema gemacht hatte (u. a. mit einem klugen Plädoyer von Kurt Biedenkopf für eine ganzheitliche Gesellschaftsentwicklung – sic!).

Wir wissen, dass aktive Diskussionen solcher Art meist nur Minderheiten interessieren – die Reich-Ranicki-Kontroverse von 2008 um den „Dudelfunk“ ist mir noch gut im Ohr: magere 3–4 Prozent Einschaltquote für alle deutschen Kultursender! Der Umkehrschluss, dass die große Mehrheit der Bevölkerung für komplexe Sachverhalte

unserer extrem vernetzten Welt nur schwer ansprechbar ist (nicht nur in Sachsen) und darum mit „Limonade“ gut bedient sei, lässt sich allzu leicht von der Diagnose stützen, wie sehr die autoritäre SED ihr Volk einst in Angst und Widerspruchsunfähigkeit gezwungen hat und Opportunismus zur eigentlich tragenden „Staatsreligion“ wurde. Und deshalb ist es bis heute so geblieben? Gewiss nicht. Nur wird das heikle historische Mengenverhältnis ungern angesprochen („Psychotherapie für Staatsbeamte“ stand als revolutionärer Aufruf von 1990 erstaunliche zehn Jahre lang an der Umfassungsmauer der Dresdner Stasizentrale). Um unsere Demokratie aber wäre es schlecht bestellt, würde sie vor scheinbar pathologischen Befunden kapitulieren und um marktwirtschaftlicher Effizienz willen Opportunismus mit umgekehrten Vorzeichen betreiben. Und geradezu sträflich wäre der Verzicht auf die beständige Einübung einer offensiven Konfliktkultur in der Schule, bei unseren Kindern, die – wie man leichthin sagt – morgen die Probleme von heute zu lösen haben. Das aber muss man wollen und in Programme umsetzen, in Lehrpläne und Lehrerausbildung, und das kostet selbstverständlich Geld und erfordert ein Umsteuern in der Subventionspolitik. Wofür könnten wir es denn besser ausgeben, unser gutes Geld? Die wunderbare Eröffnung des neuen Dresdner Kulturkraftwerkes mit einem vitalen TJG-Anteil hat Mitte Dezember 2016 ganz handgreiflich vor Augen geführt, wie lebendig und kräftigend die Arbeit mit besagter „Jungen Generation“ sein kann – und wie sinnvoll jede Investition in kulturelle Bildung. In der sächsischen Kunstlandschaft finden sich in Fülle solche ermutigenden Beispiele!

Die Analyse einer gespaltenen Gesellschaft muss in viele Richtungen und öffentlich weitergeführt werden. Der aus Westfalen stammende Berliner Publizist Markus Decker hat in einer schmerzlichen Diagnose<sup>1</sup> das Dilemma des Landes als weithin gescheiterte innere Einheit gedeutet: „Einer Studie der Universität Leipzig zufolge stammen 27 Jahre nach dem Mauerfall lediglich 20 Prozent der Führungskräfte in Ostdeutschland auch von dort“ (in der gesamtdeutschen Statistik sind es ganze 1,7 Prozent – halb so viele wie der entsprechende Ausländeranteil!). Es liegt auf der Hand, dass solche Erfahrungen der Nichtzugehörigkeit die Identität einer Mehrheit mit den neuen Verhältnissen selbst bei Gutwilligkeit mindestens erschweren und jenseits aller materiellen Sicherheiten die vielzitierte „Fremdheit im eigenen Land“ perpetuieren. Gegen diese Tendenz helfen unsere eigenen guten Erfahrungen erfreulicher produktiver Gemeinsamkeit (z. B. auch im Kultursenat – wir gehören ja zur kulturellen Elite!) herzlich wenig. Wir müssen die Differenz nur wahrnehmen.

Bei den „eigentlichen“ Problemen der Gesellschaft sind wir damit aber noch gar nicht angekommen. Wie bewältigen wir den demographischen Wandel und wie die unausweichliche Energiewende? Wie verhalten wir uns als erfolgreich Waffen exportierendes Land in den bewaffneten Krisen der Welt und wie, wenn die Gewalt plötzlich als Terrorismus zu uns zurückkommt? Und wohin, bitte sehr, bewegt sich unsere Binnengesellschaft der sozialen Ungleichheit, in der zurzeit die Reichen jährlich noch immer 10 Prozent wohlhabender und die Armen zunehmend notleidender werden? Ferner: Wie kann, um dem politisch zu entsprechen, ein entfesselter globaler Finanz-

kapitalismus zum Wohle der Bevölkerung zumindest domestiziert werden – und sei es „nur“ der gefährdeten Umwelt zuliebe (von christlicher Nächstenliebe zu schweigen und den Boni des Martin Winterkorn sowieso). Willkommenskultur? Es lässt sich leicht ausmalen, wie wir mit einem solchen Problem-Paket wie oben geschildert in Heidenau oder Freital willkommen wären (der Autor dieser Zeilen hat durch die Dresdner Hefte genauere Einsicht in die innere Entwicklung dieser Regionen). Das Wort Integration hat in solchen Landschaften meist einen bösen Klang ...

Diese polemische Zuspitzung zielt natürlich auf die tendenzielle Ignoranz der politischen Klasse. Man kann sie der generellen Überforderung der gesamten Gesellschaft zurechnen – man kann sie auch erkenntnistheoretisch fassen (ohne ich meine Frage integrativ und nicht denunziatorisch gemeint): Wir sind „innerdeutsch“ wie international mit einer solchen Fülle von komplexen Problemfeldern konfrontiert, dass ein intellektuell-kausales „Bewältigungskonzept“ schwerfallen dürfte. Aber „engagiert“ in der Bevölkerung ist nur, wer Zuversicht hat. Wie also kann man sich verhalten angesichts der schier ratlos machenden Komplexität der Welt? Erkennen wir diese Tatsache vielleicht erst heute so ungeschminkt, nachdem sich alle Entspannungshoffnungen am Ende des Kalten Krieges unversehens als kurzatmig erwiesen haben? Die Gesellschaft einschließlich ihrer politischen Klasse darf nicht länger die Augen verschließen vor der Realität an demokratischen Defiziten in unserem Land.

Als Naturwissenschaftler (im ersten Beruf) war ich schon immer ein Anhänger der Chaostheorie, die die Unvorhersehbarkeit hochkomplexer Systeme als Naturgesetz deutet und insofern als Normalität der Welt. Man betrachte nur einmal die Schönheit der Mandelbrot-Menge – kein Grund also zur Unruhe. Im Lutherjahr stellt sich die theoretische Physik nämlich ganz selbstverständlich an die Seite des Reformators (die Sache mit dem Apfelbäumchen). Beide sagen sie: Fangen wir bitte an ...

1 Vgl. „Zwei Länder in einem“, in: Berliner Zeitung, 03.10.2016.





# SOLL DEUTSCHLAND SO BLEIBEN, WIE ES NIE WAR?

## Unsere Maßstabsgemeinschaft in unverhofftem Wandel

*Prof. Dr. h. c. Matthias Theodor Vogt*

Anfassen kann man einen Staat nicht. Anfassen kann man allenfalls die Personen und Symbole, die ihn verkörpern: seine Richter und Polizisten, seine Lehrer, seine Gesetzbücher und Grenzsteine. Letztlich ist ein Staat nur etwas Abstraktes; er ist eine Übereinkunft zwischen bestimmten Menschen, die sich über grundlegende Maßstäbe einig sind.

Der Staat und sein Funktionieren für unser aller Wohl hängen davon ab, dass die Gesellschaft gemeinsame Maßstäbe des Zusammenlebens entwickelt und sich darüber einig ist, wie sie die Umsetzung dieser Maßstäbe gemeinsam finanziert. Aus der Maßstabsgemeinschaft erwächst eine Rechtsgemeinschaft,<sup>1</sup> die Grundlage der interaktiven Solidargemeinschaft ist.

Worauf es ankommt, das ist, dass diese Maßstäbe von allen geteilt und praktiziert werden. Dann beschränkt sich der Nicht-Zusammenhalt auf wenige Randgruppen, die – wenn es sich um Menschen und nicht um eine Gemeinschaft von Heiligen handelt – wohl unvermeidlich sind. Überdies erfüllen die Randgruppen eine wichtige Funktion. Sie erinnern uns, gelegentlich ziemlich unfreundlich und lautstark, daran, wie wir eigentlich zusammenleben wollen.

Die Deutschen haben die Normen aus den Artikeln 1 bis 19 des Grundgesetzes in hohem Maß verinnerlicht. 1870 musste Preußen zehn Prozent seines Bruttoinlandprodukts für die Kernaufgaben des Staates aufwenden.<sup>2</sup> Diese umfassen die sogenannten Genetiv-Ressorts „der Justiz“, „des Inneren“, „des Äußeren“, „der Verteidigung“, „der Finanzen“ sowie sämtliche Parlamente, das Rechtsanwaltsystem etc. Heute geben Bund, Länder, Kommunen und Private dafür nur noch 3,5 Prozent des bundesdeutschen Bruttoinlandprodukts aus. Das ist dreimal weniger als unser Gesundheitssystem kostet.

## Der Staat sind wir alle

Wer macht sich klar, dass der vermutlich überwiegende Teil staatlicher Aufgabenerledigung an Unternehmen und Bürger delegiert ist? Jedes Unternehmen führt seine Lohnsteuer direkt an den Staat ab, meldet ihm die internationalen Zahlungsflüsse und muss all das selber finanzieren. Genauso wie seine Mitgliedschaft in der Handwerks- oder Handelskammer, die von Privaten finanziert wird und öffentliche Aufgaben erledigt. Die Kommunen erhalten von Land und Bund einen Ausgleich, wenn sie sich um staatliche Angelegenheiten kümmern. Der Bürger nicht.

Mit Sicherheit ist jedes Opfer von Mord oder Totschlag eines zu viel. Dennoch muss man daran erinnern, dass unter den großen Ländern der Welt Deutschland nach Japan die geringste Tötungsrate aufweist. Pro Jahr werden ca. 0,001 Prozent der Bevölkerung wegen eines Tötungsdeliktes verurteilt.<sup>3</sup> 99,999 Prozent kommen nicht in eine entsprechende Situation oder schaffen es, in der entscheidenden Sekunde Zorn und Begierde zu zügeln.

Es ist unbequem, die Zehn Gebote aktiv zu leben, und niemand ist vollkommen. Aber im Großen und Ganzen funktioniert es nicht nur gut, sondern vergleichsweise sehr gut. Und dies verschafft Luft für eine aktive Gemeinwohlverantwortung der Solidargemeinschaft. 1870 hatten sich die Sozialausgaben auf 2 Prozent des preußischen Bruttoinlandprodukts belaufen, demgegenüber liegen sie heute bei 25 Prozent. Und bei der Barmherzigkeit nach außen liegen die Schweden, die Schweizer und die Deutschen an der Spitze des europäischen Spendenaufkommens für die Eine Welt.

Bei der Ursachenbekämpfung von Hunger und Migration dagegen ist der deutsche Staat von seinem seit 1970 festgelegten sogenannten ODA-Ziel, sieben Promille für die Eine Welt aufzuwenden, noch immer sehr, sehr weit entfernt. Mit den Folgen dieser staatlichen Schlechtleistung müssen die Deutschen seit neuestem ganz unmittelbar leben. Und warum sollten afrikanische Diktatoren, deren Bereicherungssystem auf Rücküberweisungen von Migranten basiert, den Aufbruch ihrer jungen Männer behindern und dadurch ‚höchstderoselbst‘ verarmen?

Die Straßen von Berlin und Paris sind so breit, weil die Könige glaubten, auf ihr Volk schießen zu müssen. Dies war eine repressive Maßstabsgemeinschaft von oben. Saudi-Arabien gibt saudischen Männern gutbezahlte Arbeitsplätze im Staatsapparat, ohne dass sie dafür viel leisten müssen. Dies ist eine auf Korruptierbarkeit des Volkes gebaute Maßstabsgemeinschaft. Die Arbeit selbst, die leisten rechtlose Sklavinnen und Sklaven. Die Menschen der Europäischen Union dagegen setzen auf eine verinnerlichte Maßstabsgemeinschaft. Und sie fahren gut damit.

## Wanderungsprozesse innerhalb der Bundesrepublik

Gegenwärtig allerdings gibt es Wanderungsprozesse innerhalb Deutschlands, die sowohl in den Ausgangsregionen wie in den Zielregionen zu Defiziten beim Konsens führen.

Die Großstädte sind Ziel der Schwarmwanderungen. Seit 2000 gibt es ein Drittel weniger junge Deutsche nach Berufs- oder Studienabschluss als eine Generation zuvor. Sie suchen Freunde in Fahrradreichweite und ziehen deshalb nur noch in die großen und in die ganz großen Städte. Dass fast 70 Prozent der Deutschen nach wie vor in den Mittel- und Kleinstädten wohnen, aus denen sie selbst ja mehrheitlich stammen, das hat in ihrem Kopf keinen Platz. Bei den Migrant\*innen ist es ähnlich: sie streben in nur 50 von unseren 400 Stadtkreisen und Landkreisen. Beides allerdings schafft besondere Bedingungen für die Teilhabe – oder eben Nicht-Teilhabe – an der bundesdeutschen Maßstabsgemeinschaft und der aktiven Mitverantwortung für alle, die die Schweizer „Citoyenneté“ nennen.<sup>4</sup>

Das Urbanitätsversprechen der Großstädte wirkt zwar positiv für bestimmte Wirtschaftsprozesse, die auf hinreichend viele Menschen angelegt sind. Die Wissenschaft spricht von einer kritischen Masse, die für die Kaufkraftabschöpfung durch die Konzerne notwendig ist. Die vielen Menschen machen den wenigen Wohnraum der Großstädte immer teurer. Als Polizist mit zwei Kindern in München zu leben, ist schwierig bis unmöglich.

Auf der gesellschaftlichen Ebene aber, die man früher einmal Nationalökonomie nannte, kostet der geringere Grad gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Großstädten uns alle viel. Die Kosten der Justiz liegen in Baden-Württemberg bei 121 Euro pro Einwohner und Jahr, in Berlin bei 257 Euro. Wenn Baden-Württemberg so viel aufbringen müsste wie Berlin, würden diese Mehrkosten von 1,5 Mrd. Euro den Länderfinanzausgleich und damit das Land Berlin zum Kollabieren bringen.

Am günstigsten kommt es, wenn man vorab in die Ursachenbeseitigung investiert und nicht nachträglich in die Schadensregulierung. Deshalb hatte schon unmittelbar nach Kriegsende der Walberberger Kreis<sup>5</sup> der Politik den besonderen Schutz der kleinen und mittleren Unternehmen ins Stammbuch geschrieben. Sie bilden, verstreut über die ganze Republik, das Rückgrat des diversifizierten und eben deshalb so erfolgreichen deutschen Wirtschaftssystems. Jetzt aber sind die Weltmarktführer in Schwarzwaldtälern durch das Schwarmstadtverhalten ihrer potentiellen Arbeitskräfte akut bedroht.

Untersuchungen zum Immobilienmarkt sehen für die Gemeinden von rund der Hälfte der deutschen Wohnbevölkerung keine realistische Erholungsprognose und schlagen eine Abkoppelung von Förderprogrammen vor. Harald Simons spricht explizit von einer Palliativpolitik. In anderen Worten: Sterbehilfe, weil alles zu spät ist. Mit solchen Ankündigungen der Dohnanyi-Kommission und etlicher Bundesinstitute aber sehen Bewohner der durch Geburtendefizit und Schwarmstadtverhalten ‚schrumpfenden‘ Regionen mit Recht den gesellschaftlichen Konsens ‚von oben‘ aufgekündigt. Dies ist nicht mehr ihr Land. Sie suchen ihr Heil in einfachen Versprechungen und kehren den gemäßigten Parteien den Rücken.

Die ‚schrumpfenden‘ Regionen sind in zunehmendem Maß europaweit anfällig für populistische Vereinfachungen. In Nord-Usedom waren es bei der letzten Landtagswahl 42 Prozent, im Roussillon waren es 60 Prozent. Im Extremfall ist gemeindliche

Autonomie durch das Fehlen von Bürgermeisterkandidaten verwirkt. Dann läuft die Selbstverwaltungsgarantie aus Artikel 28 des Grundgesetzes ins Leere.

Mit seinem Balcerowicz-Plan II hat der polnische Staat seit 2009 eine wesentliche Grundlage für die aktuelle politische Verschiebung gelegt, die den Zusammenhalt der EU empfindlich stört. Polen hat seinen Landkreisraum von der öffentlichen Förderung mehr oder weniger abgehängt. Rund zwei Millionen junge Gebildete, fast alle aus dem Landkreisraum, dem sogenannten „Polen B“, emigrierten ins Ausland. Zum Beispiel ins britische Gesundheitssystem, dessen Kollaps nach dem Brexit bevorsteht und in Deutschland bevorstehen würde, wenn jemand auf die Idee käme, die illegalen Pflegekräfte unserer Alten oder gar die regulären Arbeitskräfte aus unseren Krankenhäusern zu vertreiben, nur weil sie keinen deutschen Pass haben.

Die Europäische Union hat sich pünktlich zum 60. Jahrestag der Europäischen Verträge tendenziell aufgelöst in kleine Einheiten, die den Wahlerfolg in Partikularisierung, nationaler Rückbindung und Twitter-Vereinfachungen suchen. Ohne europäische und in vielem auch transatlantische Maßstabsgemeinschaft aber gibt es keine Rechtsgemeinschaft, die Grundlage von Wohlstand, Solidität und Solidarität ist. Auf Deutschland lastet in Politik und Wissenschaft derzeit Verantwortung wie selten, die Maßstäbe gesellschaftlichen Zusammenhalts wiederzugewinnen bzw. neu zu bestimmen.

## Wohlstand durch Zuzug

Das Wohlstandsversprechen der Bundesrepublik beruht auf dem Wachstumsparadigma. Der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte hat in Deutschland Tradition. Wer, wenn nicht polnische Bergarbeiter, brachte im 19. Jahrhundert in Chemnitz oder Essen die Bergwerke ebenso ins Laufen wie Jahrhunderte zuvor auswärtige Kräfte beim „Bergeschrey“ im Erzgebirge? Wer, wenn nicht Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern, die „Heimatfront“ im Zweiten Weltkrieg? Wie hätte es anschließend zu einem Wirtschaftswunder kommen können ohne die Vertriebenen im Westen, gefolgt von den Gastarbeitern? In der DDR sorgten zuerst die Umsiedler, dann die Vertragsarbeiter mit dafür, die Produktion am Laufen zu halten. Beiden Gruppen blieb die Integration jedenfalls in der ersten Generation verwehrt; Andreas Kossert (2008) schrieb schauernd von „Kalter Heimat“ statt „Neuer Heimat“.<sup>6</sup>

Augenfällig dagegen sind die Leistungen bei geglückter Integration: Aus der winzigen Gruppe der Banatdeutschen gibt es derzeit gleich zwei deutsche Nobelpreisträger: die Schriftstellerin Herta Müller (2009) und den Göttinger Mikroskopforscher Stefan Hell (2014).

Die Genforschung am Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie Leipzig zeigt, wie vielfältig die genetischen Muster der deutschen Bevölkerung und wie vernetzt die europäischen Nachbarn untereinander sind. Natur-, Wirtschafts- und Kulturforschung zeigen, welche Vorteile aus Vielfalt resultieren können. Politik- und Sozialforschung wiederum zeigen, welche Kosten aus einer Nichteingliederung in die jeweilige Maßstabsgemeinschaft resultieren.

Hat Zuwanderung nun Vorteile oder Nachteile? Dieses offensichtliche Dilemma spielte lange keine größere Rolle in der bundesdeutschen Politik. Einwanderung, Durchwanderung, Auswanderung wurden in sehr erheblicher Größenordnung praktiziert. Heute haben offiziell (die Statistik zählt bei den Staatsbürgern nur 1. und 2. Generation) 20 Prozent der deutschen Wohnbevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund, 35 Prozent der Kinder unter fünf Jahren und 30 Prozent der Fußballnationalmannschaft. Das Grundgesetz formuliert lapidar: Deutscher ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Anders gesagt: Blutproben werden nicht genommen.

## **Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Flüchtlingsgeschehen**

Dem Staat aber lag – in deutlichem Widerspruch zum grundgesetzlichen „Offensein, [das] nicht durch sich selber ausgeschlossen ist“ (Carlo Schmid) – über Jahrzehnte das Paradigma der deutschen Einheitsnation<sup>7</sup> zugrunde. Er gab gewissermaßen das Versprechen ab, Deutschland solle so bleiben, wie es nie war. Dann jedoch kam die sogenannte Flüchtlingskrise. Ökonomisch war das Flüchtlingsgeschehen 2015/2016 keine Krise. Es handelte sich um rund ein Prozent Bevölkerungsanstieg. Es handelte sich um rund ein Prozent der öffentlichen Haushalte, das meiste hiervon sofort in die Wirtschaftskreisläufe zurückfließend. Es handelte sich um einen in *parts per billion* gar nicht erfassbaren Bruchteil der komplexen Entscheidungsprozesse einer hochdifferenzierten spätkapitalistischen Gesellschaft wie der bundesdeutschen. Eine Krise aber wurde das Geschehen rund um die Flüchtlinge insofern, als es völlig unvorbereitet ein neues *agenda setting* erzwang, indem es an einem zentralen Paradigma der deutschen Gesellschaft rüttelte und die Grenzen ihrer Kohäsion austestete.

Ostdeutschland war durch gleich zwei Diktaturen von einem Verständnis für Fremdes und Anderes<sup>8</sup> systematisch ausgeschlossen worden. Heidenau, Bautzen, Schneeberg sind zu Synonymen für eine Subkultur von rechts geworden, Leipzig-Connewitz für eine Subkultur von links. Beide kündigen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf und stellen nicht nur „die staatliche Autorität in Frage“ (Innenminister Markus Ulbig), sondern weit mehr noch die Grundlagen eines Zusammenlebens auf Basis der Art. 1–19 des Grundgesetzes, dem Person-Sein aller Menschen, mit oder ohne deutschen Pass. Im Freistaat Sachsen ist der Handlungsbedarf von Kommunen, Kammern, Kirchen, Zivilgesellschaft und Staat zugunsten einer interkulturellen Öffnung so deutlich wie an kaum einer Stelle der Bundesrepublik.

Die deutsche Zivilgesellschaft nahm die Herausforderung umgehend an. Als im Sommer 2015 Flüchtlingsheime brannten, formierte sich in Ost wie West eine breite Willkommenskultur. Diese wurde am 31. August zur Grundlage<sup>9</sup> des Merkelschen „Wir schaffen das!“ und am 4. September zur Grundlage ihrer Zustimmung zur österreichischen Bitte, die Grenzen zu öffnen. Die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof gingen um die Welt und haben auf ihre Weise den braunen Schatten von Deutschland endlich abgeschüttelt.

Auf kommunaler Ebene ‚krepelten‘ die Bürgermeister und Landräte die Ärmel auf und ermöglichten den Flüchtlingen ein Ankommen. Zwei Motive mischten sich: praktizierte Barmherzigkeit und strategische Weitsicht angesichts von Geburtenarmut und Schwarmstadtverhalten. „Ohne Migration ist Görlitz verloren“, formuliert sein Oberbürgermeister lapidar. Alexander Smoltczyk vom „Spiegel“ hat gezeigt, wie gerade kleinere Kommunen eine Integration der Willigen vorbildhaft leisten.

Der Staat wiederum tat und tut sich auf seinen beiden Ebenen, Ländern wie Bund, ausgesprochen schwer mit der Herausforderung, einen allmählichen gedanklichen und normativen Übergang hin zu einem Einwanderungsland zu schaffen. Dazu gilt es, den Konnex zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt und interkultureller Integration zu erkennen und gesellschaftspolitisch umzusetzen. Immer aber muss der mit diesem Übergang verbundenen Sorge um ein gelingendes Zusammenleben angesichts einer zunehmenden Vielfalt von Herkunft, Tradition, Kultur und Religion in unserem politischen Gemeinwesen hinreichend Rechnung getragen werden. Die Maßstabsgemeinschaft ist der Schlüssel für diese Sorge.

Beim Thema Zusammenhalt ist es wie beim Thema Kunst: der Staat ist für Rahmenbedingungen zuständig, aber die Voraussetzungen seiner eigenen Existenz schaffen kann er nach Böckenförde nicht. Dies können nur die Menschen selbst auf lokaler Ebene. Wo realisiert sich gesellschaftlicher Zusammenhalt bzw. realisiert er sich eben nicht? Es sind die Gemeinden, die weltlichen und die kirchlichen, es sind die Unternehmen und ihre Verbände, es ist die Zivilgesellschaft mit ihren Feuerwehren und Traditionsvereinen. Sie alle benötigen (wissenschaftsgeleitete) Hilfestellung bei der interkulturellen Öffnung. Nur sie können in Zeiten fortschreitender und notwendiger Globalisierung gesellschaftlichen Zusammenhalt denen ermöglichen, die bleiben wollen und sich an der Maßstabsgemeinschaft beteiligen möchten.

Wer aber mit anderen gegenüber Dritten gemeinsam solidarisch ist, der praktiziert die Maßstäbe, die Grundlage unseres Zusammenlebens sind. Die interkulturelle Öffnung unseres Landes ist ein unmittelbarer Beitrag zu einer Erneuerung unserer Maßstabsgemeinschaft.

Dies ist keine einseitige Feststellung. Es wäre blauäugig, darüber hinwegzusehen, dass keineswegs alle, teilweise auch jene, die schon vor langem angekommen sind, zu einer aktiven Beteiligung an einer Erneuerung unserer Maßstabsgemeinschaft bereit sind. Die politischen Präferenzen, die die Studie einer Berliner Hochschule erhob,<sup>10</sup> können sicher nicht vorschnell verallgemeinert werden; sie deuten auf ein Modernisierungsdefizit jenseits der demokratischen Mitte hin. Mit sehr erheblicher Bildungsanstrengung ist es Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts gelungen, die Parallelstrukturen der Ständegesellschaft keineswegs völlig, aber doch wesentlich zu überwinden. „National-befreite“ Zonen als rechtsfreie Räume anderer Art oder die Herausbildung von exklusiven Parallelgesellschaften in ko-ethnischen städtischen Netzwerken führen (da die Institutionen wie ausgeführt für eine sehr geringe Eingriffsdichte konstruiert sind) zu permanenter Überforderung, teilweise bis zum Kollaps, von Politik, Recht, Verwaltung, Polizei, Bildungseinrichtungen usw. und rufen dort ihrerseits Indolenz hervor. Mit beidem ist dem Zusammenhalt innerhalb der Maßstabsgemeinschaft nicht gedient.

## **Integration ist eine Kulturfrage**

Sachsen ist ein Kulturstaat hohen Ranges. Es wird mit brennenden Flüchtlingsheimen konnotiert. Und es wird konfrontiert mit xenophoben Ministerialerlassen in den Nachbarländern Polen und Tschechien. Nachdenken über gesellschaftlichen Zusammenhalt kann hier gewissermaßen vor der Haustür beginnen. Hunderte seiner Gemeinden hatten bis 2015 nicht wenig, sondern statistisch gar keine Ausländererfahrung. Viele Sachsen fahren nach Südtirol, andere fahren wöchentlich von Hoyerswerda nach Bischofswerda für einen ausländerfeindlichen Demonstrationstourismus. Im sachsen-anhaltinischen Tröglitz vor den Toren von Leipzig musste der Bürgermeister zurücktreten. Dort stehen Eigenheime in einem umgebauten Konzentrationslager, das ganz offensichtlich einen langen historischen Schatten wirft.<sup>11</sup>

Wie man in nicht wenigen Teilen der sächsischen Bevölkerung ein Ankommen in der bundesdeutschen Maßstabsgemeinschaft aufbauen kann, das ist die zentrale Herausforderung der Politik. Wo, wenn nicht in Sachsen, sollte Wissenschaft sich dafür engagieren, hierfür Grundlagen zu legen.

Weder das Ideologem einer Auflösung der Bundesrepublik in eine offene Multikulti-Society ohne Maßstabsgemeinsamkeiten noch ein verspätetes Wiederauferstehen des 19. Jahrhunderts mit seinen Nationalstaatsfixierungen werden Sachsen und der weiteren Bundesrepublik Deutschland zu Frieden nach innen wie außen sowie zu globaler Partnerschaft verhelfen.

Mit seiner rätselhaften Formel vom „Offensein, [das] nicht durch sich selber ausgeschlossen ist“ hat Carlo Schmid eine mögliche Richtung gewiesen. Benötigt wird Theorie, die der gesellschaftlichen Praxis verpflichtet ist. Sie sollte anfangen bei den Enkulturationspotentialen der Künste, die interkulturelle Verständigung ohne Verletzung von Identitäten ermöglichen. Sie machen gefestigte Offenheit möglich, eine Pluralität ohne Parallelität.

Eine Maßstabsgemeinschaft muss sich immer und ständig entwickeln. Jedenfalls dann, wenn sie nicht von einem Land träumen will, das es so niemals gab und niemals geben wird. Seien wir dankbar, dass wir diese wichtige Aufgabe in einer Ära des Wohlstands und des relativen Friedens angehen können.

- 1 Mit Étienne Balibar, *Les frontières de la démocratie*, Paris 1992 ist auf die eigentümliche Unterscheidung zwischen „Mensch“ und „Citoyen“ in der „Déclaration des droits de l’homme et du citoyen“ von 1789 hinzuweisen. In der Tat bestimmt ein Spannungsfeld zwischen „Menschenrechten“ und „Bürgerrechten“ auch das deutsche Grundgesetz – nur für Deutsche gelten Art. 8 GG (Versammlungsfreiheit; türkische Wahlkundgebungen fallen darunter nicht), 9 (Vereinsbildungsfreiheit), 11 (Bewegungsfrei-zügigkeit), 12 (Berufsfreiheit), 16 (Auslieferungsverbot). Mit Art. 16a (Asyl) gibt es umgekehrt einen Artikel nur für Ausländer.
- 2 Berechnungen bei Matthias Theodor Vogt/Erik Fritzsche/Christoph Meißelbach, *Ankommen in der deutschen Lebenswelt. Migranten-Enkulturation und regionale Resilienz in der Einen Welt*, Europäisches Journal für Minderheitenfragen 9, 1–2, Berlin 2016.
- 3 Im sogenannten Trichtermodell der Strafverfolgung entfallen auf rund 80 Millionen Wohnbevölke-rung knapp 6 Mio. polizeilich registrierte Strafverfolgungsfälle (ohne Straßenverkehrsdelikte) mit rund 2 Mio. ermittelten strafmündigen Tatverdächtigen und knapp 600 000 Abgeurteilten, darunter 38 000 zu unbedingter Freiheits- oder Jugendstrafe Verurteilte, darunter 512 wg. Mord, Mordversuch oder Totschlag Verurteilte (2013), die ca. 0,00064 Prozent der Bevölkerung bei durchschnittlich sechs Jahren Haftdauer (Totschlag) bzw. 18 Jahren (Mord), entsprechen. Vgl. zu den Problemen einer internationalen Vergleichbarkeit der Daten Thomas Baumann (Referatsleiter Rechtspflege beim Statistischen Bundesamt), *Konzepte eines internationalen statistischen Vergleichs von Straftaten*, in: Statistisches Bundesamt, WISTA. Wirtschaft und Statistik 4/2015, S. 55.
- 4 Im angelsächsischen Raum differenziert Angus Stewart, *Two Conceptions of Citizenship*, in: *British Journal of Sociology* 46, 1995, S. 63–78 bei den Ko-Konstituenten der politischen Sphäre zwischen state citizenship und democratic citizenship. Für letztere hat die Schweiz, die de iure Bürgerschaft lokal verantwortet, das Konzept einer statusunabhängigen citoyenneté entwickelt (zugehörig sein, teilhaben, Verantwortung übernehmen und Präsenz in der Öffentlichkeit zeigen), deren Arbeit an den gesellschaftlichen Maßstäben die Gemeinsamkeit des öffentlichen Raums erst stiftet.
- 5 Vom Dominikanerkloster Walberberg zwischen Bonn und Köln gingen schon vor Kriegsende Impulse aus, die letztlich die Art. 1–19 GG wesentlich prägen sollten. Laurentius Siemer (1888–1956, ab 1932 Provinzial der Dominikaner, als kompromissloser Gegner der Nationalsozialisten 1935 das erste Mal in Haft gesetzt. Mitarbeiter von Goerdeler) musste nach dem 20. Juli 1944 fliehen und kam mit den Engländern zurück ins Kloster. Strategischer Kopf der Sozialprogramme war Eberhard Welty (1902–1965), ab 1946 Schriftleiter der Zeitschrift „Die Neue Ordnung“; Dissertation zu: *Gemeinschaft und Einzelmensch. Eine sozialmetaphysische Untersuchung*. Bearbeitet nach den Grundsätzen des Hl. Thomas von Aquin, Salzburg/Leipzig 1935. Seine 1945 erschienene Programmschrift „Was nun? Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum“ (Brühl o. J.) fand überarbeitet Eingang in: *Die Entscheidung in die Zukunft. Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum*, Heidelberg 1946 und Köln 1946. Vgl. zum bereits im Krieg sich zusammenfindenden Kreis aus Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften: Franz Focke, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialstaats in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU*, Wuppertal 1978, S. 337–340.
- 6 Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008.
- 7 Zur (ungleich komplexeren als allgemein diskutierten) Frage von *ius sanguinis versus ius soli*: vgl. Vogt u. a. 2016, S. 362 ff. (s. oben Anm. 2) und zum rechtshistorischen Kontext ebd., S. 349–379. – Zum Zitat von Carlo Schmid: [https://archive.org/details/CarloSchmidGrundsatzredeVorDemParlamentarischemRat1948](https://archive.org/details/CarloSchmidGrundsatzredeVorDemParlamentarischemRat1948/Mitschnitt%20der%20Rede%2C%2052%20Minuten) (Mitschnitt der Rede, 52. Minute).
- 8 Vgl. die Görlitzer und Berliner Ringvorlesung „Der Fremde und das Andere (Alienitätskompetenz)“ im Wintersemester 2016/17, u. a. mit Marina Münkler und Lutz Hagen: [http://kultur.org/uploads/veranstaltungen/ost-west-kolleg/OWK\\_2016-17-Der\\_Fremde\\_und\\_das\\_Andere-161007.pdf](http://kultur.org/uploads/veranstaltungen/ost-west-kolleg/OWK_2016-17-Der_Fremde_und_das_Andere-161007.pdf).
- 9 Nach Herfried Münkler/Marina Münkler, *Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft*, Berlin 2016.
- 10 Ronald Freytag (Kanzler der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft), *Flüchtlinge 2016. Studie der HMKW zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen 2016* ([http://www.hmkw.de/fileadmin/media/downloads/pdfs/Publikationen/HMKW\\_Fl%C3%BCchtlinge\\_2016\\_Studie\\_Ronald\\_Freytag\\_20160815.pdf](http://www.hmkw.de/fileadmin/media/downloads/pdfs/Publikationen/HMKW_Fl%C3%BCchtlinge_2016_Studie_Ronald_Freytag_20160815.pdf)).
- 11 Vgl. zu einer Zusammenarbeit von Sozialwissenschaft und Dokumentarphotographie: Oliver Decker / Frank Berger / Falk Haberkorn, *Vom KZ zum Eigenheim. Bilder einer Mustersiedlung*, Springe 2016.



# VOM MUSTERLAND ZUM „FAILED FREISTAAT“?

## Zur politischen Kultur Sachsens\*

*Prof. Dr. Hans Vorländer*

Immer wieder Sachsen – so oder ähnlich hieß es in den letzten Monaten des Jahres 2016. Eine Reihe spektakulärer Ereignisse hat Sachsen in die Schlagzeilen gebracht, zugleich aber Zweifel an der Fähigkeit des Freistaates hervorgerufen, mit den Herausforderungen sachgerecht und effektiv umgehen zu können. Von Pegida über die Ausschreitungen gegen Flüchtlingsheime, von den pöbelnden Demonstranten am Tag der Deutschen Einheit bis zum Selbstmord des Terrorverdächtigen Dschaber al-Bakr – aus dem Vorzeigeland schien ein „Failed Freistaat“ geworden zu sein, wie „Spiegel online“ schrieb – ein gescheiterter Staat also, der seinen grundlegenden Aufgaben, nämlich Sicherheit und Ordnung zu erhalten, nicht mehr nachzukommen in der Lage ist.

Man könnte das als „Sachsen-Bashing“ abtun, als Kampagne der Medien, für die nur schlechte Nachrichten gute Nachrichten sind und die seit langem, seit dem Auftauchen von Pegida im Oktober 2014, mit dem Finger auf einen Freistaat zeigen, der in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt abzudriften sowie in Selbstüberschätzung, Larmoyanz und Starrsinn zu vergehen scheint: Wer hoch gestiegen ist, muss dann tief fallen. Aber so einfach ist es natürlich nicht. Und neben der Frage, was denn nun wann und wie schiefgelaufen ist, wo einfach nur Pech, wo Fehlverhalten, wo systemisches Unvermögen vorliegt, bleibt die berechtigte Frage, ob Sachsen etwas Besonderes in Deutschland ist, einen Sonderweg beschritten, gar ein eigenstaatliches Sonderbewusstsein entwickelt hat. Eine ironische Wendung hat sich vollzogen: Aus „Sachsen zeigt, wie es geht“ ist die Negation geworden „Der Freistaat zeigt, wie es nicht geht“.

Die Politik- und Sozialwissenschaft spricht von politischer Kultur, wenn es um Einstellungen, Gewohnheiten und Praktiken geht, die eine Gruppe von Menschen zu erkennen geben und die für das Verhalten und Handeln in politischen Dingen von Bedeutung sind. Diese politische Kultur determiniert nicht alles und jedes, erklärt auch nicht kausal, weder das Handeln in einer konkreten Situation noch das Verhalten über lange Zeit, aber sie rahmt politisches Tun, orientiert und deutet, gibt oder verweigert Unterstützung für das politische System, erzeugt Vertrauen für Institutionen und Personen, die Politik machen und Entscheidungen treffen.

Eine politische Kultur lebt von historischen Traditionen, verändert sich, kann aber auch Beharrungskräfte entwickeln, die der Akzeptanz einer (neuen) Ordnung entgegenstehen. Vor allem ist eine politische Kultur nicht homogen, sie enthält unterschiedliche Strömungen, die konvergieren, aber auch unversöhnlich aufeinanderprallen können. Entscheidend ist jedoch, dass demokratische Ordnungen auf eine sie unterstützende politische Kultur angewiesen sind, ihr Fehlen lässt freiheitliche Systeme instabil werden.

Politische Kulturen unterscheiden sich voneinander, weshalb sich fragen lässt, ob Sächsinen und Sachsen ein besonderes Muster an Einstellungen und Vorstellungen erkennen lassen. Nun ist es so, dass über die Entwicklung Sachsens in den letzten 26 Jahren nur wenige wirklich belastbare Daten oder Studien vorliegen, die ein Gesamtbild über die politisch-kulturelle Verfasstheit seit der Wiederbegründung des Freistaates 1990 ergeben. Anders als etwa für Thüringen hat es keinen sogenannten „Sachsen-Monitor“ gegeben, der Einstellungen und ihre Veränderung über die Zeit auf dem Wege der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung erhoben hätte (erst jetzt soll ein solcher Monitor eingerichtet werden, Stand: 8. November 2016). Somit ist ein politisch-kulturelles Profil der Sächsinen und Sachsen aus empirischen, quantitativen Daten und Analysen nur unvollständig, also skizzenhaft zu zeichnen. Gleichwohl gibt es Erkenntnisse, die im Folgenden zu einigen Tendenzaussagen zusammengefügt werden.

Pegida und die Vorfälle in Heidenau, Freital, Clausnitz und andernorts haben die Frage nach einer besonderen Fremden- und Ausländerfeindlichkeit in Sachsen virulent werden lassen. Tatsächlich aber liegen die sächsischen Einstellungen in diesen Bereichen im bundesdeutschen Durchschnitt, wenngleich deutlich höher als in weiten Teilen Westdeutschlands, aber niedriger als in anderen ostdeutschen Bundesländern oder Bayern.<sup>1</sup> Auch von einer besonderen Fremden- und Ausländerfeindlichkeit beispielsweise in Dresden kann ausweislich vergleichender Studien etwa mit Hamburg oder Düsseldorf nicht die Rede sein.<sup>2</sup> Die Vermutung, dass sie in den ländlichen Regionen Sachsens höher liegen könnte, lässt sich nicht mit harten Zahlen belegen, weil diese nicht erhoben worden sind.

Bei den Einstellungen gegenüber dem Islam und Muslimen belegt Sachsen jedoch einen der letzten Plätze im Vergleich mit anderen Bundesländern. Sächsinen und Sachsen scheinen überdurchschnittlich häufig der Meinung zu sein, Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt, die Islamausübung in Deutschland beschränkt werden, und die Anwesenheit von Muslimen bringe Konflikte. Dabei ist

die Kontakthäufigkeit zu Muslimen in Sachsen deutlich niedriger als im Gesamtdurchschnitt aller, wenngleich höher als im Durchschnitt der ostdeutschen Länder.<sup>3</sup> Ob es – bei einem Anteil von lediglich 0,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung Sachsens (Zahl von 2009) – der mangelnde Kontakt ist, oder ob es andere Faktoren, etwa die eigene religiöse Prägung oder gerade die in Ostdeutschland vorherrschende geringe Zugehörigkeit zu Kirchen, sind, die die Islamfeindlichkeit beeinflussen, kann allerdings nicht mit Bestimmtheit gesagt werden.

Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, auch Islamfeindlichkeit werden, wenn sie mit anderen Einstellungsmerkmalen zusammentreffen, auch den Charakteristika des Rechtsextremismus zugerechnet. Dies würde zusätzlich voraussetzen, dass sich Sächsinen und Sachsen selber weit rechts auf einer politischen Skala einstufen, eine autoritäre Diktatur befürworten, den Nationalsozialismus verharmlosen oder antisemitische Einstellungen zeigen würden. Das ist jedoch durch empirische Untersuchungen nicht belegt. Gleichwohl aber zeigen sich Tendenzen, dass in Sachsen Einstellungen stark sind, die sich als Regionalpatriotismus, als „Ethnozentrismus“ verstehen lassen. Dieser „Sachsenstolz“ speist sich – regional unterschiedlich ausgeprägt – aus starker Heimatverbundenheit, einer, vor allem in den vergangenen 26 Jahren stark beförderten, historischen Erinnerung an Sachsens glanzvolle Vergangenheit aus kultureller Eigenständigkeit, höfischer Pracht und bewundernswerter Ingenieurskunst, aber auch aus Selbstbezogenheit, Misstrauen gegenüber Fremden und – ungewollter – Abschließung nach außen. Zusammen mit starken Strukturen lokaler Verwurzelung und Gefühlen der Zusammengehörigkeit ließe sich hier von einem „sächsischen Chauvinismus“ sprechen, der im Kontext besonderer Konfliktszenarien oder Bedrohungswahrnehmungen die tendenzielle Überhöhung der eigenen Identität und zugleich eine Abwertung von Fremden, wie etwa Ausländern und Migranten, vollzieht. Bei den Anhängern und Demonstranten von Pegida wurden diese Einstellungsmuster, die sich vor allem in der massiven Abwehrhaltung gegenüber muslimischen Asylbewerbern zeigen, besonders deutlich.<sup>4</sup>

Bei Pegida wurde daneben aber auch eine große Unzufriedenheit mit „der“ Politik und „den“ Medien sichtbar, die auf eine Entfremdung vom politischen und medialen System schließen lässt. Steht damit die Demokratie in Sachsen in Gefahr? Nun lassen Befunde einzelner Gruppen keinen Schluss auf die allgemeinen Haltungen der Sächsinen und Sachsen zu. Erst wenn eine weit verbreitete Verachtung der Demokratie, ihrer Institutionen und Repräsentanten vorliegt, müsste Besorgnis bestehen. Davon kann aber keine Rede sein.

In Sachsen wie auch in den anderen Ländern Ostdeutschlands wird der Demokratie als allgemeiner Idee generell eine große, wenngleich im Vergleich zu Westdeutschland etwas geringer ausfallende Zustimmung entgegengebracht. Indes fällt die Beurteilung, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, deutlich schlechter aus. Befragungen weisen aus, dass weniger als die Hälfte der Sachsen mit der konkreten Demokratiepraxis zufrieden ist. Mit diesen Werten liegt Sachsen zwar im Rahmen dessen, was auch die anderen ostdeutschen Länder zu erkennen geben, zugleich

ist die Unzufriedenheit bedeutend größer als im westdeutschen Durchschnitt.<sup>5</sup> Das könnte mit einer allgemein verbreiteten Skepsis gegenüber der Politik, aber auch mit Enttäuschungen oder einer allgemeinen Ernüchterung bei (zu) hohen Erwartungen an die Wiedervereinigung erklärt werden. Auch lässt sich das verbreitete Gefühl beobachten, im Vergleich zu Westdeutschen nicht gerecht behandelt zu werden – ein Gefühl, das gerade bei den identitätsbewussten Sachsen schnell in Selbstgefälligkeit, Überheblichkeit und trotzigte Behauptung der eigenen Besonderheit umzuschlagen vermag. Schließlich lässt sich vermuten, dass bei einigen Sächsinen und Sachsen Vorstellungen von Demokratie vorherrschen, die demokratische Prozesse der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung eher mit dem Funktionieren eines Industrieunternehmens, eines Gewerbebetriebs oder eines Ingenieurbüros gleichsetzen, wo der Bürger bestellt und die Politik anschließend das gewünschte Produkt liefern muss. Das Unverständnis für die komplexen und vermeintlich „ineffektiven“ politischen Aushandlungsprozesse, bei denen auch abweichende, gar aus mancher Sicht „unsinnige“ politische Meinungen Gehör finden, erzeugt Unverständnis und Verachtung.

Diese Befunde spiegeln sich im politischen Partizipations- und Wahlverhalten als Prozess sukzessiver Entfremdung wider. So hat in den vergangenen 26 Jahren im Freistaat Sachsen die „Partei der Nichtwähler“ dramatisch zugenommen. Bei der Landtagswahl 2014 stimmten nur noch rund 49 Prozent der Wahlberechtigten ab. Die seit 1990 regierende CDU, nach wie vor mit Abstand die stärkste Partei, hat über die letzten 26 Jahre ca. 800 000 Stimmen verloren. Zugleich vermochten die anderen Parteien die Verluste der CDU nicht aufzufangen. Indes konnten die Gruppierungen am rechten Rand des sächsischen Parteiensystems seit 1994 im Mittel stets rund 15 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich versammeln, wobei von 2004 bis 2014 die NPD und seit 2014 die AfD jeweils in den Landtag einziehen konnten. Da bei der letztgenannten Landtagswahl auch die NPD mit 4,8 Prozent der Stimmen nur knapp den Einzug in den Sächsischen Landtag verpasste, kann hier inzwischen in der Summe von einem sich im Wahlverhalten rechts der CDU manifestierenden Protestpotential von rund 15 Prozent gesprochen werden, welches sich um einen beträchtlichen, gleichwohl empirisch nicht exakt bestimmbareren Anteil der Nichtwähler erhöhen dürfte. Hier zeigt sich ein erheblicher Vertrauensverlust der sogenannten „etablierten“ Parteien, von CDU, SPD, Grünen, Linken und FDP (seit 2014 nicht mehr im Landtag vertreten). Pegida hat einen, und zwar den mobilisierbaren Teil dieses Protestpotentials sichtbar werden lassen.

Nun lassen diese Entwicklungen zwei Erklärungen zu: Zum einen, dass die Parteien, welche in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten die Landespolitik bestimmten, an Zustimmung, Responsivität und Repräsentativität verloren haben und Bewegungen auf der Straße dies zu kompensieren suchen. Folglich könnten jene Protestaktionen wie Pegida in Dresden, „Wir sind Deutschland“ in Plauen oder „Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz“ in Bautzen als Selbstmobilisierung enttäuschter und unzufriedener Teile der Bürgerschaft, mithin als politische Aktivierung der Zivilgesellschaft und als Stärkung der politischen Kultur gedeutet werden. Doch fällt eine solche Interpretation schwer; man muss hier nicht unbedingt die „schmutzige Seite“ einer Zivilgesell-

schaft am Werke sehen, wie das einige Beobachter aus der Ferne diagnostizieren, aber besorgniserregend sind die deutlichen fremden-, ausländer- und islamfeindlichen Untertöne wie auch die Hass- und Hetzreden gegen Politik und Medien allemal, ganz abgesehen davon, dass sich hier eine Verrohung und Enthemmung politischen Protestes Bahn gebrochen hat, die das Ressentiment auf der Straße hat salonfähig und die Grenzen zu psychischer und physischer Gewaltanwendung hat durchlässig werden lassen. So wurden in Sachsen im Jahr 2015 weit mehr als doppelt so viele rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten begangen als im Jahr zuvor, war Sachsen 2015 eines der Bundesländer in Deutschland mit der höchsten Rate an politisch motivierter Gewalt.<sup>6</sup>

Die andere, zweite Erklärung wird diese Entwicklungen als Zeichen einer instabilen demokratischen politischen Kultur werten müssen. Die abnehmende Bindungskraft von Parteien ist keineswegs ein Phänomen, welches auf die ostdeutschen Bundesländer beschränkt ist. Es wird hier aber besonders deutlich, weil die Parteien per se einen anderen Ausgangspunkt nach 1990 hatten, also von vornherein nicht die integrative, auf festen Weltanschauungen, sozialen Milieuverankerungen und programmatischer Unterscheidbarkeit beruhende Funktion besaßen, wie das in Westdeutschland der Fall war. Folglich fehlt der demokratischen Kultur – vor allem auf dem Lande, aber nicht nur dort – eine Verwurzelung in politischen Organisationen, die für die Ausbildung demokratieförderlicher Einstellungen und Verhaltensweisen wichtig sind. Hinzu kommt eine Schwäche gesellschaftlicher Vermittlungsinstitutionen wie Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Berufsverbänden, die nach 1989/90 als freiwillige Assoziationen nicht wirklich neu und flächendeckend etabliert werden konnten. Hier wirkt die Erblast der DDR nach. Wie Kirchen, die im ostdeutschen Vergleich in Sachsen und dort auch in ländlichen Regionen relativ stark (geblieben) sind, auf die Politik und die politische Sozialisation ihrer Mitglieder wirken, ist nicht erforscht. Doch scheinen in einzelnen Regionen wie auch im landeskirchlichen Protestantismus konservative Einstellungen zu dominieren. Unbestimmt bleibt auch die Rolle von Sport-, Spiel- und Heimatvereinen, die teilweise und vor allem auch in ländlichen Gebieten sehr präsent sind. Ob sie als demokratische Transmissionsriemen zwischen den Bürgern und den staatlichen Institutionen oder eher als soziale Biotope bürgerschaftlichen Rückzugs und politischer Widerständigkeit wirken, muss dahingestellt bleiben (und untersucht werden). Generell gilt aber, dass dort, wo es an demokratischen Infrastrukturen mangelt, Resonanzräume für rechtsextreme Aktionen und rechtspopulistische Bewegungen entstehen.

Sachsen hat seit langem ein Problem mit Rechtsextremismus, auch mit politisch motivierten Gewalttaten. Gleichwohl wäre es unzutreffend, von einem Freistaat des Extremismus zu sprechen. So bescheinigt der Verfassungsschutzbericht Sachsen zwar (neben Nordrhein-Westfalen) eine Spitzenposition, was die Anzahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten betrifft, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl liegen die jüngsten Zahlen für 2015 aber auf dem gleichen Niveau wie die anderer ostdeutscher Bundesländer, noch hinter denen von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.<sup>7</sup> Das Wahlverhalten der Mehrheit (auf Landesebene; in den Städten gilt anderes) der

Sächsinnen und Sachsen lässt wiederum eher den Schluss auf einen strukturellen Konservatismus zu – ein typisch sächsischer Konservatismus, der auf Kontinuität setzt, die eigene kulturelle Identität hervorhebt und politischen Experimenten abgeneigt ist. Indes ist nicht zu übersehen, dass Sachsen auch ein Land der unruhigen Bürger geworden ist. Der Protest zeigt sich offen, manchmal scheint sich der Stammtisch aus den Gasthäusern auf die Straße verlagert zu haben. Das lässt auch auf eine gewisse Selbstständigkeit abgeschlossener Zirkel von Personen schließen, die ihre politischen Vorstellungen nicht mehr in den politischen und medialen Diskursen der Berliner Republik wiederfinden, dafür jedoch ihre „Echokammern“ in den sozialen Medien und auf öffentlichen Plätzen einrichten. Womöglich sieht aber auch die Sozialbilanz des politischen, ökonomischen und demografischen Strukturwandels der letzten 25 Jahre anders aus, als es die schön restaurierten (Klein-)Stadtlandschaften nahelegen.

Sachsens demokratische Kultur scheint noch nicht gefestigt zu sein, sie weist unübersehbar Risse und Sollbruchstellen auf. Das gilt *cum grano salis* für ganz Ostdeutschland. Die Transition von einer Diktatur zur Demokratie vollzieht sich nicht linear, sie geht mit vielen Erschütterungen und Enttäuschungen einher. In Sachsen bzw. in Teilen und in bestimmten Gruppen und Regionen Sachsens jedoch spielen anscheinend einige Faktoren eine besondere Rolle: ein struktureller Konservatismus, eine spezifische Form ethnozentrischer Selbstüberschätzung, eine Abwehr des Unbekannten und des Fremden, eine unabgeschlossene Vergangenheitsbewältigung. Es sieht so aus, als sei mit Pegida etwas aufgebrochen, was schon lange vorhanden, aber nicht sichtbar gewesen ist.

\* Stand: 8. November 2016.

- 1 Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler (Hg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*, Gießen 2015, S. 75.
- 2 Karl-Heinz Reuband, *Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen*, in: *Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung* 21, 2015, S. 137.
- 3 Alexander Yendell, *Islamfeindlichkeit und negative Haltungen gegenüber Muslimen, dort wo kaum Muslime leben – einige Fakten und Erklärungsversuche*, in: Gert Pickel / Oliver Decker (Hg.), *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Leipzig 2016, S. 121 ff.
- 4 Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schäller, *Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*, Wiesbaden 2016.
- 5 Gert Pickel, *Eine sächsische politische Kultur des Extremismus? Politische Einstellungen in Sachsen im Bundesländervergleich und ihre politikwissenschaftliche Einordnung*, in: Gert Pickel / Oliver Decker (Hg.), *Extremismus in Sachsen*, Leipzig 2016, S. 20.
- 6 Bundesministerium des Innern, *Verfassungsschutzbericht 2015*, Berlin 2016, S. 30; Uwe Backes, *Politisch motivierte Gewalt in Sachsen*, in: Gert Pickel / Oliver Decker (Hg.), *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Leipzig 2016, S. 27–37.
- 7 Bundesministerium des Innern, *Verfassungsschutzbericht 2015*, Berlin 2016, S. 30.

# POLITISCHE KULTUR IN SACHSEN UND IHRE PRÄGEFAKTOREN

*Prof. Dr. Werner J. Patzelt*

## **I. Licht und Schatten**

Sachsen ist zum innerdeutschen Verachtungsland geworden. Viele glauben zu wissen: Der weiß-grüne Freistaat ist Pegida-Gau, Hochburg von Rechtsradikalismus und Rassismus, Inbegriff von Dunkeldeutschland. Deshalb machten Touristen und Investoren einen weiten Bogen um dieses Land, ja gäben manche Staaten sogar Reisewarnungen heraus, die vom Besuch, zumal Dresdens, abrieten. Auch erkenne man schon an ihrer hässlichen Sprache eine gewisse Beschränktheit der Sachsen – und außerdem daran, dass sie trotz Befreiung von ostdeutscher Parteidiktatur weiterhin mit großer Mehrheit die CDU wählten.

Oder sind weniger die Sachsen anders, als dass man einfach anders über ihren Freistaat redet als über Brandenburg oder NRW? Und falls das so wäre: Ob da nicht oft auch Neid die Sprache prägt oder die Feder führt? Seit der Wiedervereinigung ist Sachsen jedenfalls auf stabilem Erfolgskurs. Der hat nicht nur zu schmucken Städten und guter Infrastruktur, sondern ebenfalls zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt und zu einem Spitzenplatz bei innerdeutschen Bildungsvergleichen geführt. Auch gibt es unbändigen Stolz auf das eigene Land und dessen reiches Kulturerbe. Ferner fehlt es nicht am Willen, aus weiterbestehenden oder neuen Problemen am Ende besser herauszukommen als so manches andere Bundesland, dessen Repräsentanten jetzt Sachsen von oben herab kritisieren. Und freilich gibt es auch etliche Fehler zu korrigieren: bei der Personalpolitik im Bereich von Schulen und Polizei – und beim Verhindern rechter Radikalisierung.

## II. Geschichtliche Grundlagen sächsischer Eigentümlichkeiten

Die im Spätsommer 2016 für den „Sachsen-Monitor“ durch *dimap* durchgeführte Repräsentativbefragung von gut tausend Bewohnern Sachsens erlaubt es, ein sehr fein auflösendes Bild aktueller sächsischer politischer Kultur und derer Merkmale zu zeichnen.<sup>1</sup> Doch gibt es dabei offenbar nicht nur Züge, die an vielen westlichen Demokratien aufzufinden sind, sondern durchaus auch Sachsentypisches. Dieses aber lässt sich nicht verstehen ohne den Blick in die Geschichte dieses Landes sowie auf die aus dieser Geschichte empfangenen Prägungen. Das alles kann hier nicht skizziert, muss aber hinsichtlich wichtiger Folgen bilanziert werden.

Wesentlich ist das von Sachsen immer wieder erlebte Auf und Ab. Gestützt auf Reichtum, der dem Bergbau zu verdanken war, gestärkt durch die errungene Kurwürde, sich dann an die Spitze der Reformation stellend und seine Verwaltungssprache über die Lutherbibel auch noch im ganzen deutschen Sprachraum verbreitend, war Sachsen am Ende des 15. Jahrhunderts auf einem ersten Gipfel seines Einflusses gelangt. Den hatte aber damals schon die Leipziger Landesteilung zu unterminieren begonnen. Und aufgrund der Überspannung seiner Kräfte durch die zwischen 1697 und 1763 bestehende Personalunion mit Polen fand sich Sachsen bald als Pufferstaat eingezwängt zwischen der Militärmacht Brandenburg-Preußen im Norden und dem Habsburgischen Block, der im Süden die böhmischen Länder umfasste. So wurde Sachsen bis zum Ende der napoleonischen Zeit – auch wegen unglücklicher Bündnispolitik auf Niederlagen abonniert – zum militärischen Durchzugsland und litt entsprechend. Die Erschöpfung der Silbervorkommen setzte den politisch begonnenen Abwärtsprozess fort.

Neue Aufstiegsmöglichkeiten eröffnete die Industrielle Revolution. Deren Chancen nutzte Sachsen im 19. Jahrhundert sogar besonders gut. Es baute ein modernes Bildungssystem auf, dessen Schwerpunkt auf moderner Technik durch die Rolle von Dresden und Leipzig als anziehungsmächtigen Kunststädten bestens ausbalanciert wurde. Obendrein schufen Arbeitsamkeit und Fleiß der Bevölkerung, von protestantischem Ethos und praktischer Findigkeit getragen, die Voraussetzungen für große wirtschaftliche Erfolge nicht nur in den prosperierenden Städten, sondern auch in vielen „Industriedörfern“. Ebenfalls dort – und nicht allein in den Ballungsgebieten – entstand die neue, stolze, patriotische und bald auch eine politische Modernisierung einfordernde Arbeiterklasse. Am Ende jenes Jahrhunderts war Sachsen dann in Deutschland zum „roten Königreich“ geworden, zum Herzland der SPD, und obendrein – wie schon in der frühen Neuzeit – zur wohlhabendsten Region des Landes, außerdem zu einer Heimstatt von Wissenschaft und Kunst. Es war wirklich eine *Belle Époque*, in der Sachsen damals lebte und sich aufrichtig mochte.

Doch unter der Oberfläche gärte es, zumal in den großen Städten, und zwar nicht nur künstlerisch. Schon zu Weimarer Zeiten gelangten im zwischen geliebter Tradition und modernem Lebensgefühl zerrissenen Sachsen etliche von Deutschlands politischen Pathologien an die Oberfläche. Bereits im März 1933 wurde der große Diri-



gent Fritz Busch von den Nazis aus Dresden vertrieben, und bezeichnenderweise fand im September des gleichen Jahres zu Dresden die erste Ausstellung über „Entartete Kunst“ statt. Obendrein agierte einer der hetzerischsten Nazi-Gauleiter in Sachsen. Der Pöbel war an die Macht gelangt – und fand seine Anhänger quer durch die Gesellschaft. Die Zerstörung vieler Innenstädte durch alliierte Bomben rächte auch das.

Nach 1945 lebte das einst „rote Königreich“ gleichsam ohne Monarchie und Bourgeoisie wieder auf, ja umfasste sozusagen die gesamte sowjetische Besatzungszone und spätere DDR. Irgendwie war es deshalb stimmig, dass – nachwirkend bis heute – ausgerechnet das Sächsische des aus Leipzig stammenden SED-Führers Ulbricht zu einer Art Signaldialekt des kommunistischen Deutschland wurde. Ihn ironisch anzubringen wirkte zumal im Westen selbsterhöhend und war eine – recht billige – Form von Systemkritik. Im deutschlandweit beliebten Verächtlichmachen des Sächsischen lebt das bis heute nach. Allerdings hatte der Ansehensverlust dieses Dialekts und Tonfalls bereits mit dem realen Machtstiege Sachsens im späten 18. Jahrhundert begonnen. Als Kennzeichen von Verlierern oder politischen Wirrköpfen deutet man seither das Sächsische immer wieder – auch seit 2014 bei Pegida.

Umgekehrt begann schon im 18. Jahrhundert das Aufbegehren gegen Sachsens Verächter. Im schlechten Fall vollzieht sich derlei mit bockiger Verschließung, im besten Fall mit unersätlichem Leistungswillen. Der lässt dann die anderen hinter sich und nimmt so an ihnen subtil Rache. Preußens Gloria setzte man jedenfalls Sachsens Glanz, politischer Macht jene Mischung aus Findigkeit und Rührigkeit entgegen, die auf sächsisch „Fischelanz“ heißt, verballhornt vom lateinischen Fremdwort „Vigilanz“. Solches Verhalten klingt zwar harmlos, wirkt aber subversiv. Preußen ist jedenfalls vergangen, Sachsen hingegen ein stolzes und erfolgreiches Bundesland. Nicht grundlos begann denn auch das Ende der DDR in den sächsischen Städten Plauen, Dresden und Leipzig – und ebenso das Ende manchen bundesdeutschen Konsenses mit dem Aufkommen von Pegida in Sachsen, dem rasch der Aufstieg der AfD folgte.

Politischen Umschichtungen scheinen die Sachsen jedenfalls nicht abgeneigt zu sein, ja sie sogar mitzubewirken, falls die Verhältnisse zu gefühlten Fesseln von Leistungswillen werden. Nach dem Ende der DDR waren jedenfalls die früheren, so starken sozialdemokratischen Milieus verschwunden. Dafür wurde der sächsische Landesverband der PDS zur zeitweise reformwilligsten Gliederung der alten DDR-Staatspartei. Vor allem aber wählten die Sachsen als neue Staatspartei die ihnen eine erfolgreiche Perspektive versprechende, ja auch bescherende CDU mit absoluten oder starken relativen Mehrheiten in den Landtag. So blieb sie weit über ein Vierteljahrhundert ohne Unterbrechung an der Macht.

Von derart breiter Zustimmung getragen, ging des Freistaats neuer „republikanischer Monarch“ und erster Ministerpräsident gar so weit, wegen der Attraktivität der CDU bis weit ins rechte politische Spektrum hinein „seine Sachsen“ für immun gegen jegliche Form von Rechtsextremismus zu erklären. Da aber war die erfolgsverwöhnte CDU schon selbstzufrieden und selbstgefällig geworden und vermochte es nicht mehr, aufsässige Sachsen ins etablierte System zu integrieren. Bereits 2004 zog die

NPD in den Landtag ein, getragen von einem breiten Netzwerk rechtsradikaler Privatvereinigungen quer übers Sachsenland. Die hatte man mitsamt ihren Motivlagen so recht nicht ernstgenommen. Zehn Jahre später entstand in Sachsens Hauptstadt dann Pegida – und wurde der weiß-grüne Freistaat in Deutschland zum Spitzenreiter bei Übergriffen auf Geflüchtete und auf deren Unterkünfte. Als bald war das ehemals rote Sachsen zu Deutschlands braunem Sumpf geworden – und wenn schon nicht in der Wirklichkeit, so doch in den Augen von Westdeutschen und von Linken.

Was ist da los? Offenbar können viele Sachsen „links“ und „rechts“ ähnlich gut. Sie wechseln willig die Seiten, wenn es sein muss, sein soll, ja vielleicht auch bloß sein kann. Dabei lassen sie sich nicht weit ins Innere von dem bewegen, was man äußerlich von ihnen will. Man macht mit, bis der innere Kompass anzeigt: Es reicht. Denn so gutmütig Sachsen sein können, so wenig ist auf handsames Verhalten dann Verlass, wenn sie sich in ausweglose Lagen gebracht fühlen. Das tut eine nennenswerte Minderheit von ihnen seit einiger Zeit bei der Einwanderungspolitik und beim Auftreten des Islam in Deutschland, wenngleich eher beim Vorausblick in die Zukunft als beim Urteil über die Gegenwart. Doch wer „fischelant“ ist, der sinnt eben mehr auf Künftiges denn auf das bereits Geschehene. Und er mag es schon gar nicht, wenn mühsam Erreichtes leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird – wie in Sachsens Geschichte nicht gerade selten.

### **III. Tiefenschichten heutiger politischer Kultur Sachsens**

Erklärungen sächsischer Eigentümlichkeiten ohne Blick auf solche historische Tiefenschichten, auch bar des Gespürs für soziokulturelle Zusammenhänge, sind schlicht unzureichend. Gewiss hat die sächsische CDU jene rechtsradikalen Netzwerke unterschätzt, die seit Beginn der 1990er Jahre erkennbar waren; doch warum hat sich rechtspopulistisches Empfinden ausgerechnet in jenem Sachsen so verbreitet, das man 1990 als neues sozialdemokratisches Musterland erwartete? Zwar verfestigte sich im seither CDU-regierten Sachsen eine eher rechte Grundstimmung, die den „Kampf gegen Rechts“ nicht zum Herzensanliegen der Regierung werden ließ; doch eine rechte Grundstimmung gibt es ebenfalls im seit 1954 von der CSU regierten Bayern, wo – obwohl 2015 von der Zuwanderung am meisten betroffen – sich gerade keine nennenswerte Fremdenfeindlichkeit zeigte, sondern bewundernswerte Willkommenskultur. Und sicher sind die Sachsen besonders stolz auf ihr Land; aber das sind die Badener und Württemberger auch, welche die konservativsten aller Grünen an die Macht gewählt haben und vergleichsweise wenig Rechtsradikalismus oder Fremdenfeindlichkeit aufweisen.

Man wird also tiefer graben müssen. Dann findet man, dass gerade in Einwanderungsfragen Sachsen viel mehr mit Polen, Tschechien und Ungarn gemein hat als mit den Hansestädten oder dem Rheinland. Was aus westeuropäischer Warte als fragwürdig-rechtspopulistisch anmutet, wirkt in Ostmitteleuropa aber als politisch ganz normal – und in Sachsen oft eben auch. Dort hat man außerdem nicht die Demütigungen durch jene „fremden Vögte“ vergessen, als welche viele der seit 1990 ins

Land strömenden West-Eliten wirkten. Heute stört man sich obendrein sehr an jenen Denk-, Sprech- und Verhaltensgeboten, die – auf ihre politische Korrektheit stolze – Westdeutsche gerade in Einwanderungs- und Kulturfragen über „Dunkeldeutschland“ verhängen.

Gerade weil man sich über das erfolgreiche Ende der schweren Umbruchsjahre seit 1990 freute, empfand man es als Zumutung, im „soeben wieder schön gewordenen Sachsen“ jetzt den Ausländeranteil „auf westdeutsches Niveau“ bringen zu sollen, also gewissermaßen aufs Maß aller Dinge. Weil viele Sachsen – gut gebildet in einem Hochschulland, nicht ohne Erfolg mit ihren Handwerksbetrieben, kleinen Geschäften, ja auch mittelständischen Unternehmen – nun einmal kein gutes Ende der seit 2015 betriebenen Einwanderungspolitik erwarteten und außerdem empfanden, ihre Kritik daran werde „arrogant abgebugelt“, empörten sie sich erst recht. Sie taten das umso mehr, als sie ja nie gefragt worden waren, ob sie eine solche Veränderung ihrer Kultur und Heimat wirklich wollten. Derlei „Politik von oben herab“ fühlte sich dann an „wie zu DDR-Zeiten“.

Obendrein fehlten – von perfekt integrierten Vietnamesen abgesehen – jene positiven Erfahrungen mit einer Einwanderungsgesellschaft, die man in weiten Teilen Westdeutschlands sehr wohl machen konnte. Also schreckten unschöne Bilder, etwa aus Duisburg-Marxloh. So etwas wäre „nicht mehr ihr Land“, empfanden viele. Einige von ihnen machten sich dann ans Abschreckungswerk durch Unwillkommenskultur und Brandanschläge (etwa in Heidenau und Clausnitz, in Bautzen und Tröglitz), ja gründeten zu diesem Zweck – nämlich in Freital – gar eine kriminelle Vereinigung. Weil außerdem viele Sachsen derlei Verbrechen, Gewalttätigkeit oder Pöbelei zwar ablehnen, doch die so bekämpfte Flüchtlingspolitik auch selbst für falsch erachten, entstand vielerorts ein Einvernehmenszusammenhang folgender Art: „Das geht zwar zu weit; doch im Grunde ...“. Und weil völlig klar zu sein scheint, dass nur Rechtsextremisten und Rassisten so denken können, wurde recht oft in Mithaftung genommen, wer derlei gar nicht war. Alsbald führte wachsender Trotz zu stillschweigender Solidarisierung – und fing ein undifferenzierter „Kampf gegen rechts“ an, den Zusammenhalt von Rechten weiter zu stärken. Deutschland wiederum fand in Sachsen seinen Sündenbock und projizierte auf ihn alle Pathologien der Nation.

Tatsächlich werden viele Veränderungen, die auf Deutschlands Einwanderungsgesellschaft zukommen, gerade im landesstolzen Sachsen als drohender Verlust von Beheimatung empfunden. Noch gar nicht lange liegt ja die vom Ende der DDR-Gesellschaft bewirkte Erfahrung zurück, dass man sehr wohl seine Heimat verlieren kann, ohne sie je zu verlassen. Es reicht nämlich, wenn sich die Umwelt über eigene Anpassungswünsche hinaus verändert und man angesichts dessen objektiv machtlos ist. Eben das befürchten jetzt nicht wenige Sachsen als Folge der von Deutschland passiv hingenommenen Einwanderung, zumal jener aus muslimischen Kulturkreisen.

Derzeit wird dieses Gefühl meist als „Rassismus“ etikettiert. Solcher spielt zwar mit, doch eher in einer Nebenrolle. Wichtiger ist, dass man nach über zwanzig Jahren der Systemtransformation das Land Sachsen – nach dessen offenkundigem Niedergang

zu DDR-Zeiten – wieder oben angelangt sieht und nun eine Gefährdung des Erreichten durch zahlenstarke Einwanderung von Migranten mit ganz anderen kulturellen Hintergründen befürchtet. Stark emotionalisierend wirkt in diesem Zusammenhang auch der oft vorgebrachte Hinweis, erst wenn es „ausreichend viele“ Ausländer und Muslime ebenfalls in Sachsen gäbe, habe die dortige Bevölkerung überhaupt einen Grund, sich – und gar mit Sorgen – in Diskussionen um Deutschlands Einwanderungspolitik einzumischen; jetzt aber akzeptiere man besser die – ohnehin alternativlose – Politik der Regierung.

Ferner gehört zu den Tiefenschichten derzeitiger sächsischer politischer Kultur ein tief empfundener, doch ungerne eingestandener Neid. Meist wird er als „Verlangen nach Gerechtigkeit“ rationalisiert. Dieses wuchs überall im Osten parallel zum Wandel der egalitären DDR-Gesellschaft hin zu einer auf Konkurrenz und habituelle Distinktion gebauten Gesellschaft westlichen Typs. Als Neid treffen solche Empfindungen heute gerade die Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge. Die sind nämlich eine weitere, nach mancher Befürchtung grenzenlos neu hinzukommende und – angesichts hierzulande nachgefragter Berufskompetenzen – ihre Lage womöglich kaum verbessernde Gruppe von sozialstaatlichen Anspruchsträgern. Unterm Strich entstand so neben der ohnehin schon aufgekommenen Spannungslinie zwischen „oben“ und „unten“ eine weitere Spannungslinie: die zwischen den „kleinen Leuten“ hierzulande sowie den – wie sie auf Hartz-IV-Niveau gestellten – Geflüchteten. Auf diese Weise verbindet sich in brisanter Weise ein materieller Verteilungskonflikt mit den üblichen ethnisch-kulturellen Konflikten einer Einwanderungsgesellschaft.

Er verbindet sich überdies mit der nach der Wiedervereinigung wichtig gewordenen Spannungslinie zwischen eingesessenen Sachsen und hinzugekommenen Westdeutschen. Sie ist zugleich eine Spannungslinie zwischen neuer „kultureller Oberschicht“ und „rückständiger Regionalgesellschaft“. Besonders folgenreich ist sie in Sachsen, weil die dortige Umgangssprache der einzige rein ostdeutsche Dialekt ist. Denn während sich alle anderen Regionen der neuen Bundesländer sprachlich mit Gebieten der alten Länder überlappen, lässt sich allein in Sachsen die landfremde Herkunft von Funktionseliten schlicht durch Zuhören feststellen. Diese Spannungslinie wird denn auch in Tausenden von Alltagssituationen immer wieder schmerzlich fühlbar.

Gewiss gab es gute Gründe dafür, die kommunistisch geprägten Funktionseliten der DDR durch Personal aus den alten Bundesländern zu ersetzen. Doch auch eine Generation später haben sich die Sozialräume der hinzugekommenen Westeliten sowie der Einheimischen nicht sonderlich durchmischt, sondern im Wesentlichen nur „überschichtet“. Die „da unten“ sichern als steuerzahlendes oder den Staat subsidiär in Anspruch nehmendes Fußvolk denen „da oben“ ihre Aufgaben und materielle Versorgung, während die „da oben“ allein schon durch Präsenz, Dominanz und Habitus zeigen, was alles die „da unten“ noch nicht können oder sind. Das legitimiert dann gleichsam, dass die einen oben, die anderen aber unten bleiben.

Aufstieg in die neue Herrschaft und deren Sozialkreise gelingt zwar durch Bildung, Glück und Anpassung. Wer das alles aber nicht schafft oder sich immerhin der

West-Assimilation verweigert, der gilt schnell als rückständig oder als allzu arm am jetzt wichtigen kulturellen Kapital. Und jene, die letzteres wirklich sind, gelten notwendigerweise als ungehobelter sächsischer Pöbel. Tritt solch pöbelhaftes Volk dann auch noch unübersehbar protestierend, ja provokant auf, dann verdient es wohl nicht mehr als Verachtung und Ausgrenzung. Gegen solches Dunkeldeutschland steht dann Dünkeldeutschland. Ganz wesentlich solchen Zusammenhängen verdankt sich die Eskalationsdynamik um Pegida sowie das frühe Großwerden von Rechtspopulismus gerade in Sachsen.

Vor diesem Hintergrund muss nun auch nicht verwundern, dass in Sachsen politische Ohnmachtsempfindungen weit verbreitet sind. Dort aber führten sie vielfach nicht zur Untertänigkeit, sondern gerade zur Aufsässigkeit. Man empfindet, zu wenig Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben und Grundlegendes durch Wahlen ohnehin nicht ändern zu können; also wird es populär, Volksabstimmungen nun auch auf Bundesebene zu fordern. Manche empören sich gar soweit, dass sie die heutige Lage mit der zu DDR-Zeiten gleichsetzen: Schon wieder übersähen Politiker reale Missstände, hörten nicht aufs Volk und ließen die Medien gerade das berichten, was sie selbst sehen und lesen wollten. 1989 hatte man einem solchen Regime auf der Straße sein Ende bereitet; warum also nicht auch jetzt? So entstanden ganz illusorische Hoffnungen, mit Demonstrationen könne man in einer repräsentativen Demokratie Weitreichendes verändern.

Zu kurz greift es allerdings, die seit 1990 andauernde CDU-Regierung Sachsens als ursächlich für derzeitige Vorwürfe an die politische Klasse auszugeben, sie habe das Land faktisch in eine Diktatur geführt, geleitet von einer „Kanzler-Diktatorin“. Wichtiger sind nachwirkende DDR-Prägungen. Gerade diese führen zur ziemlich schrägen Ansicht, echte Demokratie gäbe es genau dort, wo die Regierenden einfach nachvollzögen, was man selbst und seinesgleichen für richtig hielte. Wenn dann angesichts solcher Erwartungen die politische Klasse „demonstrativ nicht zuhören“ will, ja ihre Politik nicht einmal plausibel erklärt, so entsteht rasch eine – durchaus wechselseitig verursachte – Entfremdungs- und Empörungsspirale. Die ist, trotz fortbestehender CDU-Mehrheit, auch in Sachsen zu erkennen. Doch während früher die systemkritische PDS solche Stimmungen gegen eine „zu rechte“ Politik auffangen konnte, tut dies bei heutiger Systemkritik ob links-grün modellierter Politik ganz spiegelbildlich die AfD.

Alle diese Faktoren wirken umso wuchtiger, als auch in Sachsen immer noch die zivilgesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Bewältigung weiterhin herausfordernder Wandlungsprozesse recht anders sind als im Westen. Den – in der DDR schwerlich so zu nennenden – „vopolitischen Raum“ hatte auch in den südlichen Landesbezirken die SED mitsamt ihren Vorfeldorganisationen gründlich durchsetzt. Dabei fand sich die Praxis selbstverantwortlicher Eigeninitiative weitgehend planiert. Nach dem Zusammenbruch der SED und ihrer Transmissionsinstitutionen lebte dann dort, wo eine selbstbewusste Zivilgesellschaft wünschenswert gewesen wäre, eine stark selbstbezogene Bevölkerung mit vielen Ressentiments sowie großer Hoffnung auf wohlfahrtssichernde Stabilität. Was man erlebte, waren aber immer wieder Enttäuschungen und

man deutete diese dann oft entlang von autoritären Ressentiments. Also war es kein Wunder, dass sich im vergleichsweise dichtbesiedelten Sachsen – nach dem Ende einer linken Diktatur – orientierungsverheißende rechte Strukturen bildeten.

Obendrein war der SED weitgehend, wenn auch gewiss nicht in Städten wie Dresden und Leipzig, eine Entbürgerlichung der einst so reichen und kulturstolzen sächsischen Gesellschaft gelungen. Das lief auf eine Beseitigung wichtiger Grundlagen einer selbsttragenden freiheitlichen Ordnung hinaus. Ergänzt wurde derlei um die Beseitigung der wirtschaftlichen Grundlagen eines selbstbewussten Bürgertums, nämlich durch Verstaatlichungen und klassenorientierte Personalpolitik. Seinen Höhepunkt fand das alles in der – solchermaßen nahegelegten und bis zum Mauerbau auch möglichen – Flucht bürgerlicher Elitenangehöriger in den Westen. Das dünnte, zumal im klein- und mittelstädtischen Bereich Sachsens, die demografische Basis einer bürgerlichen Gesellschaft sehr stark aus. Umso leichter war es dann, auch die selbstbewussten Sachsen in ihrem dichtbesiedelten Land auf die Verhaltensanforderungen eines autoritären und paternalistischen Systems zu prägen.

Im Zuge alle dessen verschwand jene Rolle, auf die allein sich ein freiheitliches Staats- und Gesellschaftswesen gründen kann, nämlich die eines selbstbewussten, sich nicht schwach und staatlicher Stützung bedürftig fühlenden Bürgers. Der nämlich versteht politische Teilhabe nicht vor allem als Fordern und Einfordern, sondern in erster Linie dahingehend, dass er eigene Fähigkeiten, Energie und Zeit bereitwillig in den Dienst anderer stellt. Auch die Friedliche Revolution, obwohl von Sachsen ausgehend und in Sachsen siegend, konnte diese Rolle nicht rasch ins Leben zurückrufen. Einesteils war das ohnehin unmöglich, weil die Etablierung politisch-kultureller Rollen nun einmal längere Entwicklungsprozesse braucht. Andernteils misslang das, weil Revolutionszeiten nun einmal Ausnahmezustände darstellen, die nur schlecht auf gewöhnliche Dauerbelastungen vorbereiten.

Doch auch die folgenden Jahre der demokratischen Konsolidierung Sachsens waren wenig geeignet, eine solche Bürgerrolle flächendeckend neu entstehen zu lassen. Arbeitslosigkeit grenzte nicht wenige von Entwicklungsprozessen von vornherein aus, die auf zivilgesellschaftliches Engagement hinführen. Noch mehr Leute gerieten in eine – oft schockartig erfahrende – Phase der Statusunsicherheit und mussten sich überhaupt eine neue Berufs- und Lebensrolle suchen. Also waren sie mehr mit sich selbst als mit dem von ihnen möglicherweise mitzugestaltenden Gemeinwesen beschäftigt. Und das allzu wenig auf politische Bildung ausgerichtete Schulsystem brachte unter Haupt-, Ober- und Berufsschülern bis heute allzu viele junge Leute hervor, die sich politisch antiliberal, ja auch rechtsradikal positionieren.

#### **IV. „Sachsen-Bashing“ und seine Folgen**

Außerdem braucht dauerhaftes, nicht auf materielle Gratifikationen ausgehendes zivilgesellschaftliches Engagement schon auch ein großes Maß an Selbstbewusstsein und an Stolz auf das bereits Erreichte. An Selbstbewusstsein fehlt es zwar den Sachsen

nicht. Doch es wird durch das seit dem Medienhype um Pegida modisch gewordene „Sachsen-Bashing“ zutiefst verletzt, und das zeitigt erst recht Trotz- und Empörungsreaktionen. Dessen erhoffter pädagogischer und politischer Mehrwert stellt sich aber allem Anschein nach auch für jene nicht ein, die – wie Linke und Grüne – solches an den „sächsischen CDU-Staat“ adressiertes Bashing zum Mittel der Auseinandersetzung mit ihren rechtspopulistischen Gegnern gemacht haben. Und gar kontraproduktiv wird das „Sachsen-Bashing“, wenn es sich bei seinen Aktivisten um Angehörige der neuen Oberschicht mit westdeutschem Migrationshintergrund handelt. Vermutlich wird deren undifferenziert angelegter Kampf gegen das „braune Sachsen“ nur ziemlich viele Sachsen erst recht den Rechtspopulisten zutreiben – wie anfangs bei Pegida und inzwischen bei der AfD.

Derweil geht Sachsen auf eine Phase scharfer innenpolitischer Polarisierung zu. In ihr werden bundesweit wichtige Konflikte exemplarisch in Sachsen ausgetragen, zumal solche um Einwanderung und Islam, um Heimat und Nationalstolz, um Eliten und Demokratie. Sollte Sachsens markante Rolle bei solchen Debatten daher rühren, dass jene Themen sich in anderen Bundesländern leichter vom politischen Diskurs fernhalten lassen als im weiß-grünen Freistaat, so dürften die erörterten Besonderheiten Sachsens dafür ursächlich sein, darunter vor allem die sprachlich markante Grenze zwischen angestammter Bevölkerung und landfremden Eliten.

Am Ende mag sich dann zeigen, dass die geläufige ironische Charakterisierung von Sachsen als „helle, höflich und heimtückisch“ sich bei alledem wie folgt ausgewirkt hat: Höflich hielten sich die meisten von Pegidas Pöblern fern, waren aber helle genug, reale Probleme rechtzeitig zu erkennen – und agierten gerade darin heimtückisch gegen ihre Kritiker, dass sie durch Erzwingung öffentlicher Debatten und durch entsprechendes (Protest-) Wahlverhalten faktisch auch auf eine Lösung jener Probleme hinwirkten. Wenn das aber wirklich so kommen sollte und Sachsen einmal mehr besonders erfolgreich aus einer Krise hervorginge: Wer wollte dann solche Andersartigkeit den Sachsen zum Vorwurf machen!

1 Eine weiterführende Analyse der Studienergebnisse finden Sie unter: <http://kdfs.de/do/367.0.pdf>.





# SACHSEN: POPULISMUS, EXTREMISMUS, DEMOKRATIE – ZEHN THESEN

*Prof. Dr. Eckhard Jesse*

## **These 1: Sachsen weist ein hohes Identitätsbewusstsein auf.**

Die friedliche Revolution fand im Herbst 1989 in der gesamten DDR statt, doch begann sie in Sachsen, und sie war hier besonders umfassend. Bereits im Vorfeld gab es hier renitente Aktivitäten wie nirgendwo anders. Sachsen gilt zu Recht als das Kernland der friedlichen Revolution. Die Montagsdemonstrationen in Leipzig, der „Heldenstadt“, waren Vorläufer für andere Städte. Der 9. Oktober, an dem dort 70 000 Menschen demonstrierten, ohne dass die Polizei eingriff, bedeutete den Anfang vom Ende der Diktatur. Das Ausmaß der Unzufriedenheit fiel im stark industriell geprägten Süden größer aus als im mehr agrarisch strukturierten Norden – sei es wegen der Nähe zum gleichwohl fernen Westen, sei es wegen der größeren Umweltverschmutzung. Besonders viele Sachsen stellten Ausreiseanträge.

Die sächsische Vorreiterfunktion ist ebenso bei der deutschen Einheit augenfällig. Kam der Satz „Wir sind das Volk“ zuerst in Sachsen auf, so wurde auch von sächsischen Demonstranten zuerst gerufen: „Wir sind ein Volk“. Die Kluft zwischen Bürgerrechtlern und der Masse der Bevölkerung fiel deutlich geringer als in den übrigen Teilen der DDR aus. Der „dritte Weg“ war in Sachsen nicht so ausgeprägt wie etwa in Berlin, wo vielen alternativen Kräften eine bessere DDR vor Augen schwebte. Auch bei der Länderneubildung, die sich im Gegensatz zu den anderen neuen Ländern weithin „von unten“ vollzog, maßgeblich durch die „neuen Kräfte“ gefördert, ist hier von einer „sächsischen Sonderentwicklung“ (Michael Richter) zu sprechen. Bereits vor dem Fall der Mauer wehten bei Demonstrationen weiß-grüne Flaggen.

Der sächsische Freistaat hebt sich mit Blick auf eine eigene Landesidentität von den meisten anderen Bundesländern ab, wie dies ebenso für Bayern gilt. Erzgebirgler, Vogtländer, Lausitzer verstehen sich gleichermaßen als Sachsen. Da die sächsische Identität so ausgeprägt ist, versuchen alle politischen Kräfte daran anzuknüpfen bzw. sie für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. In Wahlkämpfen frönen die Parteien sächsischer Identität. Den weitaus größten Erfolg weist dabei die CDU auf, die von Anfang an als „Sächsische Union“ auftrat.

Unterschiede zu anderen Ländern herausstreichen ist legitim und fördert die hiesige Identität. Selbstbewusstsein kann aber in Selbstbezogenheit und in Distanz zu anderen übergehen. Davor sind „die“ Sachsen nicht ganz gefeit. Die Kehrseite der sächsischen Identität ist daher eine gewisse Abneigung gegen Fremde.

## **These 2: Die Kritik an Sachsen ist berechtigt und unberechtigt gleichermaßen.**

Sachsen findet in Medien gegenwärtig kein gutes Echo. Zwei eng zusammenhängende Vorgänge sind dafür verantwortlich: zum einen die Pegida-Proteste, zum anderen Übergriffe auf Asylbewerberheime. Was sich am 3. Oktober 2016, dem Tag der Deutschen Einheit, in Dresden abgespielt hat, ist nicht zu rechtfertigen. Blanke Wut, mitunter gar Hass schlug Politikern etablierter Parteien von hunderten Krawallmachern entgegen. Wer derart aggressiv auftritt, setzt sich ins Unrecht. Die Parole „Merkel muss weg“ ist politisch legitim, die Aussage, sie sei eine „Kanzlerdiktatorin“ (Björn Höcke), dagegen nicht. Das ist die eine Seite.

Die andere: Politiker müssen solche Schimpftiraden ertragen – sie können es auch. Wir brauchen mehr Gelassenheit. Es reicht keineswegs aus, solche Pöbeleien zu verurteilen. Wer sie nicht verstehbar machen will und zur Tagesordnung übergeht, handelt sträflich. Dabei ist manche gesinnungsethische Kritik an Kritikern hoffärtig und wohlfeil. Der Abbau an Konfrontation verlangt es, auf Worte wie „Pack“ und „Dunkeldeutschland“ zu verzichten. Sonst verstärkt sich eine Bunkermentalität bei den Angegriffenen, die zugleich Angreifer sind.

Wer glaubt, sein Mütchen an Sachsen im Allgemeinen und an Dresden im Besonderen zu kühlen, an seinen Polizisten, seinen Politikern, seinen Demonstranten, baut ein Feindbild auf. Antidemokratische Ressentiments grassieren auch anderswo. Pegida repräsentiert nicht die ganze Landeshauptstadt. Zeigt Dresdens Bürgergesellschaft Flagge, ist ein wichtiger Gegenakzent gesetzt. So bekommt die Pegida-Parole eine neue Funktion: „Dresden zeigt, wie’s geht“.

Mitunter schießt die Kritik an „den Sachsen“ und an der politischen Kultur im Freistaat weit übers Ziel hinaus. Wer den „trotzigen Sonderweg“ Sachsens kritisiert, kultiviert einen Ost-West-Gegensatz, der so gar nicht besteht – und Ressentiments gegen „den Osten“? Wenngleich hier Fremdenfeindlichkeit weit verbreitet ist, so gibt es in Sachsen allerdings keine „konsensfähige Fremdenfeindlichkeit“ (Michael Kraske). Kränkungen sind die Folge.

### **These 3: Der demokratische Staat wird durch vielfältige Formen des Extremismus bedroht.**

Der politische Extremismus ist der Gegenbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat. Jeder extremistischen Variante, der rechtsextremistischen, der linksextremistischen, der fundamentalistischen, muss ohne Wenn und Aber entgegengetreten werden, wobei der Grundsatz einer liberaldemokratischen Ordnung nicht der Grundsatz des Jakobinismus sein kann: keine Freiheit den Feinden der Freiheit. Der Hinweis auf die eine extremistische Szene entlastet nicht die andere. Und die politischen Verantwortlichen dürfen nicht den Befund unter den Tisch kehren: Die hiesigen Herausforderungen durch den Extremismus sind größer als in den meisten anderen Bundesländern.

Das Thema des politischen Extremismus ist in Deutschland ein Reizthema, auch in Sachsen. Emotionen spielen eine große Rolle. Die Verunsicherung rührt nicht zuletzt aus der leidvollen Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert her. Das „Tausendjährige Reich“ beging einen Zivilisationsbruch ohnegleichen, und in der DDR herrschte bis 1990 eine totalitäre Diktatur mit autoritären Zügen bzw. eine autoritäre Diktatur mit totalitären Zügen, je nach Perspektive. Die Bürger konnten sie in dem Moment abschütteln, in dem die Sowjetunion von ihrer Breschnew-Doktrin abzurücken begann. War das Dritte Reich eine „deutsche Diktatur“, so die DDR eine Diktatur auf deutschem Boden.

Wenig konsistent ist die Vorgehensweise, die Gefahren des einen Extremismus breit auszumalen und die des anderen nicht einmal zu erwähnen. Wenn es eine rechte Variante des Extremismus gibt, so existiert auch eine linke. Dem versuchen manche Positionen mit dem Gebrauch der Vokabel vom „(Neo-)Faschismus“ zu entgehen. Sie müssen den Vorwurf ertragen, Kampfbegriffe salonfähig machen zu wollen. Zunehmend reden viele schlicht von „Extremismus“, meinen aber implizit nur den Rechtsextremismus. Eine Leipziger „Initiative gegen jeden Extremismusbegriff“ will den Begriff sogar ganz über Bord werfen.

Eine andere Variante, sich der Schwierigkeiten – scheinbar – zu entledigen, besteht im Gebrauch unterschiedlicher Begriffe für die rechte und für die linke Seite des politischen Spektrums. So sprechen manche von „linksradikalen Parteien“ und, im selben Atemzug, von „rechtsextremen Parteien“. Offenkundig wird diese Wortwahl bevorzugt, um anzudeuten, die Parteien linksaußen seien „nur“ radikal (und damit nicht extremistisch), die am rechten Rand hingegen verfassungsfeindlich (und damit extremistisch). Und wer missverständlich von einem „Extremismus der Mitte“ spricht, um auf extremistische Einstellungen bei „normalen“ Bürgern aufmerksam zu machen, entgrenzt den Extremismusbegriff.

### **These 4: Die politische Gewaltszene von rechts und links ist in Sachsen stark.**

Was die Gewalttaten der politisch motivierten Kriminalität angeht, so nimmt Sachsen bei den Ländern einen vorderen Platz ein. Extremistische Exzesse sind nicht hinnehmbar. Und nichts, rein gar nichts rechtfertigt Brandreden. Böse Worte provozieren schlimme

Taten. Sie hat es in Sachsen in starkem Maße gegeben. Freilich ist die Öffentlichkeit auf Gewalttaten von rechtsextremer Seite fixiert. In den Debatten sind linksextremistische Ausschreitungen „weniger präsent, weniger empörungsgerecht“ (Alexander Kissler). Zuweilen heißt es, der Hinweis auf Gewaltkriminalität von Ausländern besorge das Geschäft randalierender Rechtsextremer. Ist es nicht umgekehrt? Die Tabuisierung bekannter Missstände gibt jenen Auftrieb, denen die „ganze Richtung“ nicht passt, sei es jetzt in der Migrations-, sei es zuvor in der Euro(pa)politik.

Die militanten Szenen der Subkulturen von rechts- und linksaußen sind durch gewisse Analogien gekennzeichnet: durch Gewaltbejahung („schwarze Listen“) und -anwendung, durch mangelnde Organisationsfestigkeit, durch eine hohe Fluktuationsrate, durch schwammige Weltbilder, durch jugendliches Alter, durch ein beträchtliches Aggressionspotential, durch primitive Feindbilder (linke „Zecken“, „Faschos“), durch die Ablehnung der Mehrheitskultur. Nicht immer ist das ideologische Anliegen bei den Tätern – insbesondere im rechten Umfeld – klar erkennbar. Insofern sind die Grenzen zu sozialer Verwahrlosung fließend. Szenetypische Musik spielt gerade im subkulturellen Rechtsextremismus eine große Rolle für die Mobilisierung von Anhängern.

Hauptfeind für die militante Szene von rechts sind „Fremde“ und die Antipoden von links, Hauptfeind für die linke Szene die Polizei und die Antipoden von rechts. „Antifa“ und „Anti-Antifa“ bekämpfen sich – und brauchen sich doch. Allerdings ist die Fixierung der „Antifa“ auf den ideologischen Gegner größer als umgekehrt. Schließlich ist die „Anti-Antifa“-Szene nicht in erster Linie antikommunistisch ausgerichtet. Während Gewalt von rechts eher durch expressive Merkmale geprägt ist (als Mittel der Selbstdarstellung), zeichnet sich Gewalt von links eher durch instrumentelle Merkmale aus (als Mittel zum politischen Zweck), wobei sich gewisse Angleichungen vollzogen haben.

## **These 5: Populismus ist nicht notwendigerweise Extremismus.**

Als populistisch firmiert gemeinhin eine Bewegung, die dank eines Charismatikers an der Spitze mit ihrem Politikstil „das“ Volk gegen „die da oben“ in Anschlag bringt, als extremistisch eine (rechte, linke, fundamentalistische) Kraft, welche die Werte der freiheitlichen Demokratie in Frage stellt. Die jeweils pejorativ konnotierten Begriffe sind damit auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. Populismus ist also nicht, wie oft behauptet, eine Art Extremismus light! Es gibt beides: Populismus ohne Extremismus, Populismus mit Extremismus.

Gleichwohl besteht zwischen ihnen ein gewisser Zusammenhang. Der starke Populismus einer Partei schwächt den Grad des Extremismus ab. Und verfiht eine Partei einen harten Extremismus, so ist sie in aller Regel nur bedingt populistisch. Populismus im Sinn einer Kritik „von unten“ an der Elite kann auch eine positive Korrektivfunktion für die Demokratie haben, nicht nur eine negative Destabilisierungsfunktion.

Der Begriff des Populismus ist höchst diffus und unscharf. Bei aller Kritik darf nicht jede dem Establishment unbequeme Position mit dem Verdikt „populistisch“ versehen

sein. Eine Orientierung an Kriterien ist notwendig, die Differenzierung zwischen starkem und schwachem Populismus sinnvoll. Wer das als homogen interpretierte Volk gegen die Elite ausspielt, steht in der Gefahr, antipluralistischen Gedankengängen Vorschub zu leisten. „Das“ Volk gibt es nicht. Und wer das Schimpfwort „Volksverräter“ für Volksvertreter in den Mund nimmt, macht sich billige Propaganda zu eigen.

Die Auseinandersetzung mit allen Formen des Populismus ist notwendig. Sie muss fair verlaufen, darf ihrerseits nicht von populistischen Gedankengängen gespeist sein. Nur wer keinen Popanz aufbaut, kann den Populismus angemessen bekämpfen – argumentativ, ohne Feindbilder. Wir haben in Deutschland eine merkwürdig starke Diskrepanz zwischen den Vorstellungen des „kleinen Mannes“ und denen der gesellschaftlichen Eliten.

Der populistische Erfolg hängt wesentlich von Fehlern „der anderen“ ab, von deren mangelnder Lernfähigkeit und starker Selbstgerechtigkeit. Die Abkapselung der Eliten gegenüber der Bevölkerung erhöht die Gelegenheitsstrukturen für Schwarz-Weiß-Maler, für terribles simplificateurs. Starke Arbeitslosigkeit, Zukunftsangst und Pessimismus fördern die Sehnsüchte nach einfachen Lösungen, die der Populismus – vermeintlich – bietet.

## **These 6: Die Masseneinwanderung ist eine große Herausforderung.**

Etwa eine Million Flüchtlinge gelangten 2015 nach Deutschland. Das ist die mit weitem Abstand größte Zahl in einem Jahr. Dieser Befund konnte nicht ohne Folgen für die Aufnahmebereitschaft und -fähigkeit der Einheimischen bleiben. Auf Sachsen entfielen 2015 etwa 50 000 „Neuankömmlinge“. Die Flüchtlingskrise samt ihrer Folgen bewegt die Gemüter, zerreißt Freundschaften, entzweit bisweilen Familien. Das Land ist gespalten. Bei dieser für unsere Zukunft zentralen Thematik der Migration ist es unerlässlich, auch „Befindlichkeiten“ besorgter Bürger angemessen zur Sprache zu bringen. Wohl aus Angst davor, als fremdenfeindlich zu gelten, kommt der Hinweis, dass viele Flüchtlinge weder politisch verfolgt sind noch aus einem Kriegsgebiet stammten, wenig zur Sprache. Gleichwohl ist Hilfsbereitschaft nötig. Lange wurde die Integration der Flüchtlinge vernachlässigt, auf Deutschkenntnisse zu wenig geachtet – so entstanden Parallelgesellschaften in größeren Städten. Das schadet den Flüchtlingen wie den Einheimischen. Deutschland benötigt gesteuerte Zuwanderung in Maßen, nicht in Massen. Da kein Einwanderungsgesetz besteht, dient das Asylrecht als Berufungstitel.

Die im Herbst 2014 begonnenen Proteste der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida), so der vollmundige Ausdruck, überraschten alle. Wohl niemand hätte sich anfangs den Erfolg dieser „Spaziergänger“ vorstellen können, auch wenn es ihnen letztlich nicht gelungen ist, über Dresden hinaus eine längere Zeit hin große Resonanz zu gewinnen. Durch primitiv-pauschale Parolen („Lügenpresse“) schwächte die „Empörungsbewegung“ ihre Anliegen und trug so zur „Verrohung der Diskussionskultur“ (Hans Vorländer) bei, ohne deswegen in toto antidemokratisch zu sein. Entgegen manchen Klischees ist Pegida nicht die dunkle Seite der

Zivilgesellschaft, NoPegida nicht die helle. Das Umgekehrte trifft freilich auch nicht zu. Der Flüchtlingszustrom verunsichert viele Bürger – zumal solche, denen es ökonomisch weniger gut geht und denen die Erfahrung im Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen weithin fehlt.

Wer das Thema instrumentalisiert (wie nationalistische Kräfte auf der einen Seite und Antideutsche auf der anderen), leistet dem Recht des Stärkeren Vorschub, nicht der Stärke des Rechts. Es verbietet sich, den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben: von den Politikern zu den Medien, von den Medien zu den Einheimischen, von den Einheimischen zu den Flüchtlingen, von den Flüchtlingen zu den Helfern, von den Helfern zu den Politikern. Es muss genügend Leute geben, die für die jeweils andere Seite Verständnis aufbringen.

### **These 7: Das Aufkommen der Alternative für Deutschland ist europäische Normalität.**

Angela Merkel hat mit ihrer Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“ (Helmut Jung) die linken Parteien geschwächt. Deren Anhänger blieben vermehrt zu Hause. Allerdings ist durch die Annäherung der Union an die SPD in zentralen Fragen (etwa beim Ausstieg aus der Kernenergie oder bei der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft) auch in Deutschland eine politische Kraft entstanden, die als „rechtspopulistisch“ firmiert: die 2013 ins Leben gerufene AfD. Sie spricht ein nicht ganz kleines Spektrum der Wählerschaft an, im Osten (und erst recht im konservativen Sachsen) mehr als im Westen. Die Flüchtlingskrise hat dieses Potential massiv erhöht.

Wie es der SPD in den achtziger Jahren misslang, das Reüssieren der postmaterialistisch eingestellten Grünen zu verhindern, so dürfte heutzutage die Union nicht mehr die Abwanderung von Wählern zur AfD einfangen. Der Linksruck der CDU hat eine „Repräsentationslücke“ (Werner Patzelt) hervorgerufen, welche die neue Partei ausfüllt. Sie stellt auf die nationale Identität ab und besetzt damit eine gesellschaftliche Konfliktlinie.

Die Grünen sind 68er, die Repräsentanten der AfD Anti-68er. Das spätere Phänomen ist eine Reaktion auf das frühere. Schließlich sind viele Positionen der Grünen, die sich in den 1980er Jahren auch als Alternative zum Establishment begriffen, mittlerweile Allgemeingut geworden – im Bereich der Atom-, der Umwelt-, der Klima-, der Familien-, der Gender-, der Menschenrechts- und nicht zuletzt der Migrationspolitik. Wie immer man es bewerten mag: Gegen diesen Wandel begehren nun gesellschaftliche Kräfte zunehmend auf.

Deutschland ist in Europa vielleicht das Land, in dem es am längsten gedauert hat, bis eine politische Kraft reüssieren konnte, welche die nationale Identität auf ihre Fahnen schreibt. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit bremste lange das erfolgreiche Aufkommen einer politischen Kraft, die mit Stolz auf die Heimat Punkte zu sammeln sucht, und die Existenz einer starken linken Protestpartei, die für viele mittlerweile nicht mehr als grundlegende Opposition gilt, bildete zusätzlich ein Hemmnis.

## **These 8: Patriotismus ist nicht Nationalismus.**

Während ein Nationalist das eigene Volk großmannsüchtig über andere stellt, erkennt der Patriot andere Völker als gleichberechtigt an. Ein „vernünftiger“, „reflektierter“, „verhaltener“, „moderner“ oder ein „aufgeklärter“ Patriotismus – wie immer die Epitheta lauten mögen – ist geradezu eine Voraussetzung für Weltoffenheit. Man kann eine Art Kosmopolit sein, ein guter Europäer, ein deutscher Patriot, ein waschechter Sachse, ein die Heimat liebender Vogtländer und ein stolzer Plauener. Wer hier Gegensätze sieht, konstruiert welche. Ein „europäisches Vaterland“ oder gar ein „Weltstaat“ sind allerdings Chimären. Durch die staatsrechtliche Einheit Deutschlands wurde eine offene Flanke geschlossen. Patriotismus bildet wohl ein stärker einigendes Band als etwa Multikulturalismus. Ein negativer Nationalismus kreist in denselben Bahnen wie ein positiver. Einwanderer können sich schwerlich integrieren oder gar mit dem Land identifizieren, wenn die Einheimischen „trotzen“. Wer Patriotismus im Sinn einer Verantwortung für das Gemeinwesen versteht, muss die Integration von Immigranten bejahen.

Auch regionaler Patriotismus trägt zur Identifizierung bei. In „künstlichen“ Bindestrich-Ländern ist das Zusammengehörigkeitsgefühl im Allgemeinen meistens weniger ausgeprägt als in historisch gewachsenen wie Sachsen, das sich nicht zufällig „Freistaat“ nennt (wie Bayern und Thüringen). Westdeutsche haben einen anderen Erfahrungshintergrund als Ostdeutsche, den „Siegern der Geschichte“, wie es in der DDR hieß. Scham ist die Kehrseite von Stolz. Beides gehört zusammen, was die Erinnerung an die deutsche Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen betrifft. Wer nur die eine Seite sieht, lässt Urteilskraft missen. Ein Land, das sich seiner Werte sicher weiß, muss Patriotismus nicht ständig wie eine Monstranz vor sich hertragen. Ein zwanglos-unverkrampfter Umgang mit nationalen Symbolen beglückt.

Die NPD, die sich nicht auf Patriotismus beruft, tritt zum Teil nationalistisch, zum Teil rassistisch auf. Sogar eine gewisse Affinität zum historischen Nationalsozialismus ist erkennbar. Wer allerdings deren vollmundige Propaganda für bare Münze nimmt, wonach sich in Sachsen etwa eine „völkische Graswurzelrevolution“ (Jürgen Gansel) vollzieht, geht ihr auf den Leim. Das ist mehr autosuggestiver Anspruch als Realität.

## **These 9: Eine Kultur des Konflikts ist nötig.**

Deutschlands politische Kultur ist stark von Konsensdenken geprägt: zum einen wegen der ostdeutschen, von großer Skepsis gegenüber Konfliktbereitschaft gekennzeichneten Mentalität, sei es wegen notorischer Gleichheitsideologie, sei es wegen grassierender Probleme; zum anderen wegen westdeutscher Besitzstandsmentalität, die sich gegen jeden Wandel sperrt(e).

In Deutschland ist durch die anhaltende Flüchtlingskrise herkömmliches Konsensdenken zerbrochen. Allerdings weist die Polarisierung in keine gute Richtung. Freund-

Feind-Denken hält Einzug, ebenso ein vergiftetes Klima. Der Demokratieverdross wächst, die Diskussionskultur nimmt Schaden. Gerüchte grassieren, Verschwörungstheorien schießen ins Kraut, unbewiesene Vorwürfe machen die Runde, Verallgemeinerungen finden Zuspruch: „die“ Flüchtlinge, „die“ Medien, „die“ Populisten, „die“ Sachsen, „die“ Politiker. Die Stickigkeit des politischen Klimas ist ebenso schlimm wie dessen Verrohung. Entgleisungen und Ausfälle greifen um sich.

Damit muss es ein Ende haben. Die jeweilige Position soll in der Sache geprüft werden, von wem immer sie kommt. Eine Aussage wird nicht von vornherein dadurch falsch, dass sie Frauke Petry (AfD) oder Sahra Wagenknecht (Die Linke) verfiel. Wer aus Angst vor dem „Beifall von der falschen Seite“ eine Meinung nicht zur Sprache bringt oder einen Sachverhalt unterschlägt, richtet sein Argumentationsrepertoire indirekt an der Sichtweise des Gegners aus.

Wir brauchen in Sachsen eine offenere Debattenkultur, frei von politischer Korrektheit, frei von Beschimpfungen, frei von kruden Verschwörungstheorien. Wer mehr Dissens in den politischen Diskussionen wünscht, plädiert deswegen nicht für Konfrontation. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Der hohe Elitenkonsens auf zentralen Politikfeldern begünstigt diese erst. Die Konsenskultur muss sich zu einer Konfliktkultur entwickeln, in der die Antipoden ihre Argumente in ziviler Form vorbringen.

Zu einer angemessenen Diskussionskultur in einer Demokratie gehört es, heikle Punkte zu benennen. In einer offenen Gesellschaft sollen Konflikte ausgetragen, nicht unterdrückt werden und auch nicht ein für allemal gelöst werden. Konflikte sind „der Normalfall der Demokratie“ (Frank Richter). Demokratische Streitbarkeit ist zu wenig entfaltet. Die Devise für die Kontrahenten muss lauten: miteinander reden (scharf und sachlich), nicht nur übereinander.

Weder altes Konsensdenken noch neue Polarisierung nützt unserem demokratischen Verfassungsstaat. Wer Missstände zur Sprache bringt, will sie beseitigen. Und wer Toleranz, Offenheit, Fairness und Liberalität fordert, nicht nur eine Richtung ist angesprochen, fördert gleichermaßen den Abbau von Konsensdenken und Polarisierung.

## **These 10: Die offene Gesellschaft kann stark sein.**

Deutschland ist schon lange keine Schönwetterdemokratie mehr. Der Notwendigkeit der geistig-politischen Auseinandersetzung mit allen Formen des politischen Extremismus gebührt gegenüber administrativen Vorkehrungen prinzipiell der Vorrang. Dieser Hinweis widerspricht nicht dem Gebot der streitbaren Demokratie – im Gegenteil: Die argumentative Perspektive verdient es, stärker hervorgehoben zu werden. Wer die Stärken einer Demokratie mit den Schwächen einer Diktatur zu begründen sucht, zielt ins Leere. Die Demokratie ist von Extremismen aller Art innerlich unabhängig. Wer ihre Werte herausstellt, schwächt alle Formen des Extremismus.

Die sächsische Verfassung ist antiextremistisch ausgerichtet. In der Präambel ist „von den leidvollen Erfahrungen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft“ die Rede. Antifaschismus darf Antiextremismus nicht ersetzen. Die



Formel, „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“, trifft nicht zu, da sich Sondergesetze gegen die bloße Bekundung einer Meinung in einem demokratischen Verfassungsstaat verbieten.

Im vereinigten Deutschland fehlen, im Gegensatz etwa zu Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien secessionistische Bestrebungen. Wohl kein Befund erhellt derart überzeugend die Erfolgsgeschichte der deutschen Einheit. Der Sachverhalt, dass das wichtigste Amt mit Angela Merkel eine Ostdeutsche innehat und das höchste mit Joachim Gauck ebenso ein Ostdeutscher innehatte, ruft weder positive noch negative Emotionen hervor. Tschechen und Polen sehen neidisch auf Ostdeutschland, das ökonomisch weit besser dasteht als die osteuropäischen Nachbarn. Selbst der giftigste Kritiker votiert nicht gegen die Einheit an sich, wohl aber gegen die Art und Weise des Zusammenschlusses. So vermissen einige die „innere Einheit“ – sie prangern die „Mauer in den Köpfen“ an. Für manche Westdeutsche ist zu viel des Guten im Osten getan worden, für manche Ostdeutsche zu wenig durch den Westen. Das ist normal.

Politiker müssen überzeugen, Diskussionen suchen, Führungsbereitschaft an den Tag legen und dürfen nicht bloß in dem Milieu verkehren, in dem sie sich auf der „sicheren Seite“ wähnen. Wenn sie Kritiker einer als unbequem empfundenen Position von vornherein in die „rechte Ecke“ stellen, provozieren sie eine „Jetzt erst recht“-Haltung. So funktioniert Demokratie nicht. Unsere Demokratie braucht mehr Gelassenheit, weniger kurzatmige Aufregung. Alarmismus ist zuweilen an der Tagesordnung und ein Ausdruck von Unsicherheit. Mehr Selbstbewusstsein tut not.



# KEINE KIRCHE OHNE VERANTWORTUNG

*Prof. Dr. Angelika Engelmann*

Die politische Kultur in Sachsen und besonders in Dresden hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Die Phänomene Pegida und teilweise die AfD haben stark dazu beigetragen, dass es besonders auf der Straße einen unsachlichen und verbal gewalttätigen Umgangston gibt und dieser zu einer befremdlichen Normalität geworden ist, die zuvor so nicht denkbar war. Gleichzeitig zeigen beispielsweise die Stichworte „Lügenpresse“ und „Fake News“, dass dieser Kommunikationsstil nicht allein auf Sachsen oder Deutschland begrenzt ist.

Wenn man auf diese Veränderungen schaut, die nicht nur Verrohungen der Kommunikationsstrukturen bedeuten, sondern diese auch nahezu verunmöglichen, dann zeigt sich vor allem: es muss gegenwärtig auf allen Ebenen um eine Auseinandersetzung mit Fragen zu unserer Demokratie und unserem Menschenbild gehen.

Die Menschen, die mit den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unzufrieden sind, lehnen einerseits das Handeln der politisch Verantwortlichen ab und vertreten andererseits vehement Nationalismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit.

Wenn man diese Entwicklungen der letzten Jahre unter theologischen Gesichtspunkten betrachtet, ist es nicht verwunderlich, dass die beiden großen Kirchen in Deutschland, die evangelische und die katholische, von Anfang an diesen Erscheinungen nicht nur sehr skeptisch, sondern ablehnend gegenüberstehen.

Hintergrund ist vor allem das nationalistische und einseitige Menschenbild dieser Gruppierungen und teilweise auch mancher Kreise unserer Gesellschaft. Zwar gab und gibt es auch von den Kirchen ausgehende Dialogversuche und das Bemühen, Ängste und Probleme der Menschen auf der Straße zu verstehen. Doch beispielsweise in den

Reden und unterschiedlichen Äußerungen sowohl der Führungskräfte als auch der Anhängerschaft von Pegida und AfD zeigt sich genau das Gegenteil eines christlichen und auch humanistischen Menschenbildes.

Grundlage theologischer Anthropologie ist die Vorstellung, die sich auf den ersten Seiten der Bibel findet: Der Mensch ist Ebenbild Gottes. Dieser Gedanke meint, jede Frau und jeder Mann hat Göttliches in sich, hat eine unverwechselbare Würde, die ihn oder sie einmalig sein lässt. Die biblischen Fundamente sind Texte, die vor zweieinhalbtausend Jahren aufgeschrieben wurden. In ihnen haben die Verfasser ein Loblied darüber gesungen, wie ihrer Meinung nach der Mensch von Gott gedacht ist.

Die Bibel enthält noch andere Schöpfungsvorstellungen, wie die bekannte Erzählung von Adam und Eva. Diese Geschichten dürfen nicht historisierend gelesen werden, so als beschrieben sie vergangene Ereignisse. Vielmehr haben Menschen zu allen Zeiten Antworten auf Grundfragen des Lebens gesucht: Wo komme ich her? Wo gehe ich hin? Wie ist das Verhältnis der Geschlechter zueinander? Wo kommt das Böse her?

Die Interpretation der biblischen Vorstellungen über den Menschen ist in der Theologie- und Kirchengeschichte sehr kontrovers gewesen und manche Auslegungstradition hat auch zu Kriegen und Gewalt geführt. Dieses Geschichtsbewusstsein muss heute zu Sensibilität und Demut führen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die katholischen Bischöfe im August 1945 in Fulda und der Rat der Evangelischen Kirche im Oktober 1945 in Stuttgart Schuldbekennnisse abgelegt, in denen sie sich zu ihrer Mitverantwortung an den Gräueln in der Zeit des Nationalsozialismus bekannten, denn letztlich war es das Versagen der beiden Kirchen in der NS-Zeit, dass sie sich nicht konsequent am biblischen Menschenbild orientiert haben. Mehrheitlich haben sie sich nicht für Juden, für Menschen mit Behinderungen und für Homosexuelle eingesetzt, als diese in Vernichtungslager gebracht und getötet wurden. Ihr Protest gegen das menschenverachtende Menschenbild der Nationalsozialisten war nicht stark und nicht deutlich genug. Die Schuldbekennnisse zeigen, dass später versucht wurde, daraus zu lernen.

1949 haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland klar und eindeutig formuliert, welches Menschenbild Grundlage des neuen Staates werden sollte. Auch sie zogen damit die Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus und setzten sich stringent ab von dessen Ideologie.

Das biblische Menschenbild vom Anfang der Bibel zeigt sich im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in der Präambel „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“ und im Artikel 1 (1) „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

In dieser Verfassung werden Menschenwürde und Menschenrechte entfaltet. Jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder anderen Merkmalen besitzt aufgrund seiner bloßen Existenz Würde. Diese Würde verliert er nicht und sie kann ihm nicht genommen werden. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde bedeutet, jeder Mensch hat Anspruch als solcher, angesprochen, wahrgenommen, ernst genommen und respektiert zu werden.

Genau um diese Gedanken geht es heute. Wie gehen wir mit Menschen um, die als Flüchtlinge in unserem Land einen neuen Aufenthaltsort suchen und oder Muslime sind. In unserer Gesellschaft gibt es darüber anhaltende und teilweise unversöhnliche Diskussionen.

Solche kontroverse Auseinandersetzungen gab es auch in unserer Geschichte vor 500 Jahren, wie man gerade im Jahr des Reformationsgedenkens sehen kann. Christen, und vielleicht nicht nur sie, müssen lernen, sich zum Beispiel auch mit problematischen Gedanken Luthers auseinanderzusetzen. Auch er hat Grundlagen des biblischen Menschenbildes massiv verletzt, wie beispielsweise seine späten Schriften zum Umgang mit den Juden zeigen. Luthers Antisemitismus mit seiner verhängnisvollen Wirkungsgeschichte oder seine dunklen Äußerungen über damals sogenannte Hexen sind geschichtliche Schattenseiten, die das Reformationsjubiläum nicht verschweigen darf. Sie müssen nicht nur benannt werden, sondern es ist eine kritische Auseinandersetzung mit ihnen notwendig. Der christlich-jüdische Dialog in den letzten Jahrzehnten zeigt, dass es zu diesen problematischen Äußerungen Luthers positive Entwicklungen gibt, auch wenn dieser Dialog eher in Arbeitsgemeinschaften als in der breiten kirchlichen oder gesellschaftlichen Öffentlichkeit stattfindet.

Heute ist es vielleicht das Thema Islamophobie, über das eine theologische und gesellschaftliche Auseinandersetzung geführt werden müsste. Die beiden großen Kirchen in Sachsen haben sich, meiner Meinung nach, bisher kaum hörbar mit dem Verhältnis zwischen Christen und Muslimen beschäftigt.

In der kirchlichen Unterweisung wurde gemäß dem monotheistischen Selbstverständnis vermittelt, dass es eine gemeinsame Gründungslegende in der biblischen Gestalt des Abraham gibt. Doch durch das Zusammenleben und Nebeneinanderleben von Menschen mit und ohne Religionsanbindung oder mit unterschiedlichen Religionen, besonders seit der Flüchtlingsbewegung in den letzten beiden Jahren, gibt es neue Herausforderungen. Einerseits sind es mangelnde ökumenische Erfahrungen zwischen Christen/Nichtchristen und Muslimen, die Ängste verstärken, weil man sich nicht kennt. Andererseits stellen sich solche Fragen wie „Glauben Christen und Muslime an den gleichen Gott?“, über die in beiden Religionen so unterschiedlich gedacht wird. Auch die religiöse Praxis unterscheidet sich stark, nicht nur, aber beispielsweise auch in Bezug auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft.

Die beiden großen Kirchen in Deutschland und auch in Sachsen könnten ein guter gesellschaftlicher Ort sein, an dem über solche Fragen nach dem Menschenbild und dem Umgang mit Menschen anderer Religionen nachgedacht wird und wo exemplarisch Dialog, Respekt und Toleranz praktiziert und eingeübt werden. Leider findet das aber, meiner Wahrnehmung nach, zu wenig statt.

Die Kirchen sind vor allem sehr mit sich selbst beschäftigt, weil sie umgetrieben sind von dem andauernden Mitgliederschwund und der damit verbundenen Ursachenforschung. Dennoch gibt es in den Kirchen vielfältige Rituale und Formen, in denen darüber nachgedacht wird, wie gesellschaftliches Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen mit Wertschätzung möglich ist. Es gibt Mahnwachen und Friedensgebete und

das Reflektieren über gelingendes und nicht gelingendes Leben. Ja letztlich ist, nach christlichem Selbstverständnis, alle Verkündigung Orientierung am Leben Jesu, dem Ethos der Barmherzigkeit und dem Auftrag zur Nächstenliebe. Besonders das in den Seligpreisungen von Matthäus 5 formulierte Engagement für die Armen, Schwachen und die am Rande Stehenden ist Leitbild christlicher Ethik. Kirchliche Lebenspraxis ist von diesem Geist geprägt. Allerdings muss sehr genau gefragt werden, welche tatsächliche Wirkung die Kirchen für das gesellschaftliche Zusammenleben haben. Auch wenn es vereinzelt Engagement in der Flüchtlingshilfe gibt, so scheinen die Kirchen insgesamt vor allem mit ihrer Innenperspektive beschäftigt zu sein.

Wir leben in einer Zeit, in der es bedeutende geistesgeschichtliche Umbrüche gibt. Die beiden großen Kirchen erleben einen Transformationsprozess, in dem sie nicht mehr die Mehrheit der Gesellschaft repräsentieren. In den neuen Bundesländern hat diese Entwicklung schon in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnen. Die politischen Ereignisse 1989/90 vermittelten kurzzeitig das Gefühl, die Institution Kirche hat eine besondere gesellschaftliche Rolle beim Zusammenbruch der DDR gespielt und war maßgeblich am Aufbau eines neuen demokratischen Systems beteiligt. Überproportional viele Christen nahmen politische Verantwortung wahr, auch weil sie in der Kirche parlamentarische Demokratie erlebt haben, durch das synodale Leitungsprinzip auf unterschiedlichen Ebenen. Das war für viele Christen nach der Wende hilfreich, um politische Funktionen zu übernehmen.

Doch schon Anfang der 1990er Jahre zeigte sich, nicht die Institution Kirche wächst dadurch, sondern es ist dem mündigen Engagement christlicher und nichtchristlicher Menschen in den neuen Bundesländern zu verdanken, dass stabile demokratische Strukturen aufgebaut worden sind. Demgegenüber verliert die Institution Kirche an Bedeutung. Auch das gegenwärtig sehr sichtbare und in der Gesellschaft wahrnehmbare Reformationsgedenken kann diese Entwicklung nicht überdecken. Das Reformationsjubiläum ist kein Ausdruck einer neuen religiösen sinnsuchenden Bewegung. Vielmehr scheint der Bedeutungsverlust der Institution Kirche unaufhaltsam. Jedoch, wenn die Bedeutung dieser Institution abnimmt, heißt es nicht, dass theologische, ethische und philosophische Fragen keine Rolle mehr spielen, die in ihr thematisiert wurden und werden.

Im Gegenteil, gerade angesichts der Globalisierung und der komplizierter werdenden Welt muss über Verantwortung, Freiheit und Lebensmöglichkeiten für alle anders nachgedacht werden als in der Vergangenheit. Dieser Auseinandersetzung verschließen sich jedoch Menschen, die nur an ihr persönlich möglichst gutes Leben denken.

Gegenwärtig werden durch populistische Entwicklungen wie Pegida oder die AfD die herausragenden Leistungen vieler, die Verantwortung übernommen und eine gerechte demokratische Gesellschaft aufgebaut haben, in Frage gestellt. Dabei ist es wohl keinesfalls zufällig, dass dieser Protest vor allem in den neuen Bundesländern und leider auch sehr massiv in Sachsen begann. Meiner Meinung nach wurde erst sehr spät darauf reagiert, dass es von Anfang an nicht nur, aber auch verbale Grenzüberschreitungen gab. Es entstand der Eindruck, dass Menschenwürde dem hohen Gut der Meinungsfreiheit geopfert wurde.

Hier scheint es Nachwirkungen einer bestimmten Entwicklung in der DDR zu geben. In der schulischen Bildung wurde das Ideal vertreten, Jugendliche zu einer sozialistischen Persönlichkeit zu erziehen, wobei die gesellschaftlichen Interessen über die persönlichen gestellt werden sollten. Nicht Erziehung zur Demokratie, Mündigkeit und Individualität des Einzelnen stand im Mittelpunkt, sondern das Sich-Einfügen in die Staatsdoktrin, das schon Kindern vermittelt wurde. Es scheint so zu sein, dass manche durch die DDR geprägte Menschen und auch deren Nachkommen denken, nun kann und darf alles gesagt und getan werden, bis die Justiz einschreitet und diese Grenze wird ausgelotet.

Wenn es in den neuen Bundesländern eine signifikant höhere Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie als in den alten Bundesländern gibt, obwohl in ihnen viel weniger Flüchtlinge und Menschen muslimischen Glaubens leben, ist das auch Ausdruck mangelnder Auseinandersetzung mit Themen wie Demokratiefähigkeit und Fragen nach dem Menschenbild und der Verantwortung des Einzelnen in der Gesellschaft sowie der globalisierten Welt.

Ende der 1980er Jahre gab es in den Kirchen, aber auch über sie hinausgehend, eine Bewegung, die sich „Konziliarer Prozess“ nannte. Es ging um ein Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung. Letztlich haben diese Themen immer noch eine gewisse Aktualität, auch wenn sich das heute anders darstellt und unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft von diesem Geist geprägt ist. Da muss Kirche kein Ideengeber mehr sein.

Welchen Beitrag die Kirchen aber heute für die Demokratie leisten können und wollen, scheint mir eine offene Frage zu sein. Institutionen reagieren nach ihren eigenen Regeln. Wohl aber gibt es und wird es weiterhin Bündnisse zwischen Christen und Nichtchristen geben, wo genau diese zentralen Aufgaben als gegenwärtige Herausforderungen angenommen werden: eine Kultur der Wertschätzung, des Respektes und der Achtung der Würde des Einzelnen sowie der Verantwortung für unser Handeln in der globalisierten Welt zu leben.





# „RELIGION HAT IN DER GESELLSCHAFT VOR ALLEM DIE AUFGABE EINER VERSTÖRENDE INSTANZ“

*Christian Schramm im Gespräch mit Dr. Christian Lehnert*

Das Gespräch wurde geführt am 8. Mai 2017, in der Sächsischen Akademie der Künste, Dresden.

*Christian Schramm:* Sachsen hat in 25 Jahren große Veränderungen erlebt. Die Kirche ist Teil dieses veränderten Landes und war auch manchmal Impuls einer Veränderung. Herr Lehnert, ich würde gern fragen: Kann Glaube und Religion die Welt positiv verändern oder ist das Christsein eher personenzentriert? Ist Glaube auf den Einzelnen gerichtet oder/und hat Glauben aus ihrer Sicht eine gesellschaftliche Relevanz?

*Dr. Christian Lehnert:* Diese Frage zielt auf das zentrale Selbstverständnis der Kirchen in der Gegenwart. Ich möchte zwei Aspekte hervorheben, die sich auch mit der Kunst berühren. Ich glaube, dass eine der großen geistigen Herausforderungen heute darin besteht, dass wir in immer komplexere, verwickeltere und segmentierte Welten eingebettet sind. Peter Sloterdijk nannte es „Schäume“. Sie entstehen und vergehen fortwährend. Knistern ist das Untergrundgeräusch unserer Kultur. Wir sind immer weniger in der Lage, den Blick auf ein Ganzes zu werfen, sei es in der Vorstellung. Das Ganze einer Wirklichkeit ist undenkbar geworden, und wir finden uns in verzweigten Strömungen, Mäandern mit dauernden Richtungswechseln, in einem unüberschaubaren Flussdelta geistiger und technischer Bewegungen. Das wird von vielen als eine Bedrohung erlebt, weil wir immer weniger Subjekte und Herren unserer eigenen Existenz sind. Wir gleichen auch in unserem Selbstempfinden vielfach einer Ansammlung von Treibgut. Hier haben Glaube, wie auch die Kunst eine immense Aufgabe, weil sie

nämlich zumindest spielerisch Punkte einnehmen, die mit einem Bein außerhalb der gesellschaftlichen Wirklichkeit ruhen. Sei es, indem sie Wirklichkeitsräume betreten, die weit zurückliegen oder utopisch sind, sei es, dass sie Transzendenzbezüge eröffnen und damit überhaupt erst einen kritischen Blick auf die Gegenwart und das Hier und Jetzt ermöglichen. In den letzten Jahrzehnten hat sich in meinen Augen eine rhetorische Figur umgekehrt. In der Aufklärungszeit galt Religion als eine Instanz, die den Blick auf die Wirklichkeit verstellt und verdunkelt, weil sie den Menschen gefangen nahm in dogmatischer Starre. Heute hat sich das umgekehrt. Heute ist der Mensch gefangen in ganz anderen Mustern, die seine Wahrnehmung konditionieren und möglicherweise viel stärker sind als die Dogmen des Mittelalters. Diese neuen Muster sind technischer Natur, sind industrieller, medial vermittelter Natur. Religion hat heute eine aufklärerische Funktion in einer Gesellschaft, die von globalisierten wirtschaftlichen Strukturen, von pseudonaturwissenschaftlichen Weltbildern, rationalem Verwertungsdenken und rein weltimmanent verengten Egoismen geprägt ist.

Der zweite Teil Ihrer Frage betraf die Institutionen und den Einzelnen. Es braucht stabile Gefäße, in denen Erinnerungen bewahrt werden, die jene aufklärerische Aufgabe von Religion erst ermöglichen. Eine Kirche ist ein riesiger Gedächtnisraum. In ihr leben schier unendliche Möglichkeiten von geschichtlichen Resonanzen. Der Einzelne hört sich hinein, er ist darin davon entbunden, seine eigenen Sinnhorizonte immer wieder neu zu konstruieren. Rein subjektive Religiosität gerät ja schnell erneut in ein technisches Muster, weil sie selbst verfügt, was sie glauben will, und was ihre Erwartungen befriedigt.

*Schramm:* Sachsen ist ja nun durchaus ein kirchlich geprägtes Land, also ich denke jetzt gar nicht an die Reformation im Kernland Sachsen, sondern ich denke an die lange volkskirchliche Tradition. Heute ist es ja so, dass wir den Eindruck haben, dass auf der einen Seite Kirche zerfällt, zerbröselt, die Gemeinden werden kleiner, die Gemeinden müssen sich plötzlich mit global veranlassten Problemlagen befassen, was sie vielleicht vor Jahrzehnten so nicht tun mussten. Auf der anderen Seite gibt es die Erfahrung neuer innerkirchlicher Impulse. Ist also für den Einzelnen Religion, ohne dass er es vielleicht so bezeichnet, diese Sehnsucht nach dem Transzendentalen wichtig? Bricht etwas neu auf, obwohl man den Eindruck hat, Kirchen und vergleichbare Gemeinschaften werden weniger oder wie würden Sie das einschätzen, diese Sehnsucht nach dem „Anderen“?

*Lehnert:* Sachsen ist ein volkskirchlich geprägtes Land? Historisch gesehen stimmt das. Heute erleben wir die Abbrüche religiöser Bindungen in der dritten Generation nach der forcierten Säkularisierung, die in der DDR bestand und fortwirkt. Jetzt werden in Sachsen Kinder groß werden, die nicht einmal mehr Großeltern haben, die irgendwas mit Kirche zu tun hatten. Es ist eine Überlieferung unterbrochen. Dazu kommt, dass Gebilde, die noch vor einigen Jahrzehnten eine starke Plausibilität hatten, nämlich die Symbiosen von Religion und Sozialgestalten dörflicher Kultur, auch städtischer Kultur,

brüchig geworden sind – durch verstärkte Mobilisierung, aber auch durch jene subjektive Verflüssigung von Glaubensinhalten. Religiöse Institutionen haben an sich an Plausibilität verloren. Dass heißt noch nicht, dass Religiosität abgenommen hätte, aber ihre Darstellungsformen sind andere geworden. Der Soziologe und Philosoph Charles Taylor hat das als die Supernova subjektiver Glaubensdeutungen bezeichnet. Jeder baut sich und bastelt sich gewissermaßen sein eigenes transzendentes Gerüst. Das birgt für die Kirchen natürlich eine gewisse Problematik, weil sie auf Bindungen setzen, auf Institutionalisierung und auf Formen gemeinschaftlichen Lebens. Dem stehen starke Subjektivierungsschübe gegenüber. Das führt dahin, dass es unglaublich schwer geworden ist, jenseits solcher rein soziologischen Kriterien wie Kirchenmitgliedschaft, überhaupt Religiosität theologisch oder lebenspraktisch zu bestimmen. Wer gehört noch dazu, wer nicht? Die Ränder sind unglaublich diffus und breit geworden.

Ist das ein religiöser Neuaufbruch? Ein Gestaltwandel von Religion? Die Kirchen sind jedenfalls gezwungen, auf einem Grat zu wandern: einerseits viel flexibler zu werden in ihren Sprach- und Ausdrucksformen und andererseits zugleich stärker ihre Identität zu bestimmen. Kirchen stehen in einer enormen Spannung, die sich in Flügelkämpfen äußert. Einer konservativen Volte steht eine Liberalisierungswelle gegenüber: Die einen reagieren mit Öffnung zur Gesellschaft, die anderen setzen auf klare Grenzziehungen. Ich meine aber, dass grundsätzlich religiöse Energien nicht weniger geworden sind in den letzten Jahren, sondern sich eher verstärken – nur eben nicht mehr innerhalb dessen, was das Wort „Kirche“ bisher bezeichnete.

*Schramm:* Wenn Menschen eine neue Gestalt ihres Glaubens suchen und vielleicht auch finden und wenn Kirche in der Lage ist, das neu zu verdichten, anders zu übersetzen und auszusprechen, wäre ja die Frage, kann und muss Religion, auch in Gestalt der Kirche in die Gesellschaft hineinwirken? Kann und soll die Kirche, der Glauben, die Religion politisches Handeln beeinflussen, flankieren, hinterfragen? Wie ist das Verhältnis?

*Lehnert:* Der deutsche Protestantismus ist seit Jahrhunderten von einer starken Nähe zu den Herrschenden und zu gesellschaftlich bestimmenden Strömungen geprägt. Er war immer angezogen von der politischen Macht. Das war in der DDR nicht so, aus naheliegenden Gründen, aber in den Jahrhunderten davor. In den letzten Jahren haben sich diese Energien wieder manifestiert. Der Protestantismus wird heute oft als eine religiöse Spielart von demokratischem Liberalismus und sozialdemokratisch geprägtem Gerechtigkeitsdenken wahrgenommen. Er stellt sich, etwa auf den Kirchentagen, als staatstragende Ideologie dar. Seine religiöse Kraft scheint hier ganz in gesellschaftlichen Fragen aufgegangen zu sein. Glücklicherweise gab und gibt es immer Gegenströmungen.

Ich denke, die Religion hat in der Gesellschaft vor allem die Aufgabe einer verstörenden Instanz. Religion und Kirchen haben die Aufgabe, den Menschen immer wieder auch zu zeigen, dass er nicht ganz zu Hause ist in seiner Welt. In dem Sinne hat Religion

eine utopische Kraft, sie klammert die Welt ein und ermöglicht den Blick darauf, dass alles anders sein könnte, vielleicht anders sein sollte. Sie nimmt der Gesellschaft ihre Deutungshoheit. Sie verunsichert Menschen in ihrer Daseinsweise und lässt sie fragen: Wer bin ich eigentlich? Was sind die wirklichen Dinge, die mich treiben? Wohin gehen meine wahren Energien, wo ist Sinn verborgen? All das sind Fragen, die notwendig zum Menschen gehören und die die Gesellschaft nicht beantworten kann.

*Schramm:* Also könnte man sagen, die kritischen Fragen sind zu stellen, um die richtigen Antworten zu finden. Wenn es um die Begrenztheit des Menschen geht, wenn ich etwa an politische Machtkonstellationen denke, wäre dann zu sagen: Lieber Mensch, du wirst es nie ganz selber zu Ende bringen können, sondern da gibt es noch eine andere Instanz?

*Lehnert:* Genau. Es sind ja bestimmte Wahrnehmungsmuster so beherrschend geworden, dass man sich wirklich ganz schwer wehren kann. Ich will ein Beispiel geben: ökonomisches Denken. Es ist inzwischen in jeden Winkel unserer Wirklichkeit eingesickert. Wir können oft gar nicht mehr anders als in Zahlen denken. Man erlebt es selbst in den innersten rituellen Vollzügen der Kirche. Woran wird ein Gottesdienst gemessen? An Besucherzahlen. Heidegger nannte solche bestimmenden Muster „Hintergrundbilder“ des Denkens. Er meinte damit Dinge, die uns bestimmen, ohne dass wir uns darüber Rechenschaft geben. So etwas durchbricht die Religion mit ihren Riten. Plötzlich kommt in einem Gottesdienst durch eine neutestamentliche Lesung, sagen wir aus der Berpredigt Jesu, ein ganz anderes Menschenbild ins Spiel, und das allein ist eine Befreiung.

*Schramm:* Das hieße ja, ich spitze jetzt zu, Politik, die in bestimmten Denkmustern sich vollzieht, sich vollziehen muss, könnte oder müsste eigentlich dankbar sein, das es Institutionen wie Kirche oder Gemeinde gibt, die Dinge wieder in Frage stellen, relativieren, im guten Sinne hinterfragen kann. Das hieße doch eigentlich, Kirche wäre für die Entwicklung des Landes Sachsen unverzichtbar.

*Lehnert:* Ja. Davon bin ich überzeugt. Das betrifft im Übrigen nicht nur die Kirchen. Dasselbe könnte man auch von Künsten sagen. Die Politik basiert ja immer auf Dingen, die sie selbst nicht gewährleistet. Sie kann ihre geistigen Grundlagen, ihren Wertehorizont etwa, nicht selbst in Gestalt von politischer Macht erzeugen. Politik hat die Aufgabe, möglichst lebensfähige gesellschaftliche Strukturen zu erhalten oder zu schaffen. Das heißt Politik ist von sich aus immer pragmatisch, auf Fakten und auf Strukturen gewendet. Die Fragen nach dem Wohin menschlichen Lebens, nach dem guten Leben und nach Sinn sind nicht politischer Natur, aber sie bestimmen die Politik – und das besonders in demokratischen Gesellschaften. Umso wichtiger ist, dass es Instanzen gibt, die immer wieder die Grundfragen stellen und auch immer wieder politisches Denken verflüssigen.

*Schramm:* Das sind historische prägende Muster, die es durch die Kirche in Sachsen gegeben hat. Bleiben wir in Sachsen. Was muss durch die Kirche selber hinterfragt werden: religiöse Formen, Riten, aber auch theologische Inhalte und wird dadurch andererseits eine Funktion freigesetzt, die der Gesellschaft die Fragen stellt, die niemand anders stellt? Eine gute Zusammensetzung der Sphären sozusagen, angelehnt an Luthers Zwei-Reiche-Lehre ...

*Lehnert:* Das ist ein gutes sächsisches Modell. Die Politik hat, so Luther, ihren Bereich. In den sollte es keine Einsprüche in Form von religiösen Bildern oder auch säkularisierten Heilserwartungen geben. Man kann nicht mit der Bibel in der Hand Politik machen. Andererseits müssen Christen, mit der Bibel in der Hand, die Politik befragen nach den sie treibenden Kräften.

*Schramm:* Bleiben wir bei der Sprache, die die Politik braucht, um ihren Inhalt zu vermitteln, die die Kirche natürlich auch braucht. Sie sind nicht nur Theologe, sondern auch Dichter und Schriftsteller, ihr Buch „Der Gott in der Nuss“ lese ich gerade. Ist Sprache für die Politik etwas ganz Unverzichtbares, also Sprache, die auch phantasievoll ist, die sich öffnen kann, die mit Metaphern und Bildern daherkommt? In der Zeit, in der sich die kritische Begegnung etwa zwischen Pegida und anderen Gruppen und dem Staat vollzog, hatte man ja dieses Gefühl der Sprachlosigkeit auf beiden Seiten. Auf der einen Seite gab es das Getöse und auf der anderen Seite war es vielleicht die ängstliche Stille. Was kann Sprache leisten?

*Lehnert:* Es haben sich über Jahre hinweg gewisse politische Sprachmechaniken eingespielt, die für viele verständlich sind, aber eben auch andere draußen lassen. Diese haben dann das Gefühl, dass sie nicht sprechen können, sondern besprochen werden. Sie sind Verlierer, sobald es um politische Diskurse geht.

Was ist gegenüber eingespielten Sprachmechaniken das Besondere der Sprache der Religion und der Kunst? Das Besondere ist, dass es eine suchende Sprache ist. Eine Sprache, die noch nicht hat, was sie sagen will. Sondern sie erkundet in Bildern, in Metaphern die Wirklichkeit. Sie fährt die Fühler aus, die Sensoren. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe! Auch in einem digitalen Zeitalter ist der primäre politische Akt zunächst erst mal das Sprechen. Die Welt in Sprache zu bringen, das ist der grundlegende Akt der Machtausübung. Wenn Sprache sich verhärtet, wenn Sprache geschlossene Horizonte bildet, welche die Welt als ein starres Gefüge umschließen, dann wird sie gewaltsam, auch wenn man das noch gar nicht sofort merken muss.

*Schramm:* Ist die Sprache der Macht letztendlich so eine, die auch „zumacht“ gegenüber Anderen, sich in sich selber bewegt, in einem Sprachzirkel, wo jeder die Formeln kennt und sofort die Inhalte?

*Lehnert:* Ich meine, sprachliche Muster zu erkennen, in denen sich eine naturwissenschaftlich-technische Verwertungsmentalität, Wachstumsglaube, Globalisierungs-

hoffnung und pluralistischer Druck auf kulturelle Identitäten zu einer gefährlich Melange formieren, weil sie das Denken und Wahrnehmen verengen. Widerspruch dagegen ist an Sprachformen gebunden, die anders sind.

*Schramm:* Das heißt, die Sprache des Gedichtes, der Dichtung ist eine Sprache, die einlädt, weil sie Dinge offen lässt und weil sie Leute auf eine sprachliche und inhaltliche Reise mitnimmt, die nicht der Dichter beendet, sondern letztlich der Leser und Mitdenker und Mithörer?

*Lehnert:* Genau, weil sie den Leser nicht festlegt in etwas, das gesagt ist, weil es der Fall ist, und ich muss das so zur Kenntnis nehmen oder ablehnen. Sondern der Leser wird hineingenommen in eine Bewegung, die er selbst kreativ mitformt. Er versteht so viel, wie er an Resonanzen mitbringt – und betritt so einen Raum, der zugleich sein Inneres ist.

*Schramm:* Ich würde gern noch einmal auf die Kirche als Institution zurückkommen, die ja auch Formen und Riten braucht. Sie haben bei ihren Beobachtungen kritische Fragen zu den Formen und Riten und dem, was manchmal im Gottesdienst abläuft, gestellt, zu Recht, wie ich denke. Wären wir als Kirche, ich sage jetzt bewusst, als beratende Kirche, weil wir vorhin vom Hinterfragen sprachen und von einem Impuls-Geben, wären wir also gut beraten, unsere eigenen Formen, Riten zu überdenken, damit sie für den Anderen übersetzbar bleiben?

*Lehnert:* Riten haben verschiedene Dimensionen. Ein Ritus entfaltet seine Kraft in der Gegenwart. In dem Sinne haben Sie recht: Ein Ritual muss hier heute verständlich werden. Aber schon mit dem Wort „verständlich“ wird es schwierig. Ein Gottesdienst ist damit nicht genau erfasst. Es geht um mehr als Verstehen. Es geht im Gottesdienst auch um den tiefen Hallraum der Erinnerung, um die vielen Generationen über Jahrtausende, die vor uns mit diesen Formen schon gelebt haben und die diese aufgeladen haben mit Lebensenergien, denen wir uns heute kaum entziehen können. Der Gottesdienst bestätigt mich auch nicht nur in dem, was denke und verstehe, sondern er befremdet auch. Er widerspricht mir. Ein Gottesdienst kann nicht nur gefällig sein. Wenn ich einen Gottesdienst nur danach bemesse, ob sich die Leute wohl fühlen, ob ich deren Erwartungen erfülle, dann habe ich das Wesentliche des Gottesdienstes schon verfehlt.

*Schramm:* Der Gottesdienst hat rationale Anteile, aber weist auch darüber hinaus. Ich frage nochmal zu den gesellschaftlichen Verhältnissen. Kirche hat sich, was ich gut finde, auf Grund des Glaubens und dessen, was Glauben eben auch fordert, eingebracht, z.B. bei dem Thema Flüchtlinge. Da haben Kirchen aus meiner Sicht viel mehr geleistet, als die Öffentlichkeit wahrgenommen hat. Auf der anderen Seite denke ich an Diskussionen in der Synode und den Gemeinden, da gibt es durchaus Islamophobie,

das Bedenken, das andere Glaubensformen und Religionen uns verfremden, vielleicht vom Eigenen wegdrücken oder uns bedrängen. Wie kommt es eigentlich, dass wir in der Kirche so ein starkes Auseinanderdriften haben zwischen denen, die sagen, Helfen ist meine Aufgabe à la Bergpredigt, und anderen, die sagen, hier muss ich die Hände heben und Abwehrhaltung einnehmen, hier geht es um den Kernbestand meines Glaubens, obwohl beides aus derselben Wurzel kommt?

*Lehnert:* Die Kirchen sind verunsichert. Sie erleben rasante Gestaltwandel religiösen Erlebens, sie erfahren Bedeutungsverluste. Diese Verunsicherung führt zu inneren Spannungen. Auf der einen Seite höre ich: Kirche muss eine Gegenwirklichkeit, eine Gegenkraft sein, eine gesellschaftskritische Instanz in ganz grundsätzlichem Sinn. Andere sagen: In dieser Situation haben wir gar keine andere Chance, als uns zu öffnen, auf die Leute zuzugehen, uns ins Gespräch zu verwickeln, immer neu in Bewegung zu sein und auch das Eigene immer neu zur Disposition zu stellen.

Die Verängstigung, die manche real oder unreal mit dem Islam verbinden, hat eine innere Dimension. Religiöser Pluralismus verunsichert, er macht die eigenen Überzeugungen fragil, führt er uns doch Menschen vor Augen, die mit der gleichen Tiefe und Kraft etwas ganz anderes glauben. Man hat dann Angst vor dem Fremden, weil das Fremde tief im eigenen Inneren auch existiert. Was gibt denn dem Glauben Sicherheit? Nichts in mir. Nichts was ich habe.

Die Verunsicherung führt zur Islamangst ebenso wie zu einer angestregten Willkommenskultur, die auch irrational ist. Theologen und kirchenleitende Personen lassen es leider immer wieder zu, dass an dieser Stelle religiöse und politische Fragen miteinander vermengt werden. Man kann zu der Flüchtlingsfrage politisch unterschiedlicher Meinung sein, das hat aber noch nicht unbedingt etwas mit Religiosität zu tun. Das will ich deutlich trennen und die Bergpredigt an dieser Stelle herauslassen. Das Gebot der Nächstenliebe und der Liebe zum Fremden gilt unbenommen. Es ist eine Grundessenz unseres Glaubens. Das heißt aber noch nicht, dass eine liberale Flüchtlingspolitik dadurch eine biblische Weihe empfinde. Eine politische Frage hat eigene Logiken, und es spielen politische Argumente hinein, die komplexer Natur sind.

*Schramm:* Das hieße aber im Grunde auch, man kann beiden dieser Ausformungen – jener, die das Hohelied der Liebe, dem Anderen zu helfen, preist, und jener, die kritische Distanz anspricht, – durchaus eine berechtigte Funktion einräumen.

*Lehnert:* Genau.

*Schramm:* Die einen, die eigentlich „durch die Blume“ darauf aufmerksam machen, ihr selber seid auch Angefochtene, also schaut euch auch selber genau an, schäumt nicht nur. Und die Anderen, die sich gefallen lassen müssen, dass man ihnen sagt, die Organisation unserer Gesellschaft braucht natürlich auch Spielregeln. Die Wahrheit speist sich aus diesen zwei Strängen.

*Lehnert:* Die große Aufgabe innerhalb der Kirchen und der Gesellschaft ist das wirkliche, fortwährende Gespräch, so einfältig das klingt. Aber man muss in diesen starken Zentrifugalkräften, in denen wir leben, immer wieder nach dem Einenden, dem Gemeinsamen suchen, ohne besserwisserische Arroganz und ohne ideologische Scheuklappen, vor allem ohne eingeübte Sprachmuster, die immer schon in die gleichen Bilder, scheinbaren Antworten und Verengungen führen. Das wird immer schwerer.

*Schramm:* Ich komme zurück auf den Ausgangspunkt meiner Fragestellung. Wenn wir fragen oder darüber nachdenken, was Kirche und Gesellschaft verbindet, verbinden muss, wo es aber auch Trennungslinien oder unterschiedliche Aufgabebereiche gibt, dann hieße es nach wie vor, Kirche hinterfragt die Zustände auf ihre Weise und mit ihren Mitteln, wie es die Naturwissenschaften und die Soziologie mit den ihrigen machen, und führt uns eigentlich bei allen Themen, ob das Flüchtlinge sind, ob das die schöne Literatur oder Kunst ist, ob das die Wirtschaftsethik ist oder die Medizin, immer an diese Stelle, wo wir fragen dürfen oder müssen, was kannst du selber als Gesellschaft und als einzelner Mensch tun und was bleibt darüber hinaus für das „Andere“. Wir nennen dieses „Andere“, Christen nennen es „Gott“. Dass etwas unverfügbar bleibt, ist keine Drohung, sondern positiver Impuls. Er bedeutet, du kannst deinen Weg in Ruhe zu Ende gehen, aber wisse, dass du nicht alles machen kannst.

*Lehnert:* Seit einigen Jahren stehen sowohl die Künste, aber auch die Naturwissenschaften, dort wo sie Grundlagenforschung betreiben und kein Geld bringen, als auch die Kirchen im Abseits gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Das halte ich für eine ganz große Gefahr, weil sich die Politik damit eines Korrektivs beraubt, das sie ganz dringend braucht. So unbequem Künstler, Religiöse oder Grundlagenforscher auch sind, so nutzlos ihr Tun auf den ersten Blick auch erscheint, umso wesentlicher sind sie auf lange Sicht gesehen für das politische Geschäft, und es ist hochgradig fahrlässig, diese Bereiche zu vernachlässigen. Darüber haben wir ja noch gar nicht gesprochen, Sachsen ist ja ein Kulturland und diese Kultur ist in Sachsen auch traditionell eine staatlich geförderte. Diese Lebensader muß gepflegt werden.

*Schramm:* Das ist ein guter Impuls zum Schluss des Gesprächs zu sagen, lieber Staat, achte auf die Künste. Und den Künstlern sollte man sagen, dass mit dem *l'art pour l'art* auch eine Verantwortung verbunden ist.

*Lehnert:* Der Künstler macht seine Kunst. In dem Moment, wo er fragt, wozu es nütze ist, hat er schon verloren.

Man könnte Politikern verordnen, jede Woche ein Gedicht zu lesen. Ich weiß, dass es viele gibt, die das tun, deshalb bin ich auch ganz hoffnungsvoll.

*Schramm:* Vielen Dank für das Gespräch.



# „DER IMPULS, DER VON DER RELIGION AUSGEHEN KÖNNTE“

*Christian Schramm und Prof. Klaus Vogel im Gespräch mit  
Prof. Dr. Christian Schwarke*

Das Gespräch wurde geführt am 22. Mai 2017, im Deutschen Hygiene-Museum, Dresden.

*Prof. Klaus Vogel:* Lassen Sie uns mit etwas Persönlichem beginnen. Sie leben und arbeiten ja als westdeutsch sozialisierter Mensch schon seit langer Zeit in Sachsen. Was fällt Ihnen zu allererst ein, wenn Sie die Formulierung „politische Kultur in Sachsen“ hören?

*Prof. Dr. Christian Schwarke:* Als ich 1999 herkam, schien mir die politische Kultur sehr ruhig zu sein, weil vieles auf den Aufbau ausgerichtet war. Bis heute dominiert ja eine politische Kraft das Geschehen in Sachsen sehr stark. Das in den meisten Ländern der alten Bundesrepublik damals noch vorherrschende Ringen um politische Macht aus mehr oder minder gleich starken Positionen zwischen der CDU und der SPD gab es nicht. Im Gegensatz zu den letzten Jahren, in denen ja massive Brüche deutlich geworden sind, schien es mir damals sehr ruhig zu sein.

*Vogel:* Sie sind zwar kein Politikwissenschaftler, aber trotzdem, wie würden Sie als Theologe und Wissenschaftler die Qualität der gegenwärtigen politischen Kultur hier in Sachsen schildern?

*Schwarke:* Der Begriff „Qualität“ hat ja zwei Aspekte, einen wertenden und einen beschreibenden. Mein Eindruck ist, dass die politische Kultur in Sachsen in den letzten Jahren durch einen Lernprozess bestimmt ist, in dem es darum geht, dass unterschiedliche

Interessen artikuliert werden. Die Tradition der angelsächsisch geprägten Demokratie, die John Locke theoretisch formuliert hat, basiert ja auf der Erkenntnis, dass es in einer Gesellschaft unterschiedliche Gruppen gibt, die man irgendwie in einen Ausgleich bringen muss. Danach ist es utopisch anzunehmen, die Gesellschaft bestünde nur aus einer homogenen Gruppe. Man hat einfach diese unterschiedlichen Interessen und mit denen muss man leben. Die aus meiner Sicht sehr unerfreulichen Entwicklungen in den letzten Jahren in Dresden haben das nur sichtbar gemacht. Dabei wurden auf der Straße weniger politische als mehr religiöse Positionen artikuliert. Ähnlich wie zu Beginn der 1990er Jahre, in denen es ja auch bereits böse Parolen in der Asyldebatte gab, wurde keine politische Position vertreten, sondern eine kulturelle Angst instrumentalisiert. Leider hat zu Beginn auch die Gegenseite ganz unpolitisch reagiert. Denn dass man etwa den Postplatz „putzen“ müsse, ist eigentlich eine ganz schlimme Metapher aus dem Arsenal der Rechten, die genau dem entgegen steht, wofür man mit Öffnung, Liberalität, und Menschlichkeit kämpfen wollte. Da prallten hoch emotionalisierte Fronten aufeinander. Emotion ist nicht selber religiös, aber sie ist ein Indiz dafür, dass es um Dinge geht, die eigentlich nicht wirklich rational herleitbar sind, sondern die die normativen Voraussetzungen des Politischen betreffen. In diesem Sinne würde ich sagen, dass es um die politische Kultur schlecht bestellt war, weil es weder bei den Demonstranten noch scheinbar bei den politischen Amtsträgern ein Bewusstsein für diese Prozesse gab. Aber möglicherweise gibt es jetzt Spielräume, das zu entwickeln.

*Vogel:* Da ist offenbar etwas in Bewegung geraten. Dazu noch eine Frage an Sie als Hochschullehrer. Sie haben ja viel mit jungen Leuten zu tun, können Sie aus dem Umgang mit diesen jungen Menschen, die Theologie studieren und hier in Sachsen leben, Hoffnungen schöpfen, dass sich Prozesse auch geändert haben und Diskussionsformen möglich sind, die früher vielleicht nicht möglich waren – also eine Öffnung hin zu mehr Diskurs?

*Schwarke:* Auf jeden Fall. Ich beobachte aber schon länger, dass die jungen Leute mit vielen Dingen, die mir die politische Kultur in Sachsen zu bestimmen schienen, anders umgehen. Sie erleben sich als Bürger Gesamtdeutschlands und sind nicht mehr mit einer Identitätsfindung in oder gegenüber dem jeweils anderen Teil Deutschlands beschäftigt. Wenn man sich die Altersstruktur auf den Dresdner Demonstrationen der verschiedenen Seiten anschaut, dann war der Altersdurchschnitt bei denen, die mit dem Herzen geworben haben, auch deutlich jünger. Auf der anderen Seite ist das studentische Milieu nicht notwendig repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Die Vereinigten Staaten bieten etwa auch ein Beispiel dafür, dass sich gesellschaftliche Gräben, wie sie sich nach dem Bürgerkrieg von 1861–1865 gebildet haben, sehr lange erhalten können.

*Vogel:* Die DDR bestand gerade einmal 40 Jahre, das ist historisch betrachtet eine kurze Zeit. Aber die Nachwirkungen dieser 40 Jahre halten auf verschiedene Wei-

se noch an und deren Überwindung oder besser Verarbeitung wird noch länger dauern. Werturteile oder Denkweisen hören ja nicht einfach auf, sondern werden tradiert und weitergegeben, durch Eltern oder auch Lehrer und viele andere mehr. Insofern addiert sich zu den 40 Jahren doch noch einiges dazu, eine vermutlich recht gehörige Zeit.

*Schwarke:* Tatsächlich wird man es in einigen Punkten über zwei bis drei Generationen beobachten können. Es kann sogar zu Verstärkungsprozessen kommen, weil Kinder manche Dinge intensiver als ihre Eltern erleben, die diese ihnen emotional vermittelt haben. Dabei geht es meines Erachtens in viel stärkerem Maße um kulturelle als um im engeren Sinne politische Fragen. Als ich vor fast 20 Jahren nach Dresden kam, habe ich das Klima hier zum Beispiel als sehr deutsch erlebt. Es gab eine Dominanz von Ruhe und Ordnung, die gerade auch gegenüber Kindern zur Geltung gebracht wurde, die ich mit traditioneller deutscher Kultur verband. Ich denke, wir haben nach der Wiedervereinigung den kulturellen Differenzen, wie immer man sie begrifflich fassen will, zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Für die politische Kultur wäre es anders besser gewesen.

*Christian Schramm:* Ihre Bemerkung, wie Sie „das Deutsche“ erlebt haben, ich meine, das ist auch ein Stück „Frucht der DDR“. Aus meiner Sicht, der ich in der DDR groß geworden bin, hat die DDR bewusst oder unbewusst sehr an dieses „Deutsch-Sein“, an dieses Prägungsmuster angeknüpft, ohne das jetzt ideologisch aus dem Dritten Reich zu übernehmen, aber die Lebensformen oder bestimmte Rituale konnte man ganz gut sehen.

Doch um noch einmal auf das Feld der Religiosität und deren Rolle zurückzukommen, womit ich Religion auch verstanden als Teil unserer Kultur meine: Kann man davon sprechen, dass Sachsen vielleicht in besonderer Weise noch immer von dieser religiösen Grundierung lebt? Gibt es solche Prägungsmuster aus der Historie und auch noch in der Gegenwart? Wir haben ja viele religiöse Aufbrüche in den Kirchen, da reden wir jetzt ganz ökumenisch. Ist Religion für Sachsen ein Faktum, was prägt und vielleicht heute noch zusammenhält und beeinflusst oder hat sich Religion aus Ihrer Sicht überlebt?

*Schwarke:* Nein, das hat sich nicht überlebt. Es gibt meines Erachtens keine Gesellschaft, die ohne Religion auskommt. Das kann mehr oder minder explizit sein und hängt natürlich immer auch an den Traditionen, aus denen eine Gesellschaft kommt. Individuen können vermutlich ohne Religion leben, Gesellschaften nicht. Was nun Sachsen betrifft, so muss man zwischen den verschiedenen Regionen innerhalb des Freistaates sehr unterscheiden. Die Lausitz und das Erzgebirge sind religiös anders geprägt als Leipzig oder Dresden, wobei auch die städtischen Kulturen letztlich nicht ohne das Christentum zu verstehen sind. Die Unterschiede zwischen den Regionen scheinen mir aber in Sachsen etwas stärker polarisiert zu sein als in anderen Bundesländern.

*Schramm:* Wir haben ja zu Recht gesagt, ich denke da an Charles Taylor, dass Religiosität heute in unserer Gesellschaft durchaus vorhanden und auch vom Individuum gebraucht und gewollt ist. Kann diese, im urbanen und ländlichen Raum unterschiedlich ausgeprägte Religiosität ein Mittel sein, um politische Kultur zu beeinflussen oder müssten wir das wirklich getrennt halten? So wie es das Grundgesetz festhält. Das eine ist also Politik und das andere Religion.

Mir fällt natürlich bei unserem derzeitigen Gedenken, die Zwei-Reiche-Lehre Luthers ein, wo es eben neben dem Einen und dem Anderen auch das Gemeinsame gibt. Ist Religion heute, in welcher Form auch immer, Impuls für unsere Gesellschaft und damit für politisches Handeln?

*Schwarke:* Ja und nein, je nachdem, was man unter einem Impuls versteht. In zahlreichen politischen Tagesfragen kann man weder der Dogmatik noch der Bibel eindeutige Entscheidungshilfen entnehmen. Wohl aber, und das scheint mir doch zentral zu sein, gibt es in den Religionen und damit auch im Christentum natürlich bestimmte Grundüberzeugungen wie Nächstenliebe, Solidarität und das Bewusstsein, dass man weder sich selbst noch andere für das Ganze (d.h. Gott) halten sollte. Solche Orientierungen haben sich in den Zehn Geboten und der Bergpredigt niedergeschlagen. Das sind Dinge, die auch immer wieder als Impuls gesetzt werden. Mir scheint es eher an der Art und Weise zu hapern, wie man das einbringt. Wenn die Kirchen sich beispielsweise gegen die Sonntagsarbeit wehren, dann können sie entweder als Moralapostel auftreten oder sie stellen dar, was man ihrer Meinung nach gewinnt oder verliert, wenn man die Geschäfte öffnet oder eben nicht. Das Institutionelle als solches hat heute kaum noch Autorität. In Teilbereichen der Gesellschaft haben Theologen aber in Kommunikationsfunktionen durchaus eine gewisse Autorität und geben darin Impulse. Ich denke zum Beispiel an Ethikkommissionen in der Medizin. Hier besteht die eigentliche Funktion nicht darin, dass Theologinnen und Theologen besser wüssten, was gut oder schlecht ist, sondern darin Verständigung zu ermöglichen.

*Schramm:* Ethisches Know-how sozusagen?

*Schwarke:* Ethisches Know-how, aber auch die Erwartung der Menschen, dass die Institution, aus der die Theologen kommen, also die Kirche, aufgrund ihres Alters etwas gegenüber der übrigen Welt Anderes, etwas Verlässliches darstellt. Hier spielt das Institutionelle als Hintergrund dann doch wieder eine Rolle trotz aller Säkularität. So wie die Gesellschaft vom Pfarrer, wie von einem Schamanen, immer noch erwartet, dass er anders sei als sie.

*Schramm:* Wenn der „Schamane“ jetzt gefragt worden wäre nach seinen guten Ratschlägen, vielleicht nach der Transzendenz, der Heiligkeit oder der langen Geschichte, die sozusagen Dinge sowohl sublimer als auch verdichtet hat, dann wäre zu fragen, gibt es so etwas wie ethische Impulse für politisches Handeln? Was könnte

das sein? Gibt es so etwas wie politische Compliance, die aus der Erfahrung der Religion, der Kultur sich speist und in Richtung der Regierenden zu sagen wäre? Sie haben die Bergpredigt genannt, etwas was ein allgemeines Menschheitsthema geworden ist, wenn nicht im Wortlaut, dann aber im dem Sinne. Gibt es Impulse, die Religion in Richtung Regieren, politisches Handeln, vernünftiges Management schicken kann?

*Schwarke:* Sie haben bereits die lutherische Zwei-Reiche-Lehre erwähnt. Das scheint mir ein wichtiger Impuls zu sein als Mahnung an politisch Tätige, zunächst mit Vernunft zu argumentieren und sich sehr genau zu überlegen, wie man politisches Handeln legitimiert. Politisches Handeln vorschnell und kurzschlussartig mit religiösen und quasireligiösen Haltungen zu begründen, führt fast immer zu einer Unbedingtheit, die schwer einzufangen ist. Gleichwohl scheint mir, dass man sich der religiösen Elemente in den eigentlich politischen Optionen auch bewusst sein muss. Wir müssen vernünftig argumentieren und zugleich muss ich im Kopf behalten, dass ich letztlich religiös geprägt bin. Mit „religiös“ meine ich in diesem Zusammenhang auch alle möglichen vorrationalen Beweggründe. Wenn man darüber diskutiert, wie hoch ein Steuersatz sein soll, wird das Problem nicht so offensichtlich. Aber in so scharfen Auseinandersetzungen, wie wir sie in Dresden erlebt haben, ist die Differenzierung sehr wichtig. Das gilt auch für Auseinandersetzungen in der Kirche selbst. Die unterschiedlichen Positionen dazu, ob homosexuell orientierte Menschen gemeinsam im Pfarrhaus leben können sollen, sind ja von unseren Intuitionen geleitet. Und erst danach suchen wir in der Bibel oder wo auch immer Argumente für unsere Position. Zumindest von den Amtsträgern, sowohl in der Politik als auch in der Kirche, sollte man daher erwarten, dass sie die Unterscheidung der Zwei-Reiche-Lehre machen können.

Denn das betrifft die Kernfrage der politischen Kultur, wie wir miteinander umgehen. Wie der Theologie- und Religionsphilosoph Paul Tillich, der auch in Dresden gelehrt hat, einmal gesagt hat, gibt es Religion stets nur in einer kulturellen Form. Und im Rahmen dieser unserer Kultur wäre der Impuls, der von der Religion ausgehen könnte, die Voraussetzung unseres Lebens zu thematisieren. Die Kirche hat selten zu irgendwelchen gesellschaftlichen Problemen Lösungen anzubieten, die sich radikal von anderen Lösungen, die in der Gesellschaft ohnehin diskutiert werden, unterscheiden. Das muss auch gar nicht sein. Es geht eher um die Bewusstmachung der Voraussetzungen.

*Schramm:* Noch mal eine Frage an den Ethiker und auch den Beobachter, zum Beispiel der Dresdner Szene. Wir haben Pegida und andere Demonstrationen erlebt, die Auseinandersetzungen, die Hilflosigkeit, die Sprachlosigkeit, aber auch die aufbrechenden Hilfsaktionen der Andersdenkenden, das Miteinander-Ins-Gespräch-Kommen, all das. Trotzdem gibt es so viele Menschen in Sachsen, die sich relativ zurückhalten in diesen Fragen und eher abwarten, was die Anderen machen. Warum fällt es Bürgern in unserem Land so relativ schwer, sich aktuellen politischen Tagesfragen zuzuwenden, sich zu Wort zu melden, sich einzumischen? Es herrscht eher

Zurückhaltung, was man eigentlich nicht denken sollte, wenn man an die friedliche Revolution und die Dinge denkt, die wir erlebt haben, aber dieser Impuls trägt sich offensichtlich nicht unbedingt bis heute durch. Was wäre von Seiten der Ethik dazu zu sagen?

*Schwarke:* Selbst wenn es anders wünschenswert wäre, ist das Beteiligungsverhalten in dieser Hinsicht meines Erachtens ziemlich normal. Auch außerhalb Sachsens nehme ich das nicht anders wahr. Selbst bei Wahlen, bei denen die Beteiligung ja wirklich eine leichte Übung darstellt, ist die Beteiligung auch in anderen europäischen Ländern relativ gering. Das kann und muss man beklagen. Gravierender erscheint mir, dass die politischen Parteien als Kristallisationspunkte politischer Aktivität hier eine eher schwache Basis haben. Es gibt aber noch einen zweiten Aspekt. Mir ist, im Gegensatz zu meiner eigenen Studienzeit, bei meinen Studierenden eine Zeit lang immer aufgefallen, dass sie bei ethischen Fragen sehr schnell zu der Ansicht kamen, dass jeder selbst für sich entscheiden müsse. Das Bewusstsein, das wir bestimmte Fragen eben doch, wie auch immer, gemeinsam entscheiden müssen, weil wir ja nun einmal zusammenleben, ist relativ schwach ausgeprägt. An dieser Stelle hat Ethik eine erhebliche politische Relevanz. Denn nur wenn es ein Bewusstsein dafür gibt, dass wir uns auseinandersetzen müssen, ohne Absolutheitsansprüche zu vertreten, bleibt der notwendige Zusammenhalt der Gesellschaft erhalten.

*Schramm:* Wir kommen in Sachsen aus einer relativ guten volkswirtschaftlichen Tradition, trotz aller Veränderungen natürlich. Es gibt ländliche Regionen, die noch sehr religiös geprägt sind, andere urbane Räume weniger. Jetzt haben wir die Erfahrung gemacht, dass Teile der Kirche, wie soll ich es benennen, eine Art Islamophobie entwickelt haben. Manche sehen ihren eigenen Glaubensbestand bedroht und angefochten. Ob man das jetzt nachvollziehen kann oder nicht, sei dahin gestellt. Doch woher kommt das eigentlich, heißt es möglicherweise, dass wir uns unseres eigenen Bestandes zu wenig sicher sind und damit auch Angst entwickeln? Andererseits kann man nicht von einer Bedrohung sprechen, weder von den Zahlen noch von den Realitäten her. Wie kommt es dann, dass manche keine Offenheit entwickeln, sondern sich eher abkapseln und damit natürlich auch anfechtbar werden für Entwicklungen von der Straße, die wir eher nicht gern so hätten?

*Schwarke:* Das hat meines Erachtens verschiedene Aspekte. Zunächst, gibt es ja eine relative Isolation der sächsisch-kirchlichen Verhältnisse gegenüber anderen. Das kann man daran sehen, dass die anderen Landeskirchen im evangelischen Bereich um Sachsen herum fusioniert sind, sowohl in Mitteldeutschland als auch die Lausitz mit Berlin-Brandenburg. Sachsen bleibt allein übrig. Es gibt also in diesem Sinne eine kirchliche Sondersituation, das ist das eine. Das zweite ist etwas, was ich aber bundesweit beobachte. Die kirchliche Situation an der Basis verändert sich in zweierlei Hinsicht. Zum einen haben sich die Themen verändert, die für Gemeinden zentral

sind. In meiner Jugendzeit boten die Kirchengemeinden im Osten wie im Westen Räume für politische Diskussionen, die es ansonsten so nicht gab. Das hat sich stark geändert, was man auch an denjenigen beobachten kann, die jetzt Theologie studieren. Sie haben andere Präferenzen. Religiosität wird eher als Spiritualität erfahren, aber nicht als das Politische. Zum anderen gibt es eine Entwicklung, die ich eigentlich als den problematischsten Punkt wahrnehme. Wir beobachten ja schon relativ lange eine „Milieuerengung“ der Kirche. Kerngemeinde und Kirchenbesucher entstammen ganz überwiegend einem bestimmten gesellschaftlichen Mittelsegment. Und mir scheint es so zu sein, dass unter den Bedingungen westdeutscher oder jetzt auch gesamtdeutscher Säkularisierung eher Menschen in der Kirche bleiben, die Orientierung und Sicherheit suchen. Und das scheint mir ein Grund zu sein, warum es so scheint, als ob gerade in den Kirchengemeinden sich Menschen sammeln, die ihre Sicherheit in den Kirchenmauern gegen Infragestellungen von außen verteidigen. Das ist aber kein allein sächsisches Phänomen.

*Vogel:* Eigentlich könnte unser Gespräch an dieser Stelle enden, aber ich habe trotzdem noch eine Frage – vielleicht ein bisschen provozierend. Viele Menschen, nicht zuletzt Politiker und aus meiner Sicht mehr als Menschen aus den Kirchen, berufen sich gern auf das christlich-jüdische Abendland. Gibt es das in dieser plakativen Zusammenstellung überhaupt – oder ist das nur eine rhetorische Figur? Oder berufen sich da mitunter die falschen Leute auf das Richtige? Ist es also möglicherweise eine Art Überhebung, sich auf das christlich-jüdische Abendland zu beziehen? Ist diese Begriffsverwendung zulässig aus Ihrer Sicht, wenn man damit Fragen der politischen Kultur, auch in Sachsen, angehen möchte?

*Schwarke:* Also, da muss man vielleicht unterscheiden zwischen dem, was sachlich, aus wissenschaftlicher Perspektive, angemessen ist, und dem, was man alltagspraktisch oder in politischen Kontexten sagt. Ich denke, man kommt um Begriffe nicht umhin, die einen jeweils beschriebenen Raum der Gemeinsamkeit definieren. Das kann man nennen, wie man will, aber, wenn man überhaupt irgendwas verbindend oder abgrenzend beschreiben will, wo man sagt „Hier spüre ich Andersheit“, dann benötigt man irgendeinen Begriff. Man könnte das „Abendland“ auch anders nennen, z. B. den Kulturraum, in dem perspektivisch gemalt wird, der Raum, der die Zentralperspektive erfunden hat. Das ist die letztlich alltagspraktische Verwendung eines solchen Begriffs. Fragt man aber genauer, was denn das christlich-jüdische Abendland sein soll, stellt man fest, dass es einen unglaublich hohen Prozentsatz an Gedankengut gibt, der aus der vorchristlichen Antike stammt. Da gibt es einen Teil an Gedanken, der eigentlich aus dem mittelalterlichen Islam kommt. Da gibt es einen Teil, der aus Hollywood kommt, der zwar sehr christlich geprägt ist, aber trotzdem anders als das, was man mit dem „christlichen Abendland“ wahrscheinlich verbindet. Insofern würde ich sagen: Sachlich ist die Rede vom jüdisch-christlichen Abendland problematisch. Auf der anderen Seite kann ich außerhalb Europas eben doch die Erfahrung machen,

dass die Dinge anders sind. Deshalb reisen wir ja unter anderem, um etwas Fremdes zu sehen und zu erleben. Es ist aber die Frage, wie ich wahrgenommene Unterschiede verwende, ob ich daraus Stereotypen baue. Gänzlich falsch wird es schließlich, wenn ich so tue, als gäbe es eine abgeschlossene abendländische Kultur. Dieses sogenannte jüdisch-christliche Abendland ist eine in hohem Maße synkretistische Kultur. Mit den früheren Einwanderungswellen und – das darf man nicht vergessen – auch Auswanderungswellen stellt Europa ein hoch mobiles Gebilde dar.

*Vogel:* Es hängt also von den Beteiligten ab, ob an so einer Stelle ein Diskurs beginnt – oder ganz schnell endet. Das ist wohl die Grundfrage bei der politischen Kultur – nicht nur in Sachsen. Vielen Dank, Herr Prof. Schwarke.

*Schramm:* Herzlichen Dank.



# GELASSENHEIT GEGEN HATE SPEECH

*Michael Bartsch*

*„Taz, schmutziges Lügenblatt, seine Polithetzer und ungebildeten Schmierer, pfui Teufel!“*  
*„Linksextrem, primitiv, unfähig, widerwärtig!“*  
*„So einen linksversifften ‚Journalismus‘ braucht niemand: Packt ein und bewerbt euch als Straßenfeger!“*  
*„Du linke Ratte!“*  
*„Ich kenne mittlerweile nur noch Menschen, die nordkoreanischen Propagandisten mehr glauben schenken als euch widerlichen deutschen Presstituierten.“*  
*„UNGLAUBLICH, aber mach den Kopf zu, - du stalinistisches bolscheistische Stück "SCHEISSE" !!!“*

Die Zitate stammen aus einem reichlichen Dutzend Hassmails eines einzigen Tages, die der Autor dieses Beitrags nach einem taz-Artikel über die Dresdner „Hochzeit“ von AfD und Pegida am 9. Mai 2017 erhielt. Offenbar fühlten sich einige Anhänger zu genau getroffen. In dem Journalistenstück „Zuerst die gute Nachricht“ an der Bürgerbühne des Dresdner Staatsschauspiels, das bis Mai 2017 lief, spielten verbale und physische Attacken auf Journalisten ebenso eine Rolle. Als Mitspieler behauptete ich dort, nach anfänglicher Betroffenheit gegen „Lügenpresse“-Vorwürfe mittlerweile immun zu sein. Aber zu denken geben müsse uns der Vertrauensverlust und der angestaute Hass nach wie vor.

Nun denken die Medienmacher vom lokaljournalistischen Fußvolk bis hinauf in die Spitzenetagen der Konzernhochhäuser schon mindestens zweieinhalb Jahre verstärkt über eine tatsächliche oder herbeigebrüllte Vertrauenskrise nach. Nicht allein wegen

des simplen markttaktischen Kalküls, dass man nicht dauerhaft an den Konsumenten vorbei produzieren könne – niemand lässt sich für eine Arbeit, die er für wichtig hält, gern beschimpfen. Und Journalisten, die sich in einem Wächteramt sehen, beanspruchen für sich selbst zumindest im Qualitätsjournalismus eine hohe ethische Position. Wer nur seinen Job macht und dabei gar in Zynismus verfällt, verspielt in der Tat seine Glaubwürdigkeit. Die Informationsfreiheit des Bürgers wie auch die Pressefreiheit der Medienmacher garantiert nicht nur der Grundgesetzartikel fünf, die Wahrnehmung dieser Grundrechte ist auch eine diskursive Kulturleistung hochentwickelter und damit hochdifferenzierter Gesellschaften.

Journalisten waren schon immer wie kaum eine andere Berufsgruppe Objekt ihrer öffentlichen Beobachtung (auch der Selbstkontrolle). Ein Ansehensverlust wird durch Studien gar nicht alarmierend nachgewiesen. Aber der gefühlte Schwund ist kein Phänomen, das allein mit der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft durch soziale Spaltung, Chauvinismus, Angst vor Fremden oder durch die real eintreffenden Flüchtlinge ausgelöst worden wäre. Bei einer Betrachtung des Imagewandels der Medien muss stets sowohl die Seite der Macher als auch das Rezeptionsverhalten der Leser und Hörer und Zuschauer berücksichtigt werden. Die politischen Rahmenbedingungen spielen ebenfalls eine entscheidende Rolle.

Heutige Vorwürfe subjektiver und verzerrter Berichterstattung treffen eher auf die Zeit nach dem Aufkommen der ersten Gazetten im 17. Jahrhundert zu. Spätestens ab Mitte des 19. Jahrhunderts, als mit den „48ern“ das Bemühen um Objektivität zu dominieren begann, können Journalisten gelegentlich sogar als Pioniere der Wahrheit gelten. Dass sie dafür verfolgt und mit Zensur belegt wurden, lässt einige bis heute als Helden erscheinen. Interessanterweise prangert niemand von denen, die eine vermeintliche „Systempresse“ bei uns verächtlich machen, die gravierenden Verletzungen der Pressefreiheit in Ländern mit scheindemokratischen autoritären Regimen an. Dabei liegt unbestreitbar klar auf der Hand, wie mit dem Aufkommen der Massenmedien vor rund 100 Jahren diese von den Mächtigen auch instrumentalisiert wurden und sich Journalisten geradezu prostituierten.

Meine Jugenderinnerungen können nicht trügen, welch hohes Ansehen guter Journalismus noch bis in die siebziger Jahre hinein genoss. In meiner Thüringer Heimat, also im Sendebereich des Westfernsehens, verdrängte beispielsweise Werner Höfers „Internationaler Frühschoppen“ oft sogar die eigentlich zum Sonntagsmittagsmahl obligatorische Klassische Musik. Sechs Journalisten aus vier oder fünf Ländern beeindruckten ähnlich wie bei den heutigen „Phoenix“-Runden ebenso mit Detailwissen wie mit der Fähigkeit, Erscheinungen in komplexe Zusammenhänge zu stellen. Ganz anders waren die Verhältnisse natürlich in der DDR.

Das sind nicht nur Erinnerungen an eine vermeintlich goldene, vom Geist der Verfassungspatrioten nach 1945 geprägte Zeit mit einem überschaubaren Medienangebot. Es gibt diesen Journalismus nach wie vor, und dass die Straße und ihre Leserbriefschreiber gerade gegen ihn ihre Galle verspritzen, zertifiziert ihn auf den ersten Blick als qualitativvoll (für mich ein Indiz, etwas richtig gemacht zu haben). Tragisch ist eher,

dass er in den Sog tatsächlich kritikwürdiger Erscheinungen geraten ist. Umfragen, die schon vor 20 Jahren das Image der Medienberufe ähnlich dürrig bewerteten wie das von Politikern, Gewerkschaftern oder Managern, fragten allgemein nach „Journalisten“ und differenzierten nicht nach Medien. Nicht erst seit „Lügenpresse“-Rufen und Hate Speech forschen Journalisten selbst nach den Ursachen des Akzeptanzverlustes ihrer Arbeit. Schon 2008 hat sich zum Beispiel das NDR-Medienmagazin „Zapp“ damit befasst.

Sinkendes Vertrauen in die traditionellen Medien ist zum Teil hausgemacht, zum Teil der Konkurrenz des allmächtigen Internets und schließlich neuen Trends in der gesellschaftlich-politischen Partizipation einschließlich Nichtteilnahme geschuldet. Dieses Schicksal teilen speziell Politik-Journalisten mit Politikern in der Demokratie. Wegen ihrer erforderlichen Nähe zu den gewählten (!) Verantwortlichen gelten auch sie als „denen da oben“ zugehörig, als Teil des Establishments. Tragikomische Verschwörungstheorien kursieren sogar unter befreundeten Akademikern. In deren Vorstellung kontrolliere Kanzlerin Angela Merkel die täglichen Redaktionssitzungen persönlich, und über geheime Finanzströme hat der Staat alles in der Hand. Die DDR lässt grüßen.

Was tatsächlich zur Selbstdemontage beigetragen hat, kommt meist nicht zur Sprache. Mit dem Einzug des Privatfunks im dualen System der elektronischen Medien hielt auch dort ein mit Geschmacksverstärkern durchsetzter Häppchen-Journalismus Einzug, wie er aus einigen Printmedien schon länger geläufig war. Auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten gerieten in den Sog der sogenannten Eins-Dreißig-Formate (eine Minute dreißig Sekunden). Der Mitteldeutsche Rundfunk beispielsweise emanzipiert sich erst seit einigen Jahren mit einem gestiegenen Wortanteil wieder davon. Interessant an dieser Boulevardisierung ist die Begründung von Chefredakteuren und Ressortleitern, dass man dem Volk gefälligst aufs Maul zu schauen habe. „Unsere Hörer wollen eine einfache Sprache“ oder „Unsere Leser verstehen das sonst nicht“, hieß es stereotyp. In der Sozialarbeit würde man das ein niedrigschwelliges Angebot nennen, um den schlichteren Rezipienten entgegenzukommen. Ich wage nicht zu entscheiden, ob man mit diesem Niveaudumping „den Leser“ unterfordert, denn das Bild der Konsumenten ist zu uneinheitlich. Fakt ist aber, dass man damit weniger Publikum erreicht. Auch die „Bild“-Zeitung verliert kontinuierlich an Auflage, während der MDR beispielsweise seine ohnehin dominierenden Marktanteile stabil hält. Als Optimist würde ich darin ein Indiz für ein sich hartnäckig haltendes kulturelles Mindestniveau erkennen wollen, eine gewisse Resilienz auch im Bevölkerungsdurchschnitt.

Eine der wirklichen Gefahren für den Qualitätsjournalismus wird von den Schmähern gar nicht wahrgenommen. Die großen Medienkonzerne sind eben gerade nicht staatlich alimentiert, sondern knallhart gewinnorientierte Unternehmen. „Es geht bei aller öffentlichen Jammerei über Zeitungskrisen nur darum, ob die Rendite ein- oder zweistellig ausfällt“, gab Sergej Lochthofen als langjähriger ehemaliger Chefredakteur der „Thüringer Allgemeinen“ einmal in einer Mediendiskussion zum Besten. Wie überall greift die Rationalisierung, werden Stellen gestrichen, Ressorts zusammengelegt.

In weniger Zeit muss mehr geschafft werden, gründliche Hintergrundrecherche leidet darunter. Auch die auf den ersten Blick so üppig ausgestatteten gebührenfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen stöhnen unter Kostendruck.

Rationalisierung bleibt ein kritischer Abwägungsprozess, denn auch die Qualitätsmedien können sich die Grundlagen ihres Erfolges selbst entziehen. Den Preis zahlen meist die hochmotivierten Freien Mitarbeiter. „Wir sind alle erpressbar, weil wir unser Niveau halten wollen und das der Zeitung auch“, heißt es in dem erwähnten Dresdner Bühnenstück. Vor einigen Jahren hatte der Deutsche Journalistenverband einen Tarif ausgehandelt, nach dem auch die Freien z. B. bei den auflagenschwachen „Dresdner Neuesten Nachrichten“ ein Zeilenhonorar von 70 Cent hätten bekommen müssen. Stattdessen gab es eine Absenkung von 35 auf 30 Cent. Was dann herauskommt, liegt deutlich unter dem Mindestlohn. Aus Solidarität und aus Leidenschaft verzichteten damals die freien Mitarbeiter des Kulturteils der „DNN“ auf eine Rebellion und blieben dem Blatt treu.

Auch das Outsourcing von Lokalredaktionen, das im Jahr 2000 bei der „Sächsischen Zeitung“ einen wochenlangen Streik auslöste, vergrößert eine Abhängigkeit, die von „Lügenpresse“-Rufern ebenfalls nicht erwähnt wird. Der Einfluss der Wirtschaft allein über das Anzeigengeschäft beeinflusst Themen und Recherchen viel stärker als jede Politik. Bei der Beurteilung lokaler Berichterstattung muss man solche Verquickungen noch ernster nehmen.

Es würde dem unterstellten Hang zur Skandalisierung Vorschub leisten, wenn Journalisten diese knapp geschilderte Problekulisse zu einer Generalkrise hochschreiben würden. Die Erfahrung seit 2014 speziell in Sachsen lehrt vielmehr Gelassenheit, ja Zuversicht. Die Brüller von der Straße und die von Aversionen getriebenen „Normalbürger“ haben eher eine aufrüttelnde Wirkung erzeugt als einen nachweisbaren akuten Imageverlust. Einigermaßen verlässliche statistische Ergebnisse lieferte Anfang 2017 eine Umfrage von *infratest dimap* im Auftrag des WDR. Verglichen mit zurückliegenden Erhebungen blieben die Vertrauenswerte für deutsche Medien weitgehend konstant. Etwa drei Viertel der Befragten glauben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen, etwa zwei Drittel den Tageszeitungen. Zum Trost sei gesagt: Dem Bundesverfassungsgericht vertrauen auch lediglich 69 Prozent, und nur die Polizei überbietet mit 88 Prozent diese Werte deutlich. Dagegen stuft nur jeder Vierte Internet-Informationen als glaubwürdig ein.

Allerdings meinen je nach Mediensparte bis zu 42 Prozent, dass die Politik den Medien Inhalte vorgebe. Nur jeder Fünfte Befragte hält den „Lügenpresse“-Vorwurf für berechtigt, mit jedoch inzwischen sinkender Tendenz. Medienskepsis ist im Osten Deutschlands immer noch stärker verbreitet als im Westen. Von allgemeinem Interesse ist die Erkenntnis der Demoskopen, dass der Meinungs austausch zwar weit stärker als früher über das Internet und die so genannten sozialen Medien erfolgt, deren Rolle als seriöse Informations- und Meinungsbildungsquelle aber weit überschätzt wird.

Lautstärke, Drastik und gefühlte Empörung verzerren also die Wahrnehmung des Medienangebots. Erneut ähneln sich die Reaktionen von Politikern und Journalisten, die beide meinten, nun umso intensiver auf Bürger zugehen zu müssen. Das ist richtig, wenn beide ihre Rolle in einer offenen und pluralen Demokratie ernst nehmen. Vor al-

lem der politische Journalismus, aber auch das gesellschaftskritische Feuilleton stehen dabei vor zwei scheinbar widersprüchlichen Aufgaben. Journalisten müssen Aktionen und ihre fehlbaren Akteure kritisch überprüfen – darin gelegentlich Kriminalisten vergleichbar – sie müssen Missstände und Fehlentwicklungen aufdecken, sich also auch Feinde machen, zumindest kritische Distanz zu jenen halten können, mit denen sie persönlich durchaus freundlich umgehen. Sie spielen auf den ersten Blick also eine polarisierende Rolle. Dass sie damit eine ganze Gesellschaft spalten und deren Stabilität gefährden würden, kann nur annehmen, wer Diskurs und innere Dynamik als Basis einer vielfältigen Gesellschaft ablehnt, und lieber auf einen Führertypen hört, „der zeigt, wo es langgeht“. So paradox es klingen mag: Auch der investigative oder polemische Journalismus trägt zu gesellschaftlicher Integration bei, weil er die eigentlichen Gefährder des Zusammenhalts beim Namen nennt.

Ich mag es nicht gerade als ein Verdienst von Pegida & Co. hinstellen, aber die Anwürfe haben Kollegen herausgefordert, über dieses alte und neue Verantwortungsbewusstsein gründlicher zu reflektieren, das heißt sich über ethische und theoretische Grundpositionen der Demokratie klarer zu werden. Denn ohne eine solche Basis liefen wir tatsächlich Gefahr, unglaublich zu werden und dann in die Abhängigkeit ungewollter Herren zu geraten.

In Sachsen setzte sich Ende Februar 2016 „Zeit“-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo bei den „Dresdner Reden“ im Schauspielhaus selbstkritisch mit dem eigenen Stand auseinander. Beispielsweise mit einem sich selbst verstärkenden Hang zu Kampagnen oder mit Normierungstendenzen, die als Political Correctness missverstanden werden. Die Neigung zur Skandalisierung kann man Redakteuren eigentlich nur bedingt unterstellen, denn sie meinen ja, damit nur einem Leser- oder Zuschauerbedürfnis entgegenzukommen.

Die Gewissenserforschung findet nicht nur in den sächsischen Zeitungen coram publico statt. Herausgefordert durch die Anwürfe ist geradezu eine Lust an der Selbstoffenbarung zu konstatieren. Kurz vor Weihnachten 2016 veröffentlichte die „Sächsische Zeitung“ unter dem Titel „Journalismus in Zeiten der Trumps“ siebzehn Thesen, die der Autor Cordt Schnibben zur Verleihung des Deutschen Reporterpreises vorgetragen hatte. Man wolle mehr als nur Sprachrohr der Ängste sein, hieß es da. Schnibben bekannte sich ausdrücklich zu mehr Correctness, weil sie den humanitären Konsens unserer Gesellschaft definiere. „Wer die Werte der Mitmenschlichkeit verteidigt, ist weder ein arroganter Gutmensch noch ein moralischer Imperialist!“ Der größte Fehler der Auseinandersetzung mit Populismus sei journalistischer Populismus. Von der eigenen Branche fordert der Autor aber auch mehr Transparenz.

Und was verstecken wir angeblich? Die „Lügenpresse“-Rufer und die leisen Meckerer stellt man am wirkungsvollsten ruhig, wenn man sie zur Kenntnisnahme der tatsächlichen Vorgänge zwingt. Der MDR hat das auf spektakuläre Weise getan, als er zwei Pegidianer einen ganzen Tag lang in die Nachrichtenredaktion des Fernsehens nach Leipzig einlud. Am Abend stammelten beide verlegen und fragten sich, wie sie das Erlebte nun ihren Frauen erklären sollten.

„Wo bleibt die Wahrheit?“ fragte der Evangelische Medienverband Ende September 2016 und lud unter diesem Titel „besorgte Bürger“ und die geschmähte Presse ins Dresdner Haus an der Kreuzkirche ein. An Gesprächstischen mit maximal sechs bis acht Teilnehmern musste man sich aufeinander einlassen. Gekommen waren Bürger oberhalb des Pegida-Straßenniveaus, aber auch sie offenbarten erstaunliche Wissenslücken über redaktionelle Abläufe, journalistische Arbeitsweisen, ja sogar über die verschiedenen Genres wie Nachricht, Bericht, Feature oder Kommentar. Mit geringem argumentativem Aufwand ließ sich zumindest Einvernehmen über den beiderseitigen guten Willen herstellen. Fehler sind freilich nie auszuschließen.

Immer wieder zeigt sich bei der aktuellen Diskussion über das postfaktische Zeitalter, wie Urteile aus dem Bauch gefällt werden und überwiegend vom Gefühl bestimmt werden. Das erschwert nicht nur einen vernunftorientierten Dialog, es verhindert vor allem, dass sich die Frustrierten überhaupt einem Dialog stellen. So gut freundlicher Beifall auch tun mag, wir waren als Spieler des Bürgerbühnenstücks über wohlwollende Publikumsgespräche manchmal geradezu irritiert. Wir wollten mit unserem Stück die Leute ja ‚anpieksen‘, aber die es anging, erschienen gar nicht erst zur Vorstellung.

Wenn also die Haltungen der Frustrierten so stark emotionalisiert sind, sollten wir ihnen vielleicht auch mehr mit positiver „demokratischer Emotionalität“ begegnen. Intelligente und originelle Herausforderung kann dazu beitragen. Am 3. Mai, dem internationalen Tag der Pressefreiheit, erschienen beispielsweise die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ mit einem nahezu leeren Titelblatt und einem kontrastierend gehaltvollen Essay zur Pressefreiheit. In der Bürgerbühne spielten wir mit der Fiktion einer vierwöchigen Sendepause, einer Art Generalstreik der Medien.

Die größte Gefahr für den Journalismus aber lauert in den Fake News, den ‚alternativen Fakten‘, in der Verneinung zumindest einer möglichen Approximation an Tatbestände (nicht einmal das Bemühen um Erkenntnis und eine Annäherung an Objektivität wird noch anerkannt). Die Überforderung des Einzelnen durch eine komplexe und vernetzte Welt weckt die Sehnsucht nach „einfachen Wahrheiten“. Ob es sich dabei überhaupt um Wahrheiten, also objektivierbare Fakten handelt, ist vielen Bürgern nicht einmal wichtig. Deshalb gilt auch der Journalismus nichts mehr, zu dessen Handwerk die Multiperspektive gehört. Wahr ist, was man glauben will, weil es die Überforderung durch Freiheit abbaut. Der Kantsche Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, erfordert Anstrengung. Die meisten fühlen sich dieser Forderung nicht gewachsen, lehrt die Erfahrung mit der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung.

Autokraten und potenzielle Diktatoren, die Scheinlösungen schmackhaft servieren, haben folglich weltweit Zulauf. Sie sind es wiederum, die Journalisten konkret bedrohen und Gleichschaltung anstreben – bei erschreckend geringer Gegenwehr derer, die angeblich umfassend informiert werden möchten. Nicht von ungefähr wettet die AfD gegen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, weil hier mit den Gebühren aller auch die Äußerung einzelner Andersdenkender finanziert werden. Aber gerade das muss eine Demokratie ermöglichen.

Wir können hierzulande gar nicht vehement genug darauf hinweisen, welche intakte und vielfältige Medienlandschaft wir genießen. Die Vorstellung amüsiert, wogegen die Putin-Verehrer und Orban-Fans von Pegida protestieren würden, müssten sie tatsächlich bei den Erben der Sowjets oder in Ungarn leben.

Weniger der Nachrichtenjournalismus als vielmehr der analytische und systematisierende Journalismus hat die wesentliche Aufgabe, die Kapitulation von immer mehr Menschen vor den überfordernden Problemen der Welt und ihre Flucht ins Postfaktische zu verhindern. Es ist dabei überhaupt nicht zu leugnen, dass die Relevanz- und Echtheitsprüfung, die Selektion und Verarbeitung der Informationsfülle auch uns Journalisten überfordern kann. Stabile Argumente erfordern nach wie vor Recherche aus erster Hand, aber gerade die Wirklichkeit ertragen viele unserer Leser, Hörer und Zuschauer am schwersten.

So geht es auch Politikern. Der Bautzener Oberbürgermeister Alexander Ahrens (SPD) leistete ungewollt den Pegida-Brüllern Vorschub, als er für die Stadtverwaltung alle Abonnements der „Sächsischen Zeitung“ kündigte – eine Reaktion auf die ihm unangenehme Berichterstattung (einschließlich eigener Zitate) über den Verkauf der Bautzener Stadthalle. Konkrete Versäumnisse und Fehler werden Journalisten heute nicht häufiger als früher nachgewiesen. Und dann griff schon immer das Presserecht. Wohl auch deshalb haben die zitierten Attacken wie auch die Selbstreflexionen des Journalismus zu keiner Branchenrevolution geführt. „So falsch ist das nicht, was und wie wir es machen“, ließe sich aus meiner Sicht resümieren. Die Sudeleien im Namen des deutschen Anstandes und die Tätlichkeiten gegenüber Journalisten haben unser Selbstbewusstsein eher gestärkt ... Nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte gerieren sich Hetzer und Neurotiker als Verfolgte. Dabei können sie Informationen ihrer Wunschfarbe bei „Compact“ oder in der „Jungen Freiheit“ lesen!

Auch bei Spitzenpolitikern setzt sich nach vielen gescheiterten Dialogversuchen mittlerweile die Erkenntnis durch, dass man nicht alle Bürger erreichen kann. Mir geht es ebenso. Ich habe mich nach meinem Umstieg in den neuen Wunschberuf Ende 1989 nur schwer an ein partielles Scheitern gewöhnen können – so stark war die Illusion, dass Aufklärungs- und Emanzipationswillen des Menschen nicht zu bändigen seien. Keine Illusion aber ist, dass der weltweite Vormarsch der Gegenaufklärung auf dem Weg zurück ins Mittelalter bereits den Keim einer Renaissance in sich trägt. Sogar in den „trumpisierten“ Vereinigten Staaten erleben Qualitätsmedien plötzlich einen Boom. Zuletzt also die gute Nachricht: Vielleicht steckt hinter dem Lügenpresse-Ge-mecker ein verborgener Wunsch, nämlich eine latente Erwartungshaltung an die unverzichtbaren Medien.





# POLITISCHE UNKULTUR IN SACHSEN

## Anthropologische Erklärungsversuche

*Dr. Felix Ringel*

Um sich der politischen Kultur in Sachsen aus anthropologischer Sicht zu nähern, müsste man eigentlich das machen, was Anthropologen in ihrer Forschung tun: das Phänomen längere Zeit vor Ort studieren, mit eben jenen Menschen, die eine bestimmte politische Kultur haben. Für ein ganzes Bundesland wäre ein solches Unterfangen schon logistisch unmöglich; zudem fällt es schwer, sich den zentralen Begriffen methodisch eindeutig zu nähern. Es wird in Sachsen wohl auch mehrere unterschiedliche Politik-Kulturen geben. Als Sozialanthropologe habe ich zwar 16 Monate Feldforschung in Hoyerswerda im sächsischen Nordosten durchgeführt, und als Enkel bin ich mein ganzes Leben schon immer wieder Gast im sächsischen Vogtland, doch auch das reicht nicht dazu aus, empirisch fundierte Rückschlüsse auf die politische Kultur in Sachsen zu erstellen. Deswegen kann ich hier nur das anbieten, was Anthropologen als einen ebenso wichtigen Teil ihrer Arbeit verstehen: grundsätzlich über den Menschen nachzudenken.

Den Initiatoren dieses Bandes geht es ja im eigentlichen Sinne auch nicht um die politische Kultur in Sachsen, sondern um die entsprechende Unkultur. Auch wenn ich dazu nicht empirisch etwas beitragen kann, so denke ich doch, dass eine anthropologische Perspektive auf dieses Problem hilfreich ist. Denn schon wie wir die Pe-, Le- und anderen Gida-Bewegungen als „Problem“ verstehen, birgt seine eigenen Probleme. Sich dem unwahren Bild eines generell fremdenfeindlichen Sachsens mit der idealisierten Idee eines wahren, weltoffenen Sachsens entgegenzusetzen wiederum kreiert anthropologisches Unbehagen. Denn für einen Sozialanthropologen gibt es ein „Sachsen an sich“ nicht. Zur politischen Kultur sollte es in eben jenem Sinne gehören,

Essentialisierendes („das Christentum“, „der Islam“, „die Sachsen“, „unsere Kultur“) aus den politischen Debatten herauszuhalten. Emotional aufgeladene Kulturdebatten helfen nicht weiter; vielmehr sollte man sich den politisch-ökonomischen Bedingungen der Gegenwart und den oft prekären Zukunftserwartungen der in Sachsen lebenden Menschen widmen.

Ich werde im Folgenden kurz auf die zentralen Begriffe des Themas eingehen: Politik, Kultur, Sachsen. Anhand der anthropologischen Kritik dieser Begriffe verdeutliche ich, wie ein Sozialanthropologe die entsprechenden Phänomene von einer gegenwartszentrierten Perspektive und nicht aus angenommenen Kausalketten von der Vergangenheit her analysieren würde. Zuletzt werde ich aus dem dargelegten Argument praktische Anweisungen für die ableiten, die sich in ihrem professionellen Alltag mit Politik, Kultur oder beidem in Sachsen befassen.

## Politik

Eines der Vorurteile, die ich oben angesprochen habe, wird gerne nicht nur gegen die Sachsen, sondern gegen ganz Ostdeutschland ins Feld geführt. Üblicherweise wird es in einem Satz wie „In der Zone muss Demokratie erst noch gelernt werden“ zusammengefasst. Mit diesem Satz wird gemeint, dass Menschen, die zu DDR-Zeiten aufwuchsen, seit der Wende noch keine mündigen Bürger geworden sind und seither die als westdeutsch verstandenen Institutionen der politischen Willensbildung und Einflussnahme nicht richtig zu nutzen wissen. Vielen Ostdeutschen wird so aufgrund ihrer Herkunft und Vergangenheit vorgeworfen, ganz tief im Inneren noch insgeheim Anhänger nicht-demokratischer Gesellschaftssysteme zu sein. Vom ehemals vermeintlich autoritär erzogenen Sozialisten wäre der Weg zum heutigen braunen Mob nicht weit.

Das Problem einer solchen Deutung der unumstritten unerfreulichen Gegenwart ist natürlich die Rolle der Vergangenheit. Man redet dann gerne von einer ‚ostdeutschen Mentalität‘ und von allen Ostdeutschen fortwährend als Opfer ihrer eigenen Vergangenheit. Dass man den Umgang mit demokratischen Institutionen erst lernen muss, ist unbestritten, und auch, dass Erfahrungen aus der staatssozialistischen Vergangenheit einen Einfluss auf die Jetzt-Zeit haben können. Aber dass eine ‚sächsische Mentalität‘ die Art erklären kann, wie in Sachsen 27 Jahre (!) nach dem Fall der Mauer Politik gemacht wird, ist anzuzweifeln. Zudem wird der basisdemokratische Charakter der Wendezeit durch ein solches Mentalitätskonstrukt völlig negiert. Dass Menschen anderer Meinung sind, muss eine Demokratie aushalten können. Wie man diese Meinung ändern kann, ist eine andere Frage. Wenn diese Meinung zudem faktisch falsch ist und eher auf Gefühlen basiert, würde ich, wäre ich Politik-Profi, eher überlegen, welche Motivationen noch hinter diesen Meinungen stecken können.

Dazu zwei Gedanken. Erstens, dass die derzeitige Unkultur kein ostdeutsches Problem ist, zeigen die AfD-Wahlergebnisse in Westdeutschland genauso wie das Abstimmungsverhalten der Briten bezüglich des Brexits, die politischen Debatten zur Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten von Amerika oder der Erfolg vieler

fremdenfeindlicher Parteien in Europa. Die immer unrealistischere Angst vor dem „Anderen“ spielt überall eine Rolle. Zweitens, das Paradox, dass diese Angst dort am größten ist, wo am wenigsten ‚Fremde‘ leben, zeigt die Widersprüchlichkeit der gestellten Forderungen. Will ich diese Widersprüche, also die oben benannte Unkultur, verstehen, helfen mentalitätsbasierte Erklärungsmuster wenig, da sie implizit von der Unveränderbarkeit dieser Zustände ausgehen. Doch auch die gegenwartsbezogene Analyse eines Sozialanthropologen kommt schnell an ihre Grenzen: denn all die Wut könnte ich anteilig nachvollziehen, wenn die wirtschaftlichen Aussichten schlecht(er) wären. Doch Deutschland und Sachsen geht es wirtschaftlich im Vergleich zu früheren Zeiten gerade sehr gut. Woher also so viel Angst, Wut und Hass?

## **Kultur**

Die letzte Frage kann man natürlich auch mit anderen Erklärungsmustern beantworten. Da ich den Begriff der Kultur, wenn man ihn wie oben als relativ homogene und stabile Mentalität einer ganzen Gruppe versteht, wissenschaftlich ablehne, versuche ich den Kontext dieser Angst anders zu fassen. Anstatt auf das theoretisch unfundierte, psychologisierende bzw. pathologisierende Mentalitätskonzept beziehe ich mich lieber auf die harten Fakten: Macht, Wirtschaft, alltägliche Lebensverhältnisse. Die eingespielte Art, wie man kollektiv Dinge tut oder nicht tut, welche der Begriff ‚Kultur‘ eigentlich beschreiben soll, kann als Produkt dessen verstanden werden, was unser Leben ganz grundsätzlich determiniert. Menschen im beginnenden 21. Jahrhundert haben insofern eine Lebensweise, die in Ostdeutschland stark von gleich mehreren Faktoren geprägt ist: Arbeitslosigkeit, Schrumpfung, fehlende Zukunftsperspektiven. Zu deren Analyse wird dabei gerne der Begriff des Post-Industrialismus verwendet.

Über mehrere Jahrzehnte hinweg und in Ostdeutschland massiv seit 1989 haben Menschen im steten, aber tiefgreifenden sozialen, ökonomischen und demographischen Wandel gelebt. Während die Blüte des Kalten Krieges trotz aller atomaren Untergangsrhetorik von wirtschaftspolitischen Sicherheiten und Wachstum geprägt war, sind die Gesellschaften des globalen Nordens seit den 70er, spätestens seit den 90er Jahren von einer Krise in die nächste gerutscht. Die Institutionen des Wohlfahrtsstaates schienen nicht mehr zu funktionieren und wurden dementsprechend von den Vertretern des Neoliberalismus durch Privatisierung, Outsourcing und stetes Kaputt-Reformieren langsam abgeschafft oder unterminiert. Die daraus resultierenden veränderten Arbeits- und Nichtarbeitsverhältnisse haben auf die Leben der Menschen, ihre Erwartungen, Gefühle und Beziehungen, einen direkten Einfluss. Prekarität und fehlende Zukunftsperspektiven sind zu Schlagwörtern des frühen 21. Jahrhunderts geworden.

In Hoyerswerda habe ich genau diese Konfrontation mit dem Verlust der Zukunft beobachten und analysieren können. Die Hoyerswerdaer waren ständig mit der Frage nach der Zukunft ihrer Stadt und ihrer vielen Vereine und Institutionen sowie ihrer Lebensqualität beschäftigt. Obwohl Hoyerswerda immer als Stadt ohne Zukunft beschrieben wird, haben es ihre Bürger im steten Ringen um- und miteinander geschafft, sich und ihrer

Heimat immer wieder neue Zuversichten, Zukünfte und Sicherheiten zu geben und deren städtische Infrastruktur in weiten Teilen langfristig zu erhalten. Doch das gelingt nach der seit 2008 anhaltenden Wirtschaftskrise und folgender weltweiter Austerität nicht jedem. Man spricht dabei derzeit oft von den sogenannten ‚Opfern der Globalisierung‘.

Obwohl das Wort ‚Opfer‘ hier unangebracht ist, da es den so beschriebenen Personen jedwede Handlungsmacht abspricht, kann man die Menschen gerade bei diesen trotz aller positiven Wirtschaftsdaten doch berechtigten Ängsten abholen. Dafür muss man ihnen weder eine faschistische Unkultur noch eine unveränderliche Mentalität andichten, und kann ihre Meinung dennoch effektiv kritisieren und ihnen die Haltlosigkeit ihrer Ängste aufzeigen. Dabei versteht man diese Ängste als Anzeichen andauernder Prekarisierung und struktureller Ungerechtigkeit – was sie und das aus ihnen abgeleitete Verhalten in keiner Weise legitimiert.

## Sachsen

Beim Nachdenken über die politische Unkultur Sachsens geht es den Medien, der Wissenschaft und den politisch Verantwortlichen also um die Frage nach der Motivation, die hinter den erschreckend vielen und noch immer zunehmenden fremdenfeindlichen Taten und Äußerungen stehen. Es geht um das Verständnis von Praktiken, die oft irrational (Fremdenangst ohne Fremde), widersprüchlich („Wir haben ja nichts gegen Flüchtlinge, aber...“) oder rein emotional fundiert sind. Nachdem ich versucht habe, die Erklärungsmuster von der kulturalistischen oder mentalitätsbasierten Betrachtung zu lösen und neu zu kontextualisieren, möchte ich nun abschließend über einen anderen Zugang zur Zukunft nachdenken. Denn die Frage ist natürlich, was man den dystopischen Untergangsszenarien an realistischen Zukunftsbildern entgegensetzen kann.

Wie oben angedeutet, ist die Zukunft in post-industriellen Gesellschaften generell auf ganz spezifische Art und Weise zum Problem geworden. Man weiß einfach nicht mehr ganz genau, wohin die Reise geht – schon gar nicht, wenn schon wieder eine neue Krise ausgemacht und von selbsternannten Protestparteien bis zur letztmöglichen Wählerstimme ausgeschlachtet wurde. Die Gründe für dieses fehlende Wissen werden wiederum beliebig mit Referenzen zur andauernden Globalisierung, voranschreitenden Beschleunigung und zunehmenden Komplexität unserer Welt erklärt. Genauso gut könnte man wieder in den bewusst herbeigeführten politisch-ökonomischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte Ursachen ausmachen.

Jedenfalls führt dieses Zukunftsvakuum dazu, dass jedes dahergelaufene Horrorszenario, jede noch so unfundierte Angst und unbegründete Furcht sich schnell mit berechtigten Sorgen und Problemen mischt. Diese undifferenzierte emotionale Gemengelage mit Fakten zu widerlegen, hat meist nicht mehr den gewünschten Effekt. Wie kann man also noch neue Sicherheiten schaffen? Wie kann man den aufgebracht Menschen ihre Ängste nehmen? Die Mittel sind vielfältig – man muss sie jedoch kontinuierlich und geradlinig nutzen. Darin besteht oft das Problem, worauf ich gleich noch eingehen werde. Zudem ergibt sich ein logisches Paradox.

Das Paradox negativer Zukunftsvisionen besteht darin, dass man alles Mögliche in die Zukunft projizieren kann, ohne dass man dafür zur Verantwortung gezogen wird. Denn das Ausbleiben der prophezeiten Schrecken kann man als Mahner stets für sich beanspruchen: nur durch das vorherige Intervenieren ist es nicht so schlimm gekommen. Je drastischer die Prophezeiung, umso höher die Wahrscheinlichkeit, für deren Ausbleiben die Lorbeeren einfordern zu können. Sollte man sich auf derartige Debatten einlassen? Dagegen gilt es, radikal andere Zukunftsvisionen und -optionen zu verdeutlichen. Klare Angaben, klare Pläne, klare Strukturen, klare Zusagen. Bauliche, soziale und politische Infrastrukturen und Institutionen erhalten. Der politische Diskurs muss nicht weiter aufgeladen werden. Vielmehr sollte er wieder konsequent partizipativ, konstruktiv und lösungsorientiert sein. Er sollte ohne kulturelle Vorurteile und Abstriche beim Grund- und Völkerrecht auskommen und auf Prinzipien von Solidarität und Menschlichkeit basieren.

Um wieder zur oben beschriebenen Einbettung unserer Gegenwart zurückzukommen: In unseren post-industriellen Zeiten geht es also darum, sich die Zukunft wieder so detailliert wie möglich anzueignen. In der Sozialanthropologie bezeichnen wir das als die ‚Kolonisierung der nahen Zukunft‘. Dieser, wie ich in Hoyerswerda erfahren durfte, komplexe und langwierige Prozess sollte dabei so spezifisch wie möglich sein: Die in einem politischen Kontext versammelten Bürger (Deutschland, Sachsen, Landkreis, Stadt, Dorf und/oder Gemeinde) sollen sich genau fragen, was das eigentliche Problem ist und wie man es konkret in naher Zukunft lösen kann. So lässt sich die Zukunft Sachsens in einer, wenn man so will, kultivierteren Weise gestalten. Miteinander statt gegeneinander. Gerade diese pragmatische Debatte wird jedoch oft gescheut. Deswegen mein Verweis darauf, dass man sich stringent auf die Gesetze und staatlichen Institutionen bezieht, die unser Gemeinwesen begründen.

## **Abschluss: Zurück in die Zukunft**

Für einen Sozialanthropologen zählen die konkreten sozialen Zusammenhänge, Praktiken und Ideen, die gemeinschaftliches Leben Tag für Tag ausmachen. Die Krise in der politischen Kultur Deutschlands wird derzeit nicht zwischen den Politikern und ihren lautstark protestierenden Gegnern ausgetragen; nein, der Riss geht durch die ganze Gesellschaft und macht auch vor vielen Familien nicht halt. Das Gemeinwesen steht in Frage, weil die Diskurse über dessen Zukunft von Ängsten und Beschuldigungen geprägt sind. Den falschen Essentialisierungen der einen Seite sollten dabei nicht falsche Essentialisierungen der Gegenseite entgegengehalten werden. Die Debatte muss wieder an Geradlinigkeit gewinnen und auf die konkreten Konflikte und Sorgen des alltäglichen Miteinanders eingehen.

In diesem Miteinander geht es heutzutage viel um Zukunftsängste. Wer auch immer die politische Kultur in Sachsen besser machen möchte, muss sich diesen Ängsten widmen und sie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch überwinden. Das kann einerseits schon mit einer veränderten Sicht auf die gemeinsame Gegenwart

geschehen. Andererseits müssen wieder verlässliche Sicherheiten geschaffen werden. Diese sind nicht nur politisch-ökonomischer, sondern eben auch sozialer Natur. Aus sozialanthropologischer Perspektive geht es dabei weniger um die kulturelle Integration der Flüchtlinge, als um die sozial-emotionale Integration der Menschen, die sich durch die Flüchtlinge fahrlässigerweise bedroht fühlen. Unsere Gesetze und Institutionen ermöglichen das sowieso. Jetzt muss noch die Debatte sowohl in den Medien und politischen Foren als auch in den einzelnen Vereinen, Familien und Gemeinwesen wieder konstruktiv und mit einem wachen Blick auf die Zukunft geführt werden.

# RECHTSPOPULISTISCHE ENTRIEGELUNGEN

## Ostdeutsche Sinnverluste und Überlagerungserfahrungen im deutschen Einigungsprozess\*

*Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg*

### I. Eliten-Forschung und Eliten-Feindschaft

Der Sächsische Kultursenat hatte sich im Rahmen einer Diskussion über die Förderung spezieller Begabungen durch herausgehobene Schulformen bereits mit der Funktion von Eliten in der heutigen deutschen Gesellschaft befasst.<sup>1</sup> Durch die in Meißen ersonnenen und in Dresden zuerst realisierten „Spaziergänge“ der „Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)“ bekam das Thema durch den damit verbundenen Protest gegen politische oder journalistische „Eliten“ bald jedoch eine neue Brisanz. Betroffen sind dadurch auch die großen Kulturinstitutionen, auf die viele stolz sind, selbst wenn sie diese gar nicht besuchen (können). Aber in dem Maße, in dem etwa die Semperoper, das Staatsschauspiel oder die Kunstakademie auf Hassparolen wie „Volksverräter“, „Lügenpresse“, „Widerstand“ oder „Merkel muss weg“ demonstrativ mit Mahnungen an „Weltoffenheit“ und Toleranz antworteten, wurden sie selbst zu Objekten der Feindsetzung.

Der in diesem Beitrag in den Mittelpunkt gestellte Aspekt der „Wende“-Enttäuschung als *ein* Motiv für manche zumindest stille Sympathie, mehr noch aber für eine Unterstützung und wiederholte Teilnahme an Pegida-Demonstrationen meint nicht, dass dies die einzige Verursachung der fast unerklärlich erscheinenden anfänglichen Zunahme der Beteiligung an diesen „Spaziergängen“ sei, zumal es sich bei dem Zulauf zu rechtspopulistischen Bewegungen um gleichgerichtete „anti-politische“ Tendenzen handelt, die sich schon seit einem Vierteljahrhundert bemerkbar machen.<sup>2</sup> Aber bei Teilnehmerzahlen von einigen Tausend waren viele der ‚Mitlaufenden‘ durch

seit 1990 gemachte Erfahrungen motiviert. Auch gab es eine Selbstlegitimierung durch den Rückgriff auf die Friedliche Revolution von 1989 (häufig hörte man: „1989 musste ich auf die Straße gehen. Und heute muss ich es wieder tun!“). Dieser Zusammenhang zeigte sich auch in den von Frank Richter in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung organisierten Fishbowl-Diskussionen, ebenso in anderen öffentlichen Veranstaltungen wie der Podiumsdiskussion der Philosophischen Fakultät der TU Dresden am 15. März 2015 im Kleinen Haus des Staatsschauspiels oder dem (von Franziska Kunz, Tino Schlinzig und mir in Kooperation mit den Staatlichen Kunstsammlungen organisierte) Public-Sociology-Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 30. November 2015 in der Kapelle des Dresdner Residenzschlosses: Nie sprachen dort jene, die sich zu Pegida oder der „Notwendigkeit“, dahin zu gehen, bekannten, vom Islam, wohl aber von frustrierenden Erlebnissen und Erfahrungen während und seit der „Wende“ oder von ihren persönlichen Bedrohtheitsgefühlen, von Identitätsverlust und Ängsten vor der Zukunft. Dieser Aspekt blieb m. E. in den meisten Deutungen unberücksichtigt, zumindest unterbewertet.

## II. Pegida auf der „Bühne“ Dresden

Wahrlich bedrohliche weltpolitische Ereignisse und Krisenzuspitzungen wurden durch Pegida in die scheinbar beschauliche Provinz gespült und somit auch nach Dresden, das in der Gewissheit seiner „Schönheit“ eine Stadt ist, die ‚kein Außen braucht‘.<sup>3</sup> Die gerade hier sprunghaft zunehmenden und zeitweise relativ stabilen Proteste der Pegida-„Spaziergänger“ wurden oft als bloß regional-lokales Ereignis gedeutet, d. h. als ostdeutsche oder vielleicht nur sächsische, jedenfalls immer mit Dresden verbundene Pathologie, als unbegreifliche Explosion der Ablehnung der parlamentarischen Ordnung, die erst 25 Jahre zuvor eingeführt worden war. Von vielen lange schon ersehnt, wurde die alt-neue Staatsform mit großen Hoffnungen begrüßt. Die zur Bewegung noch nicht gewordene, jedoch relativ ausstrahlende und weltweit (allerdings vergleichbar schwache) Nachahmung findende Zusammenballung von frustrierten, resignierten, teilweise aggressiven, jedenfalls Orientierung und eine gemeinschaftliche Stabilisierung oder Sinn suchenden Menschen belegt, dass der Prozess der (Wieder-[?])Vereinigung nicht umstandslos als Zusammenwachsen dessen, „was zusammen gehört“ erlebt wurde, wie Willy Brandt das in der Euphorie des geschichtlichen Augenblicks gültig zusammengefasst hat, noch nicht ahnend, wie viele Gefühle der Nichtzusammengehörigkeit in Ost (und West!) noch entstehen sollten.

In den Aufzügen der Abendland-Verteidiger wurde bald klar, dass hier unterschiedlichste Formen des Unbehagens einen „Ausdruck“ gesucht und gefunden hatten. Daraus formte sich ein unbestimmtes Gemeinschaftsgefühl für die Einen und korrespondierend ein Bedrohungsgefühl für die Anderen. Anfangs glaubte man, nur Neonazis vermuten zu dürfen (deren Aufmärsche am Gedenktag an die Zerstörung des Dresdner Stadtzentrums am 13. Februar bereits eingespielt waren).<sup>4</sup> Später glaubten manche Beobachter nur noch „ganz normale Bürger“ oder jenseits der „rechtsnational und



xenophobisch“ eingestellten Demonstranten nur „Gutwillige“ zu sehen, also die angenommenen Repräsentanten jener „Mitte“, die alle Parteien politisch für sich zu reklamieren versuchen. Beides war jedoch falsch.

### III. „Wende“-Chancen und -Zumutungen

Jenseits des Organisationsteams und entschiedener Repräsentanten etwa der „Identitären“, von Neonazis, Hooligans etc. rekrutierten sich in der Hochphase der Proteste die Resonanz- und Verstärkungsgruppen aus prekär Beschäftigten bis hin zu krisenbedrohten Kleinunternehmern, vor allem jedoch aus Menschen, die sich im Prozess der Wiedervereinigung bis heute als Verlierer fühlen und glaubten, nun endlich eine Plattform gefunden zu haben, um ihr Schicksal zeigen und ihre Enttäuschungen artikulieren zu können. Hier findet man noch in den heutigen Zusammenkünften der verzweifeltsten Anhänger „gemeinschaftlich“ Bestätigungen für ressentimentale Deutungen der Lage, werden vereinfachende Muster zum Verständnis komplizierter und ambivalenter Verhältnisse geboten.

Für viele der Teilnehmenden korrespondieren Gemeinschaftsverlust und Beschleunigungsschock nach 1990 mit dem Erlebnis der Auflösung alter Bindungen. An deren Stelle traten vermehrt das nun geforderte, erfolgsorientiert-individualistische Konkurrenzhandeln, häufiger jedoch eine den eigenen Alltag verlangsamende Isoliertheit, vor allem die Vereinsamung durch den seit Anfang der 1990er Jahre erlebten Verlust der einstigen, das gesamte Leben organisierenden „Arbeitsplatzgesellschaft“.<sup>5</sup>

Anders als viele Westdeutsche glaubten, war die DDR – trotz ihres chronischen Legitimationsdefizits – nicht ohne innere Unterstützung durch die Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Allerdings bildete sich bei den meisten eine ‚Halbdistanz‘ zu „ihrem“ Staat heraus, weil er allzu viele Versprechen nicht einzuhalten vermochte und die Kritik daran durch eine autoritäre Politik zum Schweigen zu bringen suchte. Auch gehörte es zu dem in den 1980er Jahren zunehmenden Kontrollverlust der Herrschenden, dass die innere Überwachung ständig intensiviert und Misstrauen zum Prinzip einer vermeintlichen Ordnungsrettung wurde (daher die Fixierung auf die Informellen Mitarbeiter der Staatssicherheit nach dem Ende der DDR). Dieser Distanz-Realismus wurde auf das neue, parlamentarische System sehr oft übertragen – *wenn auch aus anderen Gründen*.<sup>6</sup>

Die skeptische Distanz gegenüber den im ostdeutschen Transformationsprozess entstandenen Verhältnissen scheint Zwänge und Drucksituationen der Vergangenheit vergessen zu machen. Der Journalist Christoph Dieckmann schrieb dazu, dass es sich im Osten um Menschen handle, „die lieber posthum ihren schmutzigen Staat verklären, als dass sie ihr Leben wie Knüppelholz der Geschichte verfeuern“.<sup>7</sup> Allerdings schließt solche „Ostalgie“ kaum je den Wunsch nach der Rückkehr des Staatssozialismus ein, der seine Ansprüche – in resignativem Zynismus – am Ende ja auf die Selbstbeschreibung „real existierend“ heruntergeschraubt hatte. Verglichen mit dem in Westdeutschland nach 1945 jahrzehntelang zu hörenden Geschwätz wie „Das hätte

es bei Adolf [Hitler] nicht gegeben“ oder der 1918 weit überlebenden Liedstrophe „Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben“, werden vergleichbare projektive Wünsche nach der Rückkehr des „Spitzbarts“ oder von „Erich“ so gut wie nie geäußert; bei den „gelernten DDR-Bürgern“ handelt es sich wohl vor allem um eine „Trotznostalgie“.<sup>8</sup>

#### IV. (Wieder-)Vereinigung und Elitenwandel als „Überlagerung“

Es waren besonders die – den Transformationsprozess vielfältig erleichternden – Formen einer „Überlagerung“<sup>9</sup> durch die westdeutschen Institutionen und das Begleitpersonal in funktionsbedeutsamen Stellungen sowie auch neuer Eliten<sup>10</sup>, welche die nach dem Zusammenbruch der DDR gerne genossenen Vorteile mit der Hypothek eines Unterlegenheitsgefühls verbunden haben. In allen anderen, ehemals staatssozialistischen Ländern vollzog sich, was in Systemumbrüchen zumeist beobachtbar ist und auch für die Zeit nach der Niederlage Hitler-Deutschlands nach 1945 galt: In solchen Situationen gibt es unhaltbar gewordene Repräsentanten der alten Ordnung und stellvertretende Sündenböcke. Im Ganzen jedoch erweist sich die Kontinuität des Personals als entscheidend. Jedoch funktionieren Besatzungsregimes anders als dies im Falle der deutschen Wiedervereinigung zu beobachten war: Bei aller Bestimmungsvollmacht der Sieger werden die gesellschaftlichen Positionen nicht von diesen selbst besetzt. Anders im deutschen Vereinigungsprozess: Nach dem Ende des SED-Regimes gab es diese andere deutsche ‚Zwillingsgesellschaft‘, durch welche mit dem Institutionentransfer die Rekrutierung von Menschen und Wissen, von Normen und Weltdeutungen aus dem westlichen Landesteil sofort möglich war.

1989 gab es zuerst eine Phase mit dem deutlichen Willen zum Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland (teilweise beeinflusst durch die ersehnte Deutsche Mark – ohne dies gleich als „DM-Nationalismus“ abtun zu müssen<sup>11</sup>). Aber bald schon wurde das zu einem Akt westlicher Annexion uminterpretiert; das wenigstens glaubten 53 Prozent der Ostdeutschen schon im Oktober 1991 und bereits 1990 waren es 46 Prozent gewesen. Interessant übrigens und langfristige Kränkungsgefühle erzeugend war es, dass nur 10 Prozent der Ostdeutschen sich selbst als aktive Träger des Vereinigungsprozesses sahen, während 35 Prozent sich eher als „Beobachter“ fühlten, 19,5 Prozent als von diesem Prozess ausgeschlossen und 22,8 Prozent sogar als dessen „Opfer“.<sup>12</sup> Derlei Wahrnehmungen bestätigten sich vor allem auch durch einen weitgehenden Elitenwechsel, ohne dass damit die Gesamtheit der personalen Veränderungen hinreichend bezeichnet wäre. Die Umfragen haben immer wieder – fernab von den Mehrheitsmeinungen – die vermutliche Größe dieses Unzufriedenheitspotentials belegt.

Im Mai und Juni 2016 wurde das rückblickend im Mitteldeutschen Rundfunk in zwei Fernsehfilmen unter dem Titel „Wer beherrscht den Osten?“<sup>13</sup> zum Thema gemacht. Dabei wurde deutlich, dass diese Überlagerung durch westdeutsches Fachpersonal bis heute prägend ist. In der begleitenden MDR-Fernsehsendung „Fakt ist!“ am 30. Mai 2016 wurde der Zusammenhang zwischen der Frustration, die manchen zu

den öffentlichen Protesten treibt, und dieser Ungleichverteilung erörtert. Dabei wurde auch auf eine Studie der Universität Leipzig verwiesen, die der MDR und „Die Zeit“ in Auftrag gegeben hatten und die zeigte, dass in Wirtschaft, Justiz, Politik und Verwaltung, Militär und Medien in Spitzenpositionen nur 23 Prozent ehemaliger DDR-Bürgerinnen und -Bürger zu finden und deren Einfluss sogar im Schwinden sei. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung waren die Chefposten in Verwaltungen, Justiz und Gewerkschaften zu 80 bis 95 Prozent von Westdeutschen besetzt. Bei den regionalen Tageszeitungen sind alle direkt oder indirekt in den Besitz westdeutscher Medienkonzerne übergegangen, so dass nur zwei von 23 Verlagsmanagern, dagegen inzwischen doch die Hälfte der Chefredakteure einen ‚Osthintergrund‘ haben.<sup>14</sup> Ein Zuschauer drückte aus, was vor allem über das Wirken der (bereits von Hans Modrow als letztem SED-Ministerpräsidenten gegründeten) Treuhandanstalt häufig zu hören ist: „Nach der Wende profitierten natürlich die Manager, Politiker etc. und stürzten sich mit ihren Seilschaften regelrecht auf den Osten. Sie übernahmen den Osten wie eine Beute.“<sup>15</sup> Eine tief gehende Erlebnisstruktur des Elitewechsels bestätigt sich auch in einer Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin, wonach – bei Systemzusammenbrüchen kaum verwunderlich – das soziale Abstiegsrisiko sich proportional zu der vor 1989 erreichten Position verhielt: Etwa fanden nur 10 Prozent der ehemaligen Leitungskader eine gleichwertige Stellung, während es bei qualifizierten Angestellten der mittleren Ebene immerhin 62 Prozent waren.<sup>16</sup>

Gegenüber der (oft autoritär und ökonomisch ruinös erreichten) „Sicherheit“ der Lebensbedingungen im Staatssozialismus schien nun alles mit bis dahin ungewohnten Risiken verbunden, etwa angesichts der durch geringe Kapitalausstattung von Firmen im Osten nicht seltenen Insolvenzen oder Übernahmen durch andere Unternehmen mit ungewissem Ausgang für den Erhalt der Arbeitsplätze. Kein Wunder, dass der Begriff „Menschenrechte“ in den Alten Bundesländern eher mit dem verfassungsrechtlichen Schutz von Meinungs- und anderen Freiheiten verbunden wird, im Osten hingegen mit dem „Recht auf Arbeit“.<sup>17</sup> Andere Faktoren kommen hinzu, nicht zuletzt auch die Welt-sicht derer, die sich nach der Implosion der DDR als „Sinnverlierer“ fühlen<sup>18</sup>, beraubt ihrer Werte und gewohnten Welt-sicht, vor allem auch habitueller Eigenschaften, ohne dass dies immer mit einer verschlechterten materiellen Lage einhergehen müsste. Das ist der Grund dafür, dass nur noch 40 Prozent meinen, dass sich mit der wirtschaftlich durchaus zufriedenstellenden Lage gleichermaßen auch ihre damaligen Hoffnungen erfüllt hätten, während 25 Prozent dies verneinen und sich 23 Prozent ausdrücklich als „Verlierer der Wiedervereinigung“ fühlen.<sup>19</sup> Es ist dies durchaus das Potential für einen ‚Aufstand der Massen‘, wenn lange verborgen gebliebene Einstellungen und Meinungen wieder an die Oberfläche kommen, weshalb man bei Pegida immer wieder als Selbstermächtigung hört: „Man wird es ja wohl noch sagen dürfen.“<sup>20</sup>

Die Lehre, die aus alledem gezogen werden kann, ist, dass der Niedergang eines Systems für sich genommen ein neues noch nicht zu legitimieren vermag. Die hier geschilderten Verunsicherungen, Kommunikations- und Orientierungsschwierigkeiten sind Schmerzen und Sorgen einer bis in existenzielle Tiefen greifenden gesellschaftlichen

Umformung, verbunden durchaus auch mit der Verarbeitung der Vergangenheit, also „Trauerarbeit“. Für die Langzeitentwicklung wird das aber auch für das wiedervereinigte Deutschland nicht entscheidend sein.

\*\*\*

Bleibt die Frage, warum dies alles solange noch nachklingt. Nicht ohne Erstaunen muss man feststellen, dass die Zeit, die seit der deutschen Wiedervereinigung vergangen ist, nunmehr schon länger andauert als die Existenz der Weimarer Republik oder des Nazi-Reiches zusammengenommen und mehr als halb so lang wie die deutsche Teilung. Und doch hat man den Eindruck, dass sich der Zusammenbruch der DDR, die Öffnung der Mauer, die Euphorie des Beginns und manche ‚Entzauberung‘ erst vor ganz kurzer Zeit ereignet hätten. Denkt man demgegenüber an die alte Bundesrepublik, so war es dort der wirtschaftliche Aufschwung seit Mitte der 1950er Jahre, der manches aus der Vergangenheit schneller vergessen ließ. Jemand hat einmal treffend gesagt, den Westdeutschen sei es schließlich so gut gegangen, dass sie sogar Demokraten werden konnten.

\* Herzlich danke ich Martin Siebert für die Mitarbeit an der Fertigstellung dieses Textes.

- 1 Vgl. dazu auch den Bericht von Reiner Pommerin im vorliegenden Band sowie Karl-Siegbert Rehberg, Eliten in einer mobilen Welt, in: Özkan Ezli / Gisela Staupe (Hg.), Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt [Begleitbuch der Ausstellung Deutsches Hygiene-Museum 08.03.–12.10.2014], Konstanz 2014, S. 73–76. Der Begriff ist umstritten. Michael Hartmann hat unter Ausschluss von „Prestige-Eliten“ (wie z. B. Spitzensportler, Filmstars oder führende Intellektuelle) für die Bundesrepublik Deutschland etwa tausend herausgehobene Positionen in Wirtschaft, Politik, Justiz und Verwaltung, Militär, Medien, Gewerkschaften, Kirchen und NGOs als „Eliten“ bestimmt. Innerhalb dieser herausgehobenen Gruppen gibt es allerdings drei auffällige Minderheitengruppen: Die größte von ihnen sind Ausländer (und zwar nicht nur Migranten), die nur 6 Prozent der Elitepositionen bekleiden; und die „Türken als größte Ausländergruppe“ (unabhängig von ihrem Status als Ausländer oder als Deutsche mit türkischen Wurzeln) sind fast überhaupt nicht vertreten. Die zweite und dritte Minderheitengruppe sind ehemalige DDR-Bürger und ein wenig besser gestellt: Frauen. Trotz der hohen und seit den 1990er Jahren enorm gestiegenen Spitzengehälter in der Wirtschaft kommen übrigens „die Reichen“ in einer solchen funktionsorientierten Analyse von Elitepositionen kaum vor. Viele der formellen Leitungspositionen werden zwar von Reichen eingenommen oder machen reich. Aber die Kapitalbesitzer, soweit sie solche Posten nicht innehaben und gleichwohl zu den Elitegruppen gehören, sind (auch statistisch) unsichtbar. Vgl. Karl-Siegbert Rehberg, Die unsichtbare Klassengesellschaft, in: Ders. (Hg.), Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 19–38.
- 2 Vgl. dazu Karl-Siegbert Rehberg, Ressentiment-„Politik“. Pegida zwischen Provinzaufstand und Krisenwelten, in: Zeitschrift für Politik 64, 2017, S. 39–58 sowie zur Dresdner und zur sächsischen Situation auch die Beiträge von Hans Vorländer und von Hans-Peter Lühr im vorliegenden Kulturbericht.
- 3 Vgl. Karl-Siegbert Rehberg, Dresden als Raum des Imaginären. „Eigengeschichte“ und Mythenbildung als Quelle städtischer Identitätskonstruktionen, in: Mythos Dresden. Faszination und Verklärung einer Stadt, Dresdner Hefte 84, 2005, S. 88–99.
- 4 Karl-Siegbert Rehberg / Matthias Neutzner, The Dresden Frauenkirche as a Contested Symbol. The Architecture of Remembrance after War, in: Marie-Louise Stig Sørensen / Dacia Viejo-Rose (Hg.), War and Cultural Heritage. Biographies of Place, Cambridge 2015, S. 98–127.
- 5 Vgl. Karl-Siegbert Rehberg, Ost – West, in: Stephan Lessenich / Frank Nullmeier (Hg.), Deutschland – eine gesplattene Gesellschaft. Frankfurt a.M./New York 2006, S. 209–233 und zum Begriff der „arbeiterlichen Gesellschaft“: Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, bes. S. 173–208.

- 6 Mag sein, dass in den Stammländern der Reformation die lutherische „Zwei-Reiche-Lehre“ – nach welcher man unter Aufrechterhaltung seiner inneren Integrität (vielleicht sogar Gottesfurcht) „dem Kaiser gibt, was des Kaisers ist“ (Markus 12, 13 ff.) – auch im Lande des programmatischen Atheismus ihre Wirkung nicht verfehlt hat; vgl. Albrecht Göschel, Die Kunst der DDR als Dokument essentialistischer Identitätsbildung, in: Paul Kaiser/Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), Enge und Vielfalt. Auftragskunst und Kunstförderung in der DDR, Hamburg 1999, S. 555–570, hier S. 565.
- 7 Christoph Dieckmann, „Abendlicht“, in: Die Zeit v. 26.02.1993.
- 8 Vgl. Stolz auf's eigene Leben, in: Der Spiegel 27/1995, S. 40–53, hier S. 43.
- 9 Diesen Begriff prägte der im 19. Jahrhundert in Graz gelehrt habende polnische Soziologe Ludwig Gumplowicz, um die Geburt von Herrschaft aus einer Überschichtung sesshafter Gruppen durch zumeist bewaffnete (Hirten-)Nomaden zu erklären.
- 10 Vgl. Anm. 1.
- 11 Vgl. Jürgen Habermas, „Der DM-Nationalismus“, in: Die Zeit v. 30.03.1990.
- 12 Vgl. Jens Bisky, Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet, Berlin 2005, S. 118.
- 13 Ariane Riecke, Wer beherrscht den Osten? Geld – Macht – Staat, Deutschland 2016 (Zweiteilige Dokumentation des MDR, gesendet am 31.05. und 07.06.2016).
- 14 Vgl. Lars von Törne/Patrick Weber, Zeitungslandschaft Ost. Monopolistische Medienkonzentration oder pluralistischer Pressemarkt?, in: Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hg.), Kolonisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1995, S. 276–298; Lars von Törne, Mühlflenzl oder Eine westdeutsche Medienpolitik nach Gutsherrenart, in: ebd., S. 299–317 und zu Rundfunk und Fernsehen: Jannine Apsel, Vom ost-konservativen DFF zum west-konservativen MDR, in: ebd., S. 318–328.
- 15 Vgl. <http://www.mdr.de/sachsen/dresden/fakt-ist-wer-beherrscht-den-osten-reaktionen-100.html> (12.07.2016; Inhalt nicht mehr abrufbar, 27.10.2017).
- 16 Vgl. Jürgen Angelow, Entsorgt und ausgeblendet. Elitenwechsel und Meinungsführerschaft in Ostdeutschland, Potsdam 2015 sowie Wolfgang Kubiczek, Ostdeutsche Eliten im Wandel, in: Das Blättchen 19, Nr. 8, 11. April 2016.
- 17 Vgl. Gert Sommer/Jost Stellmacher, Menschenrechte und Menschenrechtsbildung. Eine psychologische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2009, S. 139.
- 18 Vgl. für Künstlerinnen und Künstler: Karl-Siegbert Rehberg, Vom Kulturfeudalismus zum Marktchaos? Funktionswandlungen der bildenden Künste nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, in: Jürgen Schweinebraden Frhr. v. Wichmann-Eichhorn (Hg.), Blick zurück im Zorn? Die Gegenwart der Vergangenheit Bd. 1, Niedenstein 1998, S. 195–223. Man kann als Sinnverlierer aber auch viele der Lehrerinnen und Lehrer und andere Gruppen nennen.
- 19 Vgl. Deutschlandfunk (2014): Jeder vierte Ostdeutsche sieht sich als Wende-Verlierer (Notiz zu den Sendungen zum Tag der Einheit am 03.10.2014): [www.deutschlandfunk.de/wiedervereinigung-jeder-vierte-ostdeutsche-sieht-sich-als.1818.dehtml?dram:article\\_id=299328](http://www.deutschlandfunk.de/wiedervereinigung-jeder-vierte-ostdeutsche-sieht-sich-als.1818.dehtml?dram:article_id=299328) (eingesehen am 27.10.2017).
- 20 Vgl. zu Pegida auch: Karl-Siegbert Rehberg, Eine einleitende Situationsbeschreibung, in: Ders. / Franziska Kunz/Tino Schlinzig (Hg.), Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld 2016, S. 15–50 (ebenso in diesem Thesen- und Überblicksbuch zur aktuellen Forschung auch die Beiträge von Roger Berger, Michael Bittner, Heinz Bude, Klaus Dörre, Joachim Fischer, Lutz M. Hagen, Jost Halfmann, Lars Geiges, Tino Heim, Olaf und Grit Jandura, Piotr Kocyba, Hans-Joachim Maaz, Oliver Nachtwey, Clemens Pleul, Werner J. Patzelt, Karl-Heinz Reuband, Frank Richter, Dieter Rucht, Hartmut Rosa, Stefan Scharf, Britta Schellenberg, Matthias Schuh, Ingo Schulze und Hans Vorländer) sowie Karl-Siegbert Rehberg, Pegida-Erfolge als Spiegelung eines Gesellschaftszusammenbruchs?, in: Joachim Klose/Walter Schmitz (Hg.), Freiheit, Angst und Provokation. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der postdiktatorischen Gesellschaft. Dresden 2017, S. 385–407 sowie Lars Geiges/Stine Marg/Stephan Poppe/Franz Walter (Hg.), Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft, Bielefeld 2015; Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller, Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016 sowie Werner J. Patzelt/Joachim Klose, Pegida. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016.



# „POLITISCHE KULTUR IN SACHSEN“ – EIN RESÜMEE IN 10 PUNKTEN

*Friederike Koch-Heinrichs*

Alarmiert hat der Kultursenat die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft wahrgenommen, die sich in Sachsen besonders in den Jahren 2015 und 2016 durch Phänomene wie Pegida, die Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit oder Anfeindungen gegenüber Personen des öffentlichen Lebens wie Journalisten, Politiker oder Polizisten gezeigt haben. Wohl wissend, dass Kunst und Kultur zwar in der Lage sind politisches Handeln zu berühren und diese Brückenbildung Teil der Funktion des Kultursenats ist, war offensichtlich, dass Betroffenheit allein in diesem Fall nicht genug wäre. Im Senatsbericht „Nach dem Sturm? Politische Kultur in Sachsen“ wurde daher versucht, das Thema von verschiedenen Perspektiven wie der Politikwissenschaft, Geschichte, Theologie, Soziologie, Anthropologie, Kultur- und Medienwissenschaft zu beleuchten. Entstanden ist ein vielschichtiger Rückblick, der gleichzeitig aufzeigt, was wir besser können.

1. „Wer nur die eine Seite sieht, lässt Urteilskraft [ver]missen.“ E. Jesse  
Ernst gemeinte Kommunikation ist sowohl die Basis gesellschaftlichen Miteinanders als auch eine maßgebliche Grundlage demokratischer Mitgestaltung.
2. Mit Widersprüchen arbeiten und leben lernen. Die Tabuisierung von Misständen schürt Frustration bei den Betroffenen, dagegen bilden Kritikfähigkeit und vernunftgeleiteter Dialog die Grundlagen einer starken Gesellschaft. „Nur wenn es ein Bewusstsein dafür gibt, dass wir uns auseinandersetzen müssen, ohne Absolutheitsansprüche zu vertreten, bleibt der notwendige Zusammenhalt der Gesellschaft erhalten.“ C. Schwarke

3. Extremismus, egal ob rechts, links oder religiös motiviert, steht in Diskrepanz zu Demokratie, Humanität, Freiheit und dem offenem Diskurs in einer pluralistischen Gesellschaft.
4. Der Kommunikationsstil muss von gegenseitiger Wertschätzung und der Achtung der Würde des Einzelnen getragen sein. Dabei darf die Menschenwürde nicht einer vermeintlichen Meinungsfreiheit geopfert werden. A. Engelmann
5. Der Elitenwechsel nach der Wende durch die Besetzung zentraler Positionen in Wirtschaft, Justiz, Medien, Verwaltung, Gewerkschaften und Parteien mit Westdeutschen hat zu einem Vertrauensverlust gegenüber institutionellen Organen geführt. Das Ergebnis zeigt sich noch heute durch den Mangel an demokratischer Infrastruktur und lehrt, „dass der Niedergang eines Systems für sich genommen ein neues noch nicht zu legitimieren vermag.“ K.-S. Rehberg
6. Die auf Heterogenität basierende kulturelle Identität ist Bestandteil der tiefverwurzelten Tradition Sachsens und muss vor politischer Instrumentalisierung geschützt werden. Sie sollte nicht zu einem polemischen „Sachsenpatriotismus“ verkommen.
7. Zur Fairness gehört das Überdenken der eigenen Erwartungshaltung. Demokratie kann nicht mit einem Industriebetrieb gleichgesetzt werden. „Der Bürger bestellt und die Politik [liefert] anschließend das gewünschte Produkt.“ H. Vorländer
8. Globalisierung, Urbanisierung, Demografie – in der Sehnsucht nach einfachen Lösungen in einer komplexen Welt sollte die Verantwortung für „Verletzungen“ und soziale Verwerfungen der Nachwendezeit oder für das gefühlte „Abgehängtsein“ von Regionen und gesellschaftlichen Gruppen nicht auf Dritte, Randgruppen oder Fremde projiziert werden.
9. Pauschalisierungen wie „die Flüchtlinge“, „die Medien“, „die Sachsen“, „die Politiker“, die verbunden mit unbewiesenen Vorwürfen zu einer Vergiftung der Diskussionskultur führen, sollten wieder durch Profile für sachgerechten und lösungsorientierten Gedankenaustausch ersetzt werden.
10. „Letztlich ist ein Staat nur [...] eine Übereinkunft zwischen bestimmten Menschen, die sich über grundlegende Maßstäbe einig sind. [...] Worauf es ankommt, das ist, dass diese Maßstäbe von allen geteilt und praktiziert werden.“ M. T. Vogt



## BERICHTE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

Die Meinungsbildung in themenbezogenen, ad hoc gebildeten Arbeitsgruppen ist für den Sächsischen Kultursenat von wesentlicher Bedeutung. Die folgenden Berichte stellen deshalb einen Querschnitt der in diesen Gruppen behandelten Themenfelder sowie den jeweils aktuellen Stand der Diskussion dar.

Zudem finden und fanden immer wieder auch andere aktuelle kulturpolitische Frage- und Problemstellungen in den Sitzungen des Sächsischen Kultursenats Berücksichtigung. Seit Erscheinen des letzten Kulturberichts zählen hierzu insbesondere die Felder der kulturellen Bildung und Integration, sowie der digitale Wandel der Medienwelt.

# Evaluation des Sächsischen Kulturraumgesetzes

*Christian Schramm*

Das Kulturraumgesetz ist eine wichtige Grundlage für die Kulturfinanzierung innerhalb des Freistaates Sachsen. Nach einer jahrelangen erfolgreichen Laufzeit des Gesetzes wurde eine Evaluation nötig. Der Sächsische Kultursenat wurde durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) um Mitarbeit und Positionierung gebeten. Dieser Aufgabe haben wir uns im Senat selbst und durch die Mitarbeit in entsprechenden Gremien unterzogen. Wir haben zudem eine Arbeitsgruppe gebildet und uns zusätzlichen fachlichen Input von außen eingeholt. Der Senat wurde auch im Sächsischen Landtag in die Anhörung einbezogen. Wir konnten wesentliche Gedanken einbringen und verfolgen die Entwicklung weiterhin mit Aufmerksamkeit. Aus der Präambel unseres Positionspapiers sei folgendes zitiert:

„Der Freistaat Sachsen definiert sich in seiner Verfassung als Kulturstaat. Stetige Kulturausgaben sind notwendige Voraussetzungen zur Absicherung dieses Staatszieles und damit Investitionen in die Zukunft unseres Landes – gleichwertig mit Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur. Es war eine Sternstunde für Sachsen, als neben dem Erhalt des ‚Staatschatzes Kultur‘ vor 20 Jahren durch das Kulturraumgesetz (KRG) das Überleben und der Ausbau der Kultur im ganzen Land sichergestellt wurden. Nach zehn Jahren gleichbleibender Finanzierung sind wir aber an einem kritischen Punkt der Entwicklungen angekommen, wo die Frage beantwortet werden muss, ob die finanziellen Aufwendungen des Landes und der Kommunen ausreichen, um das Erreichte, Geschaffene und vor Ort Prägende in seiner Existenz abzusichern und gleichzeitig aktuelle Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Der Sächsische Kultursenat geht für seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung des KRG von folgenden grundsätzlichen kulturpolitischen Prämissen aus:

- Zu unseren wichtigsten Ressourcen gehören Wissenschaft und Kunst und die ihnen innewohnende Kreativität. Der Erhalt kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen ist deshalb eine Überlebensstrategie für Sachsen (auch im internationalen Wettbewerb) und Kulturfinanzierung kein ‚Sahnehäubchen‘, sondern politische Basisarbeit, die keinesfalls reduziert werden darf.
- Kulturelle Entwicklung ist ein komplexer und sich ständig wandelnder Prozess, der in der Balance von Tradition und Innovation zur Daseinsfürsorge gehört (vgl. auch

Landesentwicklungsplan). Deshalb ist die Teilhabe an dem ganzen Spektrum der Künste für alle Bürger Sachsens zu gewährleisten. Sie ist Voraussetzung für ein leistungsfähiges Land – ‚Exzellenz‘ beginnt an der Wurzel.

- Stabilisierend vor allem für nachwachsende Generationen sind eine differenzierte kulturelle Bildung und entsprechende Bildungsangebote. Sie können Bleibe-Argument sein (demografischer Wandel) ebenso wie sie Indikator für eine widerspruchsfähige politische Alltagskultur und ein weltoffenes Sachsen („Willkommenskultur“) sind.
- Urbane Kulturräume und ländlicher Kulturraum sind dabei sich ergänzende Bereiche, die auch in der Vernetzung wirken. Eine Balance zwischen der Unterstützung der ‚Leuchttürme‘ der Kultur und der landesweiten kulturellen Grundversorgung ist unabdingbar und soll die gleichmäßige Entwicklung gewährleisten.
- Der Kultursenat empfiehlt dringend eine Erhöhung der Mittel für das KRG im Staatshaushalt.
- Die Evaluierung des KRG sollte auf einer fachgerechten und unabhängigen Datenerhebung und -interpretation basieren.“

Insbesondere haben wir auch darauf hingewiesen, dass die Mitverantwortung der kommunalen Seite, gewissermaßen das „Echo“ auf die Mittel des Freistaates, nötig ist, aber dass die Kommunen zudem in die Lage versetzt werden müssen, diesen ihren Beitrag zu erbringen.

Im Ausschuss für Kultur und Medien haben wir ebenfalls über unsere Auffassung berichtet.

Augenblicklich läuft innerhalb der Koalitionsfraktionen die weitere Abstimmung zu den Inhalten. Der Kultursenat wird sich danach weiter an der Arbeit beteiligen.

## **Der Freistaat Sachsen sichert sein audiovisuelles Kulturerbe**

*Ralf Kukula*

Das Filmerbe zu erschließen, zu sichern und verfügbar zu machen sind zentrale Aufgaben im Sinne eines kulturellen Geschichtsbewusstseins. Vor allem aufgrund der Fragilität des Film- und Videomaterials und der bislang unterbliebenen angemessenen Sicherung hätte ein weiterer Aufschub diesen wichtigen Teil unseres Kulturerbes unnötig gefährdet.

Im Frühjahr 2014 startete daher der Sächsische Kultursenat eine Initiative. Gemeinsam mit dem Filmverband Sachsen erarbeitete er unter anderem ein grundlegendes Positionspapier zu Erhalt und Pflege des audiovisuellen Erbes in Sachsen. In diesem wird neben der Klärung der technologischen und organisatorischen Fragen auch die Frage der Erkennung und der Anerkennung der Bedeutung audiovisueller Quellen als wichtige Überlieferungen – sowohl zur mittel- und langfristigen Ermöglichung wissenschaftlicher Forschung als auch zur Wieder- und Weiterverwertung der gesicherten Materialien durch staatliche, öffentlich-rechtliche und nicht-staatliche (kommerzielle) Institutionen – behandelt.

Unter Federführung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (SMWK) begann nunmehr der Freistaat Sachsen mit finanziellen Mitteln aus dem Doppelhaushalt 2017/2018 Teile des audiovisuellen Erbes zu sichern. Dabei liegt der Schwerpunkt der Bemühungen auf erhaltungswürdigen Medien, welche aus kultur- und zeithistorischer Sicht von gesteigertem Interesse sind. In einem ersten Modellprojekt wurden in Zusammenarbeit mit der Stiftung für das sorbische Volk und dem Sorbischen Institut zehn verschiedene Medien, so zum Beispiel bestehend aus Filmen und Filmteilen, erschlossen, gesichert und digitalisiert. Dieses Modellprojekt diente dem Sammeln von Erfahrungen und förderte teilweise unbekannte bzw. vergessene Bewegtbildaufnahmen der Nachkriegszeit aus dem sorbischen Raum zutage.

In diesem Jahr wird an einer Konzeption gearbeitet, welche die sächsischen Einrichtungen mit Bezug zu Digitalisierung und Archivierung in das Verfahren einbinden soll. Darüber hinaus wird ein Fördermodell erarbeitet, welches privaten Inhabern von Film- und Medienträgern die Digitalisierung ihrer historisch bedeutsamen Aufnahmen ermöglichen soll.

# Die Kunstsammlung der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft WISMUT

*Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg*

Der Sächsische Kultursenat hat sich mit dem Erhalt und der fachlichen Betreuung der größten Kunstsammlung eines Staatsbetriebes der DDR befasst. Eine Arbeitsgruppe, der unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Christian Schramm der Vizepräsident Hans-Peter Lühr, Friederike Koch-Heinrichs, Dr. Petra Lewey und Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg angehörten und die vom Stiftungsdirektor Ralph Lindner als Geschäftsführer des Kultursenates administrativ betreut und von dem Leiter der Kunstabteilung des SMWK, Thomas Früh, beraten wurde, hat eine Empfehlung an die Landesregierung ausgearbeitet, die in der 46. ordentlichen Sitzung des Kultursenates am 23. November 2015 verabschiedet wurde.

Der Senat begrüßt darin die Zusammenarbeit der sächsischen Ministerien für Wissenschaft und Kunst, der Finanzen sowie für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit der Zielsetzung, für die zur bundeseigenen WISMUT GmbH gehörende beträchtliche Kunstsammlung eine länderübergreifende und den Bund einbeziehende Sicherung zu erreichen.

Seit der industriellen Revolution gab es eine besondere Hochschätzung für die schwere und gefährliche Arbeit „unter Tage“. Die von der WISMUT in Auftrag gegebenen oder in die Sammlung aufgenommenen Arbeiten zeigten nicht nur Bilder eines zur Parteilinie passenden Arbeiterheroismus oder sozusagen eine symbolische Kompensation für die besonders gesundheitsgefährdende Arbeit im Uranabbau, sondern auch hintergründige Auseinandersetzungen mit den Arbeitsbedingungen. Die Sammlung macht auch deutlich, in welchem Maße die DDR eine „arbeiterliche Gesellschaft“ oder eine „Arbeitsplatzgesellschaft“ war<sup>1</sup>: Die Arbeit in den Fabriken sollte vorbildhaft sein für die Gesamtgesellschaft und viele Lebenszusammenhänge wurden in den Betrieben organisiert. Das spiegelte sich auch in der (die Betriebe ökonomisch oft belastenden) besonderen Förderung der Künste in den Kombinat, allen voran in der SDAG WISMUT.

Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaften und vielen gebrochenen Biografien (auch infolge der Deindustrialisierung Ostdeutschlands und der Überlagerung durch das westliche Wirtschafts-, Politik- und Gesellschaftssystem) ermöglichen Kunstwerke ein differenziertes Nacherleben der Umstände und Entwicklungen vor und nach 1990. Insofern kann auch die WISMUT-Sammlung viele Impulse und kritische Anstöße geben. Das Thema „Arbeit“,

als mit der ökonomischen Gesellschaftsproblematik verflochtene persönliche Lebenserfahrung, kann zum Medium nicht so sehr eines nostalgischen Blicks als vielmehr der Selbstaufklärung über historische Entwicklungen und Umbrüche werden.

Der Senat hat der Staatsregierung empfohlen: 1. sich dafür einzusetzen, dass die Sammlung insgesamt weiter als Ganzes zusammengehalten sowie konservatorisch und restauratorisch ausreichend gesichert wird; 2. den Bund in seiner Verantwortung zu bestärken und ggf. in eine sächsisch-thüringische Stiftung einzubeziehen; 3. dass Sachsen mit Blick auf seine Tradition einen Vorschlag zur Verortung der Sammlung unterbreiten solle, wobei die Bildersammlung und die mineralogische Sammlung als besonders relevant angesehen werden; 4. dass eine aktive Nutzung u. a. durch Ausleihen für Ausstellungen, eigene Wanderausstellungen und Kolloquien angestrebt werden soll; 5. dass möglichst umgehend Zeitzeugenbefragungen zur Erhellung der historischen Rahmenbedingungen begonnen werden sollten.

Am 20. September 2017 unterzeichneten der Bund, die Freistaaten Sachsen und Thüringen sowie die WISMUT GmbH gemeinsam eine Absichtserklärung zum künftigen Umgang mit der WISMUT-Sammlung. Diese Erklärung soll nach dem Verständnis aller Beteiligten die Voraussetzung dafür schaffen das umfangreiche Erbe zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

1 Vgl. Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999, bes. S. 173–208 und Karl-Siebert Rehberg, *Globale Transformationen der Arbeitswelt und der Zusammenbruch der „Arbeitsplatzgesellschaft“ der DDR*, in: Paul Kaiser (Hg.), *Arbeit. Ostdeutsche Arbeitswelt im Wandel 1945–2015* [Begleitbuch der Ausstellung der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft und des Dresdner Institutes für Kulturstudien e. V. in Dresden 2015], Dresden 2015, S. 44–57.

# Elite und Elitenbildung

*Prof. Dr. Reiner Pommerin*

Der Sächsische Kultursenat hat sich ebenfalls mit dem Thema „Elite und Elitenbildung“ beschäftigt. Damit will er keineswegs von den Problemen des Unterrichtsausfalls, des Lehrermangels oder der Gewinnung von „Seiteneinsteigern“ für das Lehramt ohne pädagogische Vorbildung ablenken. Vielmehr trägt der Senat einem Paradigmenwechsel in der Bundesrepublik Rechnung, der nicht länger Bedeutsamkeit und Notwendigkeit von Eliten und Elitenbildung aus verständlicher historischer Enttäuschung und falsch verstandenem Gleichheitsprinzip marginalisiert. Eliten bilden in der demokratischen Gesellschaft eine wichtige Gruppe mit besonderen Gestaltungspotentialen, übernehmen sie doch Verantwortung und Verpflichtung und treiben die Gesellschaft voran.

Mit einer offenen, freiheitlichen Demokratie ist die bloße Herkunfts- oder Adelselite früherer Jahrhunderte unvereinbar. Allerdings wird von der Elite in einer Demokratie zu Recht erwartet, dass sie sich nicht dem eigenen Vorteil, sondern in erster Linie der Förderung des Gemeinwohls verpflichtet fühlt. Folgerichtig hängt der Begriff Elite in diesem Kontext nicht mehr vom finanziellen und sozialen Status ab, sondern es ist von einer Verantwortungs- bzw. Kulturelite zu sprechen. Besondere Gestaltungspotentiale ergeben sich nach Auffassung des Senats gerade in Kultureinrichtungen, die jedoch noch stärker mit den Bildungseinrichtungen verknüpft werden könnten.

Generell bleibt natürlich weiterhin anzustreben, dass jeder die Möglichkeit erhält, das ihm mögliche individuelle Bildungsniveau zu erreichen. Einvernehmen besteht inzwischen jedoch dahingehend, dass Hochbegabten besondere Möglichkeiten zur Entwicklung und Ausprägung ihrer spezifischen Begabungen eingeräumt werden müssen. Diesem Anliegen hat der Freistaat Sachsen mit der Errichtung des „Sächsischen Landesgymnasiums für Hochbegabte Sankt Afra“ in Meißen, welches den Unterricht bereits im Jahr 2001 aufnahm, Rechnung getragen. Eine solche Förderung ist wichtig und erhaltenswert. Gewiss hat der Staat die Mechanismen des Erkennens von Begabung zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen, dennoch müssen gerade auch die Eltern ermuntert werden, auf die Begabung ihrer Kinder zu achten und dieser Rechnung zu tragen.

Es gilt demnach nicht nur, Begabungen zu fördern, sondern bei künftigen Eliten Verantwortungsbewusstsein zu wecken und ein angemessenes soziales Verhalten zu sichern. Entsprechende Leitbilder und Zielvorstellungen können an Schulen und Uni-

versitäten vermittelt werden. Bei aller Bereitschaft der Hochschulen am Wettbewerb zur Förderung von „Eliteuniversitäten“ bzw. „Exzellenzuniversitäten“ teilzunehmen und sich dem Erzielen bedeutender Forschungsergebnisse zu widmen, sollten die Hochschulen des Freistaats Sachsen weiterhin dafür Sorge tragen, dass die angesichts der wachsenden Spezialisierung entstehenden „Teileliten“ ihre soziale Verpflichtung für das Gemeinwohl nicht aus den Augen verlieren.



# Das immaterielle Kulturerbe

*Hans-Peter Lühr*

Seit 2013 ist Deutschland dem UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes der Menschheit (IKE) beigetreten. Der Sächsische Kultursenat war seither in das Bewerbungsverfahren auf Landesebene als Beratungsgremium für die Staatsregierung involviert.

Im ersten Durchgang wurde die Genossenschaftsidee in das Repräsentative IKE-Verzeichnis eingetragen, eine länderübergreifende kulturelle Ausdrucksform, die auch internationale Ausstrahlung hat. Da mit dem Namen Hermann Schultze-Delitzsch verbunden, wurde die Bewerbung wesentlich von Delitzsch aus zusammen mit Rheinland-Pfalz initiiert.

Zeichnete sich bereits im ersten bundesweiten Verfahren eine vergleichsweise starke Präsenz sächsischer Bewerbungen ab (u. a.: Sächsische Knabenchöre und Vogtländischer Musikinstrumentenbau in Markneukirchen und Umgebung), ist darüber hinaus zu beobachten, dass es bei den weiteren internationalen Nominierungen für Deutschland immer auch einen Bezug zu Sachsen gibt. Das gilt für die Genossenschaftsidee und die Falknerei (2016 aufgenommen), Orgelbau und Orgelmusik (Bewerbung 2017), Blaudruck (Bewerbung 2018) und die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft (Bewerbung 2019).

Bereits jetzt lässt sich sagen, dass der Eintrag in das bundesweite IKE-Verzeichnis, z. B. für den Vogtländischen Musikinstrumentenbau und seine Sichtbarkeit und identitätsstiftende Bedeutung, positive Effekte erzeugt.

## **Die Arbeit der Mitteldeutschen Kulturklausur**

*Hans-Peter Lühr*

Die Mitteldeutsche Kulturkonferenz wurde als informelles Gesprächsforum der Spitzenverbände für die Kultur in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen 2013 auf Anregung des Kulturrates Thüringen gegründet. Ihr gehören ferner die Kulturkonferenz Sachsen-Anhalt e.V. und der Sächsische Kultursenat an, die je nach Bedarf zu ihren jährlichen, meist im Herbst stattfindenden Zusammenkünften weitere Landesverbände hinzuziehen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Verständigung über wesentliche Entwicklungen in der Kultur Mitteldeutschlands und der Austausch über unterschiedliche, ggf. aber auch gemeinsame Lösungsansätze in einer durchaus verschieden strukturierten Kulturarbeit. Ferner erfolgt immer ein Austausch über deren landesspezifische Rahmenbedingungen. Damit dient die neue Gesprächsplattform deutlich auch dazu, Fragen der Kultur in der politischen Diskussion und der Öffentlichkeit mehr Gewicht zu verleihen.

In der 3. Mitteldeutschen Kulturklausur am 11. September 2015 in der Moritzburg-Galerie Halle wurden beispielsweise Kultur als Standortfaktor und die Mitverantwortung kultureller Dachverbände für gesellschaftliche Themen (vor allem in der Flüchtlingskrise) näher erörtert. Ebenso gab es einen Austausch über den Stellenwert der Kultur innerhalb des Freihandelsabkommens TTIP und deren mögliche Gefährdungen.

Ein Jahr später, bei unserem 4. Treffen am 9. September 2016 in Hellaerau, waren die wichtigsten Themen die Kultur im ländlichen Raum, die Zukunftsfähigkeit der Landeskulturstiftungen und der Stand regionaler Kulturforschung. Von Dr. Reineke aus Halle wurde ferner vom Umgang (in kulturpolitischen Fragen) mit der AfD berichtet, die mit 25 Prozent im neuen sachsen-anhaltinischen Landtag vertreten ist.

Ein fünftes Treffen ist vorgesehen für den 8. September 2017 in Gera (nähere Informationen in den jeweiligen Protokollen).

Inzwischen hat sich die Mitteldeutsche Kulturkonferenz für alle Beteiligten als ein konstruktives Arbeitsinstrument im Austausch über mitteldeutsche Kulturpolitik etabliert. Mit dem Sächsischen Kulturraumgesetz ist die Stellung der Kultur in Sachsen fraglos besonders stabil und in vielem auch vorbildhaft für die beiden anderen Länder, aber auch für den Kultursenat hat das beständige gemeinsame Kennenlernen einen beträchtlichen Informations- und Solidaritätseffekt.

## 4. Sächsische Landesausstellung „Industriekultur“

*Prof. Klaus Vogel*

Der Sächsische Kultursenat hat sich in den vergangenen Jahren mehrfach mit den Planungen für die 4. Sächsische Landesausstellung befasst. Diese sollte laut Landtagsbeschluss vom 19. April 2011 „Industriekulturelles Erbe Sachsens bewahren und erlebbar machen“ (Sächsischer Landtag, Drucksache 5/5552) und daher dem Thema Industriekultur gewidmet sein und in der Region Südwestsachsen durchgeführt werden. Nach längeren Erkundungen zu einem geeigneten Standort innerhalb der Schwerpunktregion konnte mit Kabinettsbeschluss vom 13. September 2017 Klarheit sowohl darüber als auch über den Umfang des Ausstellungsprojekts geschaffen werden. Demnach findet die zentrale Ausstellung, die sogenannte „Leitausstellung“, in Zwickau im Audi-Bau statt – einem Industriegebäude aus den 1930er Jahren, das für die Zwecke der Ausstellung qualifiziert wird. Die Leitausstellung ist nicht allein auf eine Branche fokussiert, sondern nimmt die Gesamtheit des Prozesses der Industrialisierung in den Blick und zeigt dabei die Auswirkungen auf den Menschen. Dieser Ansatz wird insbesondere durch die Betrauung des Deutschen Hygiene-Museums als das „Museum vom Menschen“ mit der Erstellung der Ausstellungskonzeption und der Durchführung der Ausstellung bekräftigt. Im Auftrag des Deutschen Hygiene-Museums erarbeitet gegenwärtig der erfahrene Kurator Thomas Spring zusammen mit seinem Team das wissenschaftliche Ausstellungskonzept. Bis zum Jahresende 2018 stellt das Deutsche Hygiene-Museum einen Wissenschaftlichen Beraterkreis zusammen, während die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst ein Kuratorium zur Begleitung dieses großen Vorhabens beruft.

Die Leitausstellung findet vom 25. April bis 1. November 2020 statt. Begleitet wird sie von voraussichtlich sechs weiteren Ausstellungen, die einen branchenspezifischen Blick auf den Prozess der Industrialisierung werfen und an Originalschauplätzen gezeigt werden:

- Industriemuseum Chemnitz (Maschinenbau),
- Eisenbahnmuseum Chemnitz-Hilbersdorf (Eisenbahn und Gütertransport),
- Tuchfabrik Gebrüder Pfau in Crimmitschau (Textilindustrie),
- Himmelfahrt Fundgrube Freiberg (Erzbergbau, Ressourcentechnologien),
- Bergbaumuseum Oelsnitz/Erzgebirge (Steinkohlebergbau),
- August Horch Museum Zwickau (Automobilindustrie).

Zudem hat die Sächsische Staatsregierung für 2020 ein „Jahr der Industriekultur“ ausgerufen, das alle einschlägigen Aktivitäten und Initiativen im gesamten Freistaat vernetzen und, vermutlich über ein geeignetes Portal, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen wird. Alle Ausstellungen eint, dass nicht nur die reiche Industrialisierungsgeschichte Sachsens zum Thema gemacht werden soll, sondern gleichermaßen deren Fortdauer bis in die Gegenwart und nicht zuletzt die prinzipielle Gestaltbarkeit der Zukunft. Insofern wird die Landesausstellung zum einen ein Identitätsprojekt sein, zum anderen aber eine Ermutigung, die Zukunft des Landes gemeinsam und demokratisch in die Hand zu nehmen. Der Sächsische Kultursenat wird dieses große Projekt weiter mit Interesse begleiten.

# Künstlernachlässe im Freistaat Sachsen

*Friederike Koch-Heinrichs*

Auf Initiative des Senatspräsidenten Christian Schramm wurde im Januar 2017 eine Arbeitsgruppe zum Thema „Künstlernachlässe“ ins Leben gerufen. Damit möchte der Senat die Diskussion in Kultur und Politik fachlich begleiten, die sich um die Probleme bei der Sicherung und Vermittlung des künstlerischen Erbes der zeitgenössischen Künstlergeneration gebildet hat. Im aktuellen Koalitionsvertrag befasst sich auch die Landesregierung mit der jetzigen Situation. Die dort gestellten Ziele, Erarbeitung einer Standortkonzeption für die Sicherung von Vor- und Nachlässen sächsischer Künstler und Aufbau einer thematischen Datenbank, sollen durch die AG Künstlernachlässe aktiv begleitet werden.

## **Problemstellung**

Nur eine kleine Anzahl Künstler trifft den Nerv des Zeitgeists und kann nach langjährigem Kunstmarkterfolg aktiv den Erhalt ihres Werks selbst organisieren. Besonders Künstler, die ihr Schaffen noch zu DDR-Zeiten begonnen haben, hatten nach der Wende kaum die Möglichkeit, sich einen eigenen Markt zu erarbeiten. Eine professionelle Unterstützung der Nachlasssicherung durch öffentliche Strukturen ist schwierig, da die personellen und räumlichen Kapazitäten der Museen im Freistaat Sachsen begrenzt sind. Aufnahmen erfolgen streng nach Sammlungskonzeption. Die fachliche Bearbeitung eines Künstlernachlasses inklusive Auswahl des Nachlassumfangs, rechtliche Klärung der Erbsituation, Abstimmung mit Künstler oder Erben, restauratorische Erstaufnahme ist aber äußerst zeitaufwendig. Eine kurzfristige Aufnahme größerer Sammlungskomplexe moderner Künstler durch kommunale Museen kann daher nur im Einzelfall erfolgen, weil die personellen Kapazitäten der Museen meist durch das Tagesgeschäft gebunden sind. Auch Initiativen auf ehrenamtlicher Basis, die wie die Stiftung für Kunst und Kultur in der Oberlausitz Erhalt und Bearbeitung künstlerischer Nachlässe unterstützen wollen, stoßen aufgrund der Komplexität und des Bearbeitungsumfanges schnell an ihre Grenzen. Erschwert wird die Situation durch ungleiche Verteilung der bestehenden musealen Strukturen. So verfügen einige ländliche Regionen nur über begrenzte Möglichkeiten zur Präsentation und Sicherung regionaler zeitgenössischer Kunst. Gerade dort ist es für Initiatoren, die sich um den Erhalt eines Künstlernachlasses bemühen, besonders schwierig adäquate Ansprechpartner zu finden.

## **Ziele der AG Künstlernachlässe**

Die Konzeption zur Sicherung von Künstlernachlässen soll für alle Regionen Sachsens Chancengleichheit bei der Bewahrung des modernen künstlerischen Erbes gewährleisten. Im Fokus liegt die Unterstützung der Regionen bei der Sicherung wesentlicher Werkkomplexe überregional bekannter Künstler des Freistaates Sachsen, unabhängig von aktuellen Moden und musealen Konzepten oder Kapazitäten. Dabei ist es wichtig, den Aufbau von Parallelstrukturen zu vermeiden, vielmehr sollen die bereits bestehenden musealen Einrichtungen aktiv eingebunden und fachlich gestärkt werden. Das Konzept sollte daher auch Instrumentarien umfassen, die durch Qualifizierung und zielgerichtete Förderung die vorhandenen regionalen Strukturen nachhaltig in die Lage versetzen, an der Sicherung und Bearbeitung des künstlerischen Erbes engagiert mitzuwirken.

### **Lösungsvorschlag:**

#### **Kompetenzzentrum für Künstlernachlässe mit Interimsdepot**

Eine sachsenweit ausgeglichene Professionalisierung zur Nachlasspflege, -sicherung und -bearbeitung setzt eine zentrale Koordinierungsstelle voraus, welche den Verlust zeitgenössischer Werkkomplexe durch eigene Bearbeitung verhindern kann, aber gleichzeitig die unmittelbare Einbindung der regionalen Museen bei der Aufnahme von Künstlernachlässen steuert und fördert. Da bei regionalen Lösungen der Kunstnachlasssicherung die finanzielle und fachliche Verantwortung bei den Regionen bliebe, würde der Erfolg von den vorhandenen finanziellen Rahmen, bestehenden Kompetenzen und verfügbaren Strukturen abhängen. Vorgeschlagen wird daher ein sachsenweit agierendes Kompetenzzentrum, das als Fachberater für Künstler, Erben, Museen, Vereine und Kommunen individuelle Lösungen sucht, die Bearbeitung durchführt oder forciert und durch geeignete Förderinstrumente die bestehenden Strukturen stärkt und professionalisiert. Gelingt es durch engagierte Informationsvermittlung und geeignete Förderung Museen zur Aufnahme noch unbetreuter Nachlässe zu motivieren, wäre gleichzeitig eine nachhaltige Stärkung der Vermittlung moderner regionaler Kunst in Sachsen gewährleistet. Die gemeinsame Anstrengung des Freistaates Sachsen durch die Bereitstellung der fachlichen Kompetenz, der Künstler oder Erben durch die Schenkung des Werkquerschnitts und der Kommunal Museen durch den dauerhaften Erhalt der Künstlernachlässe wäre darüberhinaus eine ausgezeichnete Basis, das moderne künstlerische Erbe Sachsens tief im Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit zu verankern.

# Zur Situation der Theater in den ländlichen Kulturräumen

*Dr. Christoph Dittrich*

Die Arbeitsgruppe „Theater in den ländlichen Kulturräumen“ wurde auf Anregung von Senator Dr. Christoph Dittrich zum Jahresbeginn 2017 etabliert. Auslöser war die äußerst angespannte wirtschaftliche Situation der Theater Görlitz-Zittau, Plauen-Zwickau, Freiberg-Döbeln und Annaberg-Aue. Den wirtschaftlichen Zwängen der letzten 25 Jahre folgend, wurden diese Theater fusioniert. Trotz – oder vielleicht auch gerade wegen – dieser Strukturveränderungen, die mit enormen Kraftanstrengungen umgesetzt wurden, stehen sie vor existenzbedrohenden finanziellen Schwierigkeiten.

Im Zuge der Evaluierung des Kulturraumgesetzes wurden auch diese in den Fokus genommen. Besonders die enormen Nöte durch Haustarifverträge, die oftmals als prekär zu bezeichnen sind, standen im Mittelpunkt. Die Anhebung der Kulturraummittel im Doppelhaushalt 2017/2018 ist begrüßenswert, reicht aber zur Lösung der Probleme nicht ansatzweise aus, da sich eine Schere von teilweise über 20 Prozent zu den Flächentarifverträgen gebildet hat.

Sachsen ist zu Recht stolz auf eine große Dichte traditionsreicher Theater auch jenseits seiner Metropolen. Sie sichern einen Kulturanspruch, der dazu beiträgt, die Leuchttürme der sächsischen Kunst, wie z. B. die Staatstheater und die Kunsthochschulen, als Spitze einer Pyramide erkennbar zu machen. Es sind die Theater in den Regionen, die breite Bevölkerungskreise erst zu einem Publikum herausbilden, das an den Spitzenprodukten der Leuchttürme partizipieren kann. Es besteht eine sehr komplexe Lage, die kulturpolitisch sowohl die Träger und die kommunale Seite der Kulturräume als auch den Freistaat betrifft. Zentral ist die Frage, ob unter Wahrung der kommunalen Entscheidungshoheit in Fragen der Kultur eine strategische Entwicklung der Theaterlandschaft mit Blick auf den gesamten Freistaat gefördert werden kann. Weiterhin ist zu prüfen, ob das Finanzierungsmodell der Kulturräume allein in der Lage sein kann, die enorme Schere zwischen Haustarifvertrag und Flächentarif zu lösen. Es wurde bereits erkennbar, dass sowohl eine Verbesserung der Kommunikation der Kulturräume untereinander als auch zwischen Land, Kulturräumen und Kommunen wesentlich zum Erfolg beitragen kann. Wichtig ist es, das Theater nicht nur als Bühne, sondern auch darüber hinaus als Zentrum der bürgerlichen Begegnung zu verstehen.

Die Arbeitsgruppe strebt nach einer Analyse der Situation die Ausarbeitung einer Empfehlung an, die neben der Sicherung von Standorten auch die gestiegenen Anforderungen an die Theater und Orchester, wie z. B. kulturelle Bildung und mobile Angebote, berücksichtigt.

# Autorenverzeichnis

**Michael Bartsch**, geboren 1953, Studium der Informationstechnik, seit 1993 freiberuflich tätig für verschiedenste Printmedien und den Hörfunk, Schwerpunkte: Landespolitik und Kultur, seit 2001 taz-Korrespondent für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

**Prof. Dr. Angelika Engelmann**, geboren 1950, Theologiestudium in Greifswald und Leipzig, berufliche Tätigkeiten innerhalb der Evangelisch Lutherischen Landeskirche in der Erwachsenenbildung und im gymnasialen Bereich sowie an der Hochschule für Soziale Arbeit in Dresden.

**Prof. Dr. Eckhard Jesse**, geboren 1948, Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft, von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme, Politische Institutionen am Institut für Politikwissenschaft der Philosophischen Fakultät an der Technischen Universität Chemnitz.

**Friederike Koch-Heinrichs**, geboren 1969, Studium der Archäologie, seit 1999 Museumsleiterin des Museums der Westlausitz in Kamenz, seit 2010 im Stiftungsrat der Stiftung für Kunst und Kultur in der Oberlausitz, seit 2012 im Fachbeirat der Archäologischen Gesellschaft in Sachsen.

**Dr. Christian Lehnert**, geboren 1969, Lyriker, Librettist und Essayist, Studium der Theologie und Orientalistik in Leipzig, Berlin und Jerusalem, Leitung des Liturgiewissenschaftlichen Instituts der VELKD an der Universität Leipzig.

**Hans-Peter Lühr**, geboren 1951, Publizist, Vizepräsident des Sächsischen Kultursenats, ehemaliger Geschäftsführer des Dresdner Geschichtsvereins e. V. sowie Leitender Redakteur der Dresdner Hefte.

**Prof. Dr. Werner J. Patzelt**, geboren 1953, Gründungsprofessor des Dresdner Instituts für Politikwissenschaft und seit 1991 Inhaber der Professur für Politische Systeme und Systemvergleich, Schwerpunkte der Lehr- und Forschungstätigkeit: vergleichende Analyse politischer Systeme, Parlamentarismusforschung sowie politische Kommunikation.

**Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg**, geboren 1943, Inhaber einer Forschungsprofessur für Soziologische Theorie, Theoriegeschichte und Kulturosoziologie an der Technischen Universität Dresden, von 2003 bis 2007 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, seit 2010 Direktor des Dresdner Instituts für Kulturstudien e. V.



**Dr. Felix Ringel**, geboren 1981 in Berlin, Sozialanthropologe, Forschung zur Zukunft post-industrieller Städte, derzeit International Research Fellow an der University of Durham, Großbritannien.

**Christian Schramm**, geboren 1952, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, von 2013 bis 2017 Präsident des Sächsischen Kultursenats, vielfältige Gremientätigkeit, u. a. von 2003 bis 2015 Präsident bzw. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, seit 2010 Mitglied des MDR-Verwaltungsrates.

**Prof. Dr. Christian Schwarke**, geboren 1960 in Hamburg, Studium der Evangelischen Theologie in Hamburg und München, Professor für Systematische Theologie an der Technischen Universität Dresden.

**Prof. Dr. h.c. Matthias Theodor Vogt**, geboren 1959 in Rom, geschäftsführender Direktor des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen sowie Professor für Kulturpolitik und Kulturgeschichte an der Hochschule Zittau/Görlitz.

**Prof. Dr. Hans Vorländer**, geboren 1954 in Wuppertal, seit 1993 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Dresden und seit 2007 Direktor des von ihm gegründeten Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung, seit 2015 geschäftsführender Direktor des Instituts für Politikwissenschaft.

# Mitgliederübersicht des Sächsischen Kultursenats

Stand: 30.09.2017

Christian Schramm           Präsident  
Hans-Peter Lühr           Vizepräsident

Prof. Dr. phil. habil. Helmuth Albrecht  
Marcel Beyer  
Dr. Christoph Dittrich  
Dipl.-Ing. Alf Furkert  
Dr. Georg Girardet  
Dr. Susanne Hose  
Prof. Ekkehard Klemm  
Albrecht Koch  
Friederike Koch-Heinrichs  
Ralf Kukula  
Dr. Petra Lewey  
Felicitas Loewe  
Johann Michael Möller  
Prof. Dr. Werner J. Patzelt  
Prof. Dr. Rosemarie Pohlack  
Prof. em. Dr. Reiner Pommerin  
Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg  
Prof. Andreas Schulz  
Dr. Sibille Tröml  
Prof. Klaus Vogel  
Franciska Zólyom

Drei vom Landtag gewählte Abgeordnete:

Aline Fiedler, MdL  
Franz Sodann, MdL  
Octavian Ursu, MdL

Je ein Vertreter des SMWK, des SMF, des Sächsischen Städte-  
und Gemeindetages und des Sächsischen Landkreistages:

Ministerialdirigent Thomas Früh  
Ministerialdirigent Bernd Engelsberger  
Bürgermeister Dr. Michael Wieler  
Landrat Bernd Lange

## **Impressum**

Herausgeber: Sächsischer Kultursenat  
Verantwortlich i. S. d. P.: Arbeitsgruppe Redaktion Kulturbericht

Friederike Koch-Heinrichs  
Hans-Peter Lühr  
Christian Schramm  
Dr. Sibille Tröml  
Prof. Klaus Vogel

Geschäftsstelle  
Leiter der Geschäftsstelle: Ralph Lindner

Sächsischer Kultursenat  
Kulturstiftung des Freistaates Sachsen  
Karl-Liebknecht-Str. 56  
01109 Dresden  
Telefon: 0351 884 80-13  
Telefax: 0351 884 80-23  
E-Mail: kultursenat@kdfs.de

Redaktionsschluss: 30.09.2017

Layout/Satz: Uta Lische  
Lektorat: Torsten Kleinschmidt  
Druck: Druckhaus Dresden  
Auflage: 700 Exemplare

Alle Rechte liegen bei den jeweiligen Autoren.

